

Ausgabe 2 - April 2019

17. Jahrgang, Nr. 95

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

DEUTSCHLAND UND DIE BUNDESWEHR

Lisa Klie ~ Deutsche Waffen töten im Jemen-Krieg. Was sagt die Bundesregierung? – **1**

Jacqueline Andres ~ Rheinmetall: Ausweitung der Produktion und der Proteste – **6**

Martin Kirsch ~ Ins gemachte Netz gesetzt: Bundeswehr steigt ins Digitalfunknetz der zivilen Sicherheitsbehörden ein – **8**

Jürgen Wagner ~ „Selbstbehauptung oder Fremdbestimmung“: Münchner Sicherheitskonferenz – Aufrüstung als Gebot der Stunde – **11**

DROHNEN & IT

Christoph Marischka ~ Altmaiers Industriestrategie: Auf dem Weg zum KI-Airbus – **16**

Marius Pletsch ~ US-Drohnenkrieg und zivile Opfer: Zurück in die Intransparenz – **17**

EU-MILITARISIERUNG

Sven Wachowiak ~ „Liberté, Égalité, Flashball“ – Die militari-
sierte Repression der französischen

Gelbwestenbewegung – **19**

Claudia Haydt ~ Atommacht EUropa? Per EU-Teilhabe zur
deutschen Atombombe? – **25**

Jürgen Wagner ~ Rule Britannia? Brexit, Global Britain und
post-imperiale Hybris – **29**

BEILAGE

Fact Sheet ~ Drohnen: Überwachen und Töten auf Distanz



Editorial:

Während die deutsche Medienlandschaft damit beschäftigt ist den Ausrüstungszustand der Bundeswehr zu kritisieren, obwohl der „Bericht über den Zustand der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr“ vom obersten deutschen General Zorn skandalöserweise kurzerhand zur Verschlussache erklärt wurde, kommt die Kritik der IMI wie gewohnt aus der anderen Richtung. Wir bemühen uns weiter um Information und Analyse gegen Aufrüstung und Krieg.

Diese Ausgabe des Ausdrucks eröffnet mit zwei Texten zu Rüstungsthemen, wobei die Ausstattung der Bundeswehr allerdings außen vor bleibt. In den Blick genommen werden deutsche Waffen im Jemen-Krieg und das

aktuelle Wachstum des Rheinmetall-Konzerns, inklusive der Auseinandersetzungen dagegen. Hinzu kommen ein Text zum Einstieg der Kampftruppe der Bundeswehr in das bisher vorwiegend zivile Digitalfunknetz der Sicherheitsbehörden in Deutschland und die obliquatorische Analyse zur diesjährigen Sicherheitskonferenz in München.

Der „Hightech“-Block in der Mitte des Hefts beschäftigt sich passend zum Urteil des OVG Münster zur (Un-)Rechtmäßigkeit von Drohnenangriffen in Jemen via Ramstein mit der Verweigerung der US-Administration über zivile Tote durch Drohnenangriffe zu informieren. Mit dem Dauerbrenner KI befasst sich ein Kommentar zur neuen Industriestrategie des Wirtschafts-

nisteriums aus antimilitaristischer Perspektive.

Der Themenblock EU deckt diesmal neben der Frage nach einer Europäischen Atomwaffenstrategie auch zwei in der deutschen Debatte eher unterbelichtete Themen ab. Dabei handelt es sich um die Hintergründe der militarisierten Polizeigewalt gegen die Gelbwesten-Proteste in Frankreich und um wieder aufflammende imperiale Phantasien in Großbritannien in Zeiten des Brexit.

Wir bleiben am Ball und freuen uns über Neumitglieder, Spenden und natürlich Infos und Anmerkungen aus der Leserschaft.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Martin Kirsch, Alexander Kleiß, Jürgen Wagner.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Laupp & Göbel, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Kind im zerstörten Jemen. Quelle: Felton Davis / Flickr

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Jacqueline Andres, Claudia Haydt, Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Martin Kirsch, Marius Pletsch und Sven Wachowiak sind IMI-Beiräte. Der Artikel von Lisa Klie entstand im Rahmen eines IMI-Praktikums.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Deutsche Waffen töten im Jemen-Krieg

Was sagt die Bundesregierung?

von Lisa Klie

Seit 2015 tobt der Krieg im Jemen und verursacht die aktuell größte humanitäre Krise der Welt. Das Ausmaß der Zerstörung trifft vor allem die Zivilisten. 14 Millionen Menschen sind im Jemen von Hunger bedroht. 400.000 Kinder sind lebensbedrohlich mangelernährt. 22 Millionen Menschen sind im Jemen auf humanitäre Hilfe angewiesen und 28 Millionen gelten als Binnenflüchtlinge. Der Krieg im Jemen forderte laut UN das Leben von über 7.000 Zivilisten, wobei der UN-Menschenrechtsrat (08/2018) 100 Fälle zählt, in denen Kampfflugzeuge Wohngebiete, Moscheen, Krankenhäuser und Märkte angriffen. Unter der Berücksichtigung der von ACLED (Armed Conflict Location & Event Data Project) analysierten Daten ist zu erkennen, dass die realistischere Zahl der Opfer sechs Mal höher liegt als von den UN angegeben. Von 2016 bis November 2018 zählte ACLED mehr als 60.000 Todesfälle.¹ Überwiegend sind saudische Luftangriffe für tote Zivilisten verantwortlich. Da ist es umso erschreckender, dass Saudi-Arabien als einer der wichtigsten Käufer deutscher Rüstungsgüter gilt. 2017 wurden Kriegswaffen im Wert von über 110 Millionen Euro nach Saudi-Arabien ausgeführt – bis zum dritten Quartal 2018 sogar von mehr als 159 Millionen Euro. Die Einzelausfuhrgenehmigungen von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern 2018 allein nach Saudi-Arabien haben einen Wert von über 416 Millionen Euro. 2017 lag der Wert bei 254 Millionen Euro.

Die Allianz unter der Führung Saudi-Arabiens zur Unterstützung des Kampfes, welcher sich offiziell gegen die Huthi-Rebellen im Jemen richten sollte, besteht allerdings aus neun weiteren Staaten, in die ebenfalls deutsche Rüstungsgüter exportiert werden. Insgesamt gab es 2017 für die Staaten Ägypten, Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Marokko, Saudi-Arabien, Senegal und die Vereinigten Arabischen Emirate Einzelgenehmigungen im Wert von mehr als 1,3 Milliarden Euro. Die tatsächlichen Kriegswaffenausfuhren betrugen 2018 (bis ins dritte Quartal) in die jeweiligen Länder insgesamt mehr als 186 Millionen Euro. Obwohl CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag einen Exportstopp für alle Länder, die „unmittelbar“ am Jemen-Krieg beteiligt sind, angekündigt haben, gibt es weiterhin Rüstungsexporte in Millionenhöhe. Zudem galt der Exportstopp bisher nicht für bereits erteilte Vorgehmigungen. Erst als Konsequenz aus dem Fall Jamal Khashoggi wurden am 19. November 2018 Rüstungslieferungen ausschließlich an Saudi-Arabien – und nicht etwa an alle beteiligten Länder der Allianz – gestoppt. Der Lieferstopp wurde bis Ende März 2019 verlängert. Dass der Lieferstopp an Rüstungsgütern für Saudi-Arabien aufgrund des getöteten Journalisten passierte – und nicht etwa aufgrund der Luftangriffe Saudi-Arabiens im Jemen auf zivile Ziele –, ist erschreckend und entspricht nicht den Rüstungsexportrichtlinien, auf die sich die Bundesregierung gerade im Fall Saudi-Arabiens gerne beruft.²

Ein „Exportstopp“ meint zudem kein wirkliches und rechtlich bindendes Ende der Waffenlieferungen. So ist der sogenannte Exportstopp zeitlich begrenzt, weshalb Waffen-

lieferungen in am Jemenkrieg beteiligte Länder weiterhin geplant werden. Darüber hinaus umfasst der Ausfuhrstopp nicht die Produktion von Rheinmetalls Tochterunternehmen außerhalb der BRD, so z.B. die Munitionsfabrik auf Sardinien.

#GermanArms

Der anhaltende Krieg im Jemen ist eine Katastrophe für die jemenitische Bevölkerung, bekommt in Europa allerdings nur hin und wieder mediale Aufmerksamkeit. Besonders durch die Anfrage der Fraktion DIE LINKE und durch das Recherche-Team #GermanArms wurde seit Ende Februar 2019 das mediale Echo um den Jemen wieder lauter. Durch die Antwort der Bundesregierung auf besagte Anfrage zu „Rüstungsexporten Deutschlands 2018 in am Jemen-Krieg beteiligte Länder“ und die neuen Erkenntnisse des Recherche-Teams wird auf den Einsatz deutscher Kriegswaffen im Jemen und die „Kenntnisse“ der Bundesregierung dazu aufmerksam gemacht.

Die wichtigsten Erkenntnisse zur aktuellen Debatte über deutsche Waffen im Jemen lieferte die 15-köpfige Journalistengruppe unter #GermanArms. Mitwirkende sind Report München, das Magazin Stern, das Recherchebüro Lighthouse Reports, die Deutsche Welle und das in anderen Bereichen durchaus umstrittene Investigativ-Netzwerk Bellingcat. Während zum Beispiel Peter Altmaier in einem Interview am 15. Februar 2019 meinte, dass er nichts über deutsche Waffen im Jemen wisse und auch in der Anfrage über die Rüstungsexporte keine (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse darüber genannt werden, ist es umso erstaunlicher, wie die Journalistengruppe zu ihren Erkenntnissen gelangte. Zwei Wochen betrieben sie mit Open Source Intelligence, dem Internet – sei es Google, Twitter, Instagram – intensive Recherche und entdeckten dabei einige Waffenteile im Jemen, die in Deutschland gefertigt und genehmigt wurden. Diese wurden besonders seitens der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien eingesetzt.³

Deutsche Rüstungsgüter für Land-, See- und Luftstreitkräfte

Das Recherche-Team fand Beweise für den Einsatz von Kampffjets, Artilleriegeschützen, Minenjagdbooten, Kampfpanzern, usw. – alles zum Teil aus deutscher Fertigung. Im Al-Souh-Tal im jemenitischen Gebiet Ketaf wurden im Januar 2018 Absturzteile eines **Tornado Kampffjets** gefunden. Es handelt sich hierbei um einen Kampffjet der Saudis, welcher zu mehr als 40% in deutschen Unternehmen gefertigt wurde. Die koordinierende Firma des Tornado-Programms ist die Panavia GmbH in Hallbergmoos, auch beteiligt sind das deutsche Unternehmen Airbus Defence and Space und MTU Aero Engines, die für 40% des Triebwerks zuständig sind. Bei der Zulieferung des Tornados waren ebenfalls deutsche Zulieferfirmen involviert. Obwohl die Luftangriffe Saudi-Arabiens im Jemen schon 2016 bekannt waren, wurden bis dahin Exportgenehmigungen für Tornado-Komponenten erteilt. Auch die **Eurofighter Typhoon**, von der Royal Saudi Air Force genutzte Kampffjets, werden im Jemen-Krieg eingesetzt. Im September 2017 stürzte im Süden Jemens ein saudisches

Flugzeug ab. Dem Rechercheteam #GermanArms nach handelt es sich dabei um einen Eurofighter Typhoon. Zudem ist auf einem regierungsnahen saudischen Twitterprofil ein Eurofighter in der Grenzregion Jemens zu sehen, der in der Luft betankt wird. Dem Rechercheteam zufolge ist auch dieser aus deutscher Fertigung: „Der Eurofighter Typhoon wird von dem internationalen Konsortium Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH produziert, das seinen Sitz in Hallbergmoos bei München hat. Die Airbus Defence and Space GmbH (Taufkirchen) hält ein Drittel der Anteile des Unternehmens. In Hallbergmoos sitzt auch die Eurojet Turbo GmbH, die für die Turbinen des Flugzeugs zuständig ist. Die MTU Aero Engines (München) hält Anteil am Turbinen-Konsortium und produziert wichtige Teile der Triebwerke. Das Augsburger Unternehmen Premium Aero-tec stellt den Rumpf-Mittelteil für den Eurofighter her. Darüber hinaus sind dutzende weitere deutsche Unternehmen am Eurofighter-Programm beteiligt.“⁴ Ferner wurden Komponenten der Tankflugzeuge für Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate genehmigt. Der **Airbus A330 MRTT** ist bei einer Betankung eines Eurofighters zu sehen und es sind Flugdaten über die Grenze Jemens ersichtlich. Dieses Tankflugzeug wird zum Teil in Standorten in Deutschland gefertigt. Darüber hinaus genehmigte die Bundesregierung 2015 Storm-Shadow-Komponenten mit einem Export über Großbritannien. Dabei handelt es sich um **Marschflugkörper**, die nach Saudi Arabien geliefert wurden und die im Dezember 2016 im jemenitischen Sa'adah in einem Video des Senders Sky News zu sehen waren. Die britische Regierung räumte zuvor ein, dass die Royal Saudi Air Force Marschflugkörper dieses Typs im Jemen einsetzt.⁵

Während deutsche Waffen in der Luft eingesetzt werden und unweigerlich für die Luftangriffe und die Zerstörungen im Jemen verantwortlich sind, werden weitere Waffen und Rüstungskomponenten aus Deutschland von den Land- und Seestreitkräften verwendet. **Minenjagdboote** der Frankenthal-Klasse aus der deutschen Lürssen-Werft, welche mit MTU-Motoren und Rheinmetall-Kanonen ausgestattet sind, wurden im Juni 2017 nach Angaben der Huthi-Rebellen von ihnen im jemenitischen Hafen von Mokka attackiert. Im Oktober 2018 veröffentlichten sie ein Foto eines nahezu gesunkenen Schiffs, welches eindeutige Merkmale der Frankenthal-Klasse trug. Zudem hat #GermanArms durch Satellitenbilder Schiffe der Frankenthal-Klasse im November 2016 im Hafen von Assab in Eritrea ausgemacht, der als Operationsbasis für Einsätze im Jemen-Krieg dient. Dort wird unter anderem die Seeblockade organisiert. Neben den Schiffen der Frankenthal-Klasse wurden auch Raketenschnellboote, Patrouillenboote und Korvetten in die Vereinigten Arabischen Emirate exportiert, die in den Jemen-Krieg involviert sind und zusammen mit Saudi-Arabien und weiteren Ländern die humanitäre Krise im Jemen verschärfen. Im Hafen von Assab in Eritrea ist zusätzlich ein **Raketenschnellboot** der Lürssen-Werft, welches in Deutschland gebaut und von MTU-Motoren angetrieben wird, seit 2016 stationiert. Zudem ein **Patrouillenboot** eines niederländischen Herstellers, das allerdings mit deutschen MTU-Motoren und einem Verteidigungssystem von Rheinmetall ausgestattet ist. Im September 2018 genehmigte die Bundesregierung dafür den Export von RAM-Zielsuchköpfen durch die Firma Diehl Defence in die VAE. Auf Satellitenbildern kann man dieses Schiff im Dezember 2018 und Januar 2019 in Assab erkennen. Zwischen 2016 und 2019 ist außerdem immer wieder eine **Korvette** im Hafen von Assab zu sehen. Im September 2018 genehmigte die Bundesregierung hierfür den Export von

ESSM-Gefechtsköpfen durch das Unternehmen TDW Gesellschaft für Verteidigungstechnische Wirksysteme mbH und von RAM-Zielsuchköpfen durch die Firma Diehl Defence in die VAE. Zwar stammt das Schiff von einem französischen Hersteller, es wird jedoch von deutschen MTU-Motoren betrieben und ist mit Kanonen- und Selbstverteidigungssystemen von Rheinmetall ausgestattet.⁶

Zusätzlich wurden seitens #GermanArms verschiedene deutsche Waffensysteme im Jemen und an der Grenze zu Jemen lokalisiert. Im Dezember 2017 wurde an der Westküste Jemens ein **Pionierpanzer** des Typs Wisent zum Teil in Kampfhandlungen entdeckt. Dieser wird von der Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft mbH gefertigt und wurde 2014 für die VAE genehmigt. An der Grenze zum Jemen sind außerdem saudische **Caesar-Artilleriegeschütze** mit deutschen Unimog-Fahrgestellten stationiert, welche eine Schussweite von mehr als 40 km besitzen. Auf einem Video ist zu erkennen, wie Caesar-Geschütze Schüsse abgeben und somit im Jemen-Krieg eingesetzt werden. Besonders die siegerländische Firma Dynamit Nobel Defence (DND) aus Burbach sticht beim Einsatz deutscher Waffensysteme im Jemen-Krieg hervor. Auf zahlreichen Videos aus dem Kriegsgebiet im Jemen sind **Fewas-Waffenstationen** für Kampffahrzeuge der Firma DND zu erkennen. Diese deutschen Waffenstationen werden durch die Exportgenehmigungen der Bundesregierung in Höhe von 81 Millionen Euro an die VAE nun in Aden und Al-Khawkhah eingesetzt. Zusätzlich genehmigte die Bundesregierung 2017 eine Lieferung von einer **Reaktivpanzerung** in Form von Modulen im Wert von 126 Millionen Euro an die VAE. Diese „reaktive Panzerung“ beim französischen Panzer Leclerc wurde in die VAE exportiert und 2018 in Aden und Al-Khawkhah gesichtet.⁷

Die Panzertechnik und die Waffenstation des Herstellers DND sind besonders heikel. Im März 2017 genehmigte die Bundesregierung die Ausfuhr besagter Waffen und Panzerungen an die VAE, obwohl der blutige Jemen-Krieg schon seit 2015 im vollen Gange war und der Einsatz von Kriegsgeräten seitens der VAE bekannt war. Der Stern schreibt sogar dazu, dass im März 2017 die Regierung dem Bundestag nicht verriet, „dass diese Module für Panzer gedacht waren“, obwohl die Firma auf ihrer Website selbst anmerkt, dass das reaktive Schutzsystem aus eigener Herstellung für gepanzerte Fahrzeuge gefertigt worden sei. Obwohl Rüstungsexporte in Länder, „die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind“ für die Koalition „anscheinend“ nicht genehmigt werden – und seit März 2015 der Einsatz von Kampfpanzern seitens der Intervention Saudi-Arabiens und den VAE bekannt ist –, wurden zwei Jahre später immer noch Ausfuhrgenehmigungen erteilt. Dabei ist „das Unternehmen kein großer Player der Rüstungsbranche [...]. Anders als für Rheinmetall, Airbus, Lürssen oder selbst die Nürnberger Diehl-Gruppe ist bei der Firma aus dem Siegerland nicht bekannt, dass sie ein Lobbybüro in Berliner 1A-Lage unterhält.“ 2016 lag der Umsatz von DND bei gerade einmal 55 Millionen Euro. Das entspricht nicht einmal der Hälfte des Auftrags an reaktiver Panzerung für die VAE. Der Jemen gilt Beobachtern zufolge als „Testgelände“ der Leclerc-Panzer, die zum Teil eben mit dieser Panzerung von Dynamit Nobel versehen sind.⁸

Es kommt hinzu, dass seit Mitte der 2000er die Firma DND als Tochterfirma des israelischen Staatskonzerns Rafael Ltd. gilt, welches aus einem Forschungsinstitut des israelischen Militärs entstanden ist. Zwar bezeichnet sich das Unternehmen selbst als eine deutsche Firma, mit deutschem Management und deutscher Gesetzgebung, dennoch könnte, laut Stern, das



Proteste gegen den Krieg im Jemen. Quelle: Felton Davis / Flickr

Unternehmen aus Burbach Israel als Ausfuhrhilfe an arabische Länder dienen. Der Stern schreibt dazu, dass Israel ein Interesse daran hätte, Saudi-Arabien zu unterstützen, da die Huthi-Rebellen inzwischen vom Iran unterstützt werden und dieser Kampf somit im Interesse der israelischen Regierung sei.⁹

Die Komponenten der Waffen, die von Deutschland an die Emiratis und Saudis exportiert wurden, sind maßgeblich für den Krieg im Jemen verantwortlich. Die Luftangriffe der Saudis mit teilweise deutschen Kampffjets haben verheerende Auswirkungen für die Bevölkerung im Jemen. Das Militärbündnis Saudi-Arabiens greift nicht nur militärische Ziele an, sondern auch Hochzeitsgesellschaften, Krankenhäuser, Schulbusse, usw. Angeblich hätten diese Bombardements den Rebellen gegolten, jedoch sterben bei Luftangriffen zahlreiche Zivilisten. Ebenso werden dadurch Infrastruktur und Versorgungsmittel zerstört, was Epidemien, Krankheiten und Hungersnot weiter schürt.¹⁰ Grund dafür ist zusätzlich die Präsenz des Militärbündnisses auf dem Wasser. Die lang anhaltende Seeblockade forcierte die humanitäre Krise und blockierte Hilfslieferungen. Auch auf dem Wasser, in jemenitischen Häfen und im Hafen Assab von Eritrea, der als Operationsbasis für Einsätze im Jemen-Krieg dient, ist Deutschland durch seine Rüstungsexporte präsent.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

Bezüglich der Kenntnisse zur Seeblockade und inwieweit Saudi-Arabien, Ägypten und die VAE daran beteiligt sind, antwortet die Bundesregierung in der Anfrage der Fraktion DIE LINKE, dass sie „keine über die Antwort der Bundesregierung zu Frage 14 des Abgeordneten Omid Nouripour vom Dezember 2017“ hinausgehenden Kenntnisse hätte. In der damaligen Antwort heißt es: „Das humanitäre Völkerrecht verpflichtet zum freien Durchlass von Arzneimitteln und Sanitätsmaterial für die Zivilbevölkerung. Daneben ist auch der Durchlass von unentbehrlichen Lebensmitteln für Kinder und Schwangere zu

gewährleisten. Alle Konfliktparteien sind völkerrechtlich verpflichtet, diese Grundregeln einzuhalten. Die Bundesregierung verfügt derzeit über keine eigenen Erkenntnisse, dass die Militärkoalition diese völkerrechtlichen Standards durch die verbleibenden Hindernisse missachten würde.“ Hier sei nochmal angemerkt, dass Schiffe mit Hilfsgütern seitens der Militärkoalition festgehalten wurden und Schiffe aus der Lürssenwerft daran beteiligt waren, diese Seeblockade zu implementieren und dadurch die Hungersnot in Jemen zu verschlimmern. Zudem merkt die Bundesregierung an, dass weitere Auskünfte zur Verschärfung der Seeblockade „erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit „ausländischen Partnerdiensten“ hätten, und dann würde „in der Konsequenz eines Vertrauensverlustes Informationen von ausländischen Stellen entfallen [...] mit negativen Folgewirkungen für die Genauigkeit der Abbildung der Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Hinblick auf den Schutz deutscher Interessen im Ausland.“ Eine Offenlegung hätte zudem die Folge, dass den Interessen Deutschlands „schweren Schaden“ zugefügt würde.¹¹

In der Anfrage 2019 bezieht sich die Bundesregierung somit immer noch auf eine Stellungnahme von 2017, in der sie erstens die durch die Seeblockade katastrophal verschlimmerte Versorgungslage leugnet bzw. ignoriert und zweitens Informationen, die sie anscheinend von anderen Geheimdiensten hat, unter Verschluss hält. Des Weiteren ist bei den aktuellen Antworten der Bundesregierung auffallend, dass sie keine Kenntnisse zu deutschen Waffen im Jemen haben will. Zu der Frage, ob die Bundesregierung ausschließt, dass deutsche Rüstungsexporte in die Staaten der Allianz Saudi-Arabiens nicht zu interner Repression oder seit Beginn des Jemenkriegs im Jahr 2015 zu sonstigen fortdauernden systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht wurden bzw. werden, antwortet sie: „Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. [...] Die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland spielt bei der



Kind in einem durch Luftangriffe zerstörten Gebäude in Taizz, Jemen. Quelle: Felton Davis / Flickr

Entscheidungsfindung eine hervorgehobene Rolle. Wenn hinreichender Verdacht besteht, dass die zu liefernden Rüstungsgüter zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden, wird eine Genehmigung grundsätzlich nicht erteilt.“ Die Bundesregierung hält somit die offenkundigen Kriegsverbrechen durch Saudi-Arabien und die VAE, sowie zahlreiche Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen und den Einsatz von Kindersoldaten¹² im Jemen nicht für so gravierende Menschenrechtsverletzungen, dass sie der „verantwortungsvollen Rüstungsexportpolitik“ widersprechen. Dadurch, dass hinreichender Verdacht besteht, den die Bundesregierung aber ignoriert, leistet sie Beihilfe zur Verletzung des Völkerrechts und zum Krieg im Jemen. Da nützt es auch nichts, wenn Heiko Maas bei der Sicherheitskonferenz in München von seiner Presseleiterin bei der Frage nach dem Jemen-Krieg einfach beiseitegeschoben wird und dass Peter Altmaier im Februar 2019 auch keine Kenntnisse über deutsche Waffen im Jemen haben wollte. Dabei sind diese Kenntnisse sogar ohne Nachrichtendienst ersichtlich und bedürfen lediglich intensiver Recherche im freizugänglichen Internet. Die Recherche von #GermanArms bringt die Bundesregierung in Antwortpflicht, die allerdings bisher nur sehr vage ausgefallen ist. „Der Regierung lägen »keine aktuellen Informationen zu einem Verstoß gegen Endverbleibserklärungen für aus Deutschland ausgeführte Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien oder in die Vereinigten Arabischen Emirate vor«, schrieb die von Peter Altmaier (CDU) geführte Behörde vorab an den Ausschuss. »Grundsätzlich« gelte, dass man »konkrete Hinweise auf Verstöße sehr ernst« nehme und ihnen nachgehe“¹³, so der Stern. Wirkliches Interesse an den Hinweisen scheint es jedoch seitens der Bundesregierung nicht zu geben, der zuständige Parlamentarische Staatssekretär Oliver Wittke wurde nach seinem plötzlichen Verschwinden wieder in den Wirtschaftsausschuss zurückbeordert, um Fragen zu den Hinweisen des #GermanArms-Teams zu beantworten. Diese fielen jedoch ebenfalls spärlich und unkonkret aus. Zustimmung bekam Wittke von der CDU/CSU. Die Grünen-Abgeordnete Katharina Dröge meinte dazu: „Das ist eine Bankrotterklärung des ganzen Systems.“¹⁴

Argument „Europa“ zieht immer

Während die Bundesregierung also angeblich keine Kenntnisse über den Endverbleib ihrer exportierten Waffen hat und die zuständigen Unternehmen in ihrer Antwort zum Einsatz ihrer Waffen im Jemen-Krieg auf die Bundesregierung verweisen, wird von der Rüstungslobby die Kritik am angeblichen

Exportstopp für Saudi-Arabien laut. Der Konzern Rheinmetall droht mit einer Klage auf Schadenersatz, da bereits genehmigte Exporte nicht ausgeliefert werden könnten und hohe Einbußen damit verbunden wären. Die Peene-Werft gilt seitens der Rüstungslobby und Politik als ausgezeichnetes Beispiel für die Kritik am Exportstopp an Saudi-Arabien. Die der Lürssen-Gruppe zugehörige Peene-Werft in Wolgast hat mit Saudi-Arabien einen milliardenschweren Auftrag abgeschlossen, welcher den Export von mindestens 30 Patrouillenbooten umfasst, die, um es nochmals anzumerken, auch im Jemen-Krieg seitens des saudischen Königshauses eingesetzt werden. „Boot Nummer 16 und 17 liegen fertig gebaut auf dem Werftgelände zur Auslieferung bereit. Acht weitere Schiffe sind auf Kiel gelegt. Derzeit wird daran auf der Werft nicht weiter gearbeitet. An dem Auftrag hängen 300 Arbeitsplätze.“¹⁵ Innerhalb der SPD seien aufgrund dessen unterschiedliche Meinungen bezüglich des Rüstungsstopps aufgekommen.

Während ein Teil der SPD-Bundestagsfraktion eine klare Position gegen die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien fordert, positioniert sich Bremens Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) an der Seite der Rüstungsunternehmen. So sollen im Falle einer unbefristeten Verlängerung des Exportstopps die Unternehmen wie auch die Beschäftigten nicht im Regen stehen gelassen werden.

Vor allem seitens der CDU wird sich deshalb gerne auf das Argument „EUROPA“ bezogen. Es gibt Anzeichen, dass die Bundesregierung die Sanktionen gegen Saudi-Arabien lockern will. So wird immer häufiger von einer „europäischen Lösung“ berichtet.¹⁶ Auf der Münchner Sicherheitskonferenz plädierten Angela Merkel und Ursula von der Leyen für eine Vereinheitlichung europäischer Exportrichtlinien und für eine Lockerung der deutschen Regelungen. Die Verteidigungsministerin formulierte es sogar wie folgt: „Wir Deutschen sollten nicht so tun, als seien wir moralischer als Frankreich oder menschenrechtspolitisch weitsichtiger als Großbritannien.“¹⁷ Es ist durchaus schockierend, dass im Hinblick auf die katastrophalen und menschenunwürdigen Verhältnisse im Jemen davon gesprochen wird, „moralische und menschenrechtspolitische Weitsichtigkeit“ nicht anzustreben und stattdessen den Kurs auf eine Exportpolitik zu lenken, die diese Verhältnisse und Lebensumstände weiter verschlechtert! Es wäre angebracht die Bundesregierung daran zu erinnern, dass sie laut Koalitionsvertrag nach eben dieser Moral und einer restriktiveren Rüstungspolitik strebt.

Zu europäischen Lösungen äußerte sich auch Günthner folgendermaßen: „Wir halten hier aber auch eine gemeinsame europäische Linie für erforderlich. Aus friedenspolitischen Gründen allemal, aber nicht zuletzt auch, um einseitige Wettbewerbsnachteile der deutschen Industrie zu verhindern.“¹⁸ Mit dem Argument des „Wettbewerbsnachteils“ ist der SPD-Senator nicht alleine. Christoph Atzpodien, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, behauptete ebenfalls, dass Deutschland im Kreise seiner engsten Verbündeten – wie Frankreich und Großbritannien – isoliert würde. Er warnte sogar vor „einer weiteren Auflösung des gemeinsamen Wertekonsenses in Kern-Europa“.¹⁹ Die Diskussion über den europäischen Wertekonsens ist lächerlich, wenn man bedenkt, wie sich dieser „Konsens“ zusammensetzt. Betrachtet man den angesprochenen Konsens, ergibt sich dieser aus der Rüstungslobby, Frankreich und Großbritannien, die Druck auf den deutschen „Exportstopp“ ausüben – im Namen Europas natürlich –, um eine gemeinsame Rüstungspolitik zu betreiben, für die

momentan bestimmte Komponenten von deutschen Rüstungsunternehmen ausbleiben. Während der Konsens also nur die Interessen der Rüstungsindustrie abbildet, ist die Argumentation für eine lockerere Rüstungspolitik aufgrund „gemeinsamer Werte“ noch absurder, da eine Definition europäischer Werte nie geschaffen wurde. „Werte“ dienen in diesem Fall lediglich als Worthülse, um etwas zu beschreiben, was gar nicht existiert – ähnlich dem „Konsens“, dem im Übrigen Länder wie Dänemark, Finnland und die Niederlande nicht zustimmen. Welche europäischen Werte sollen denn Waffenlieferungen in Länder befürworten, die unmittelbar an einem Krieg und den Völkerrechtsverletzungen beteiligt sind?

Deutschland würde sich selbst in eine „nationale Sonderrolle“ drängen und von Europa vollends isoliert werden, wenn es den Rüstungsstopp nicht aufheben würde. Fraglich ist zudem, dass die Begründung – Rüstungsexporte seien notwendig für die deutsche Rolle in der EU – auch in bekannten Medien kursiert. Dort heißt es, dass die SDP „dem Rest Europas ihren hohen moralischen Standard aufzwingen“ würde – was im Hinblick auf manch eine Meinung zur Rüstungsindustrie innerhalb der SPD fragwürdig erscheint – und dass es den Deutschen „nicht erlaubt [werden könne] mit ihrer im Grundsatz restriktiveren Haltung alle zu binden.“²⁰ Waffen an Saudi-Arabien zu liefern mit dem Argument der „europäischen Einigung“ entspricht allerdings nicht dem besagten „Wertekonsens“. Während Frankreich und Großbritannien zwar die lautesten Kritiker der unterbrochenen Rüstungsexporte Deutschlands sind, haben Dänemark, Finnland und die Niederlande die Waffenlieferungen an die Saudis und an die Vereinigten Arabischen Emirate gestoppt. Im „Gemeinsamen Standpunkt“ aller EU-Staaten heißt es, Ausfuhrgenehmigungen seien zu verweigern, „wenn eindeutig das Risiko besteht, dass die Militärtechnologie oder die Militärgüter, die zur Ausfuhr bestimmt sind, verwendet werden, um schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu begehen“.²¹ Zusätzlich verabschiedete das Europäische Parlament im November 2018 einen Bericht, wonach nach Saudi-Arabien und die VAE keine Rüstungsexporte mehr stattfinden sollten. Der „Wertekonsens“, wenn man von einem sprechen kann, innerhalb der EU ist somit nicht der von Frankreich, Großbritannien, sowie Spanien vorgegebene, sondern richtet sich gegen die Rüstungsexporte in die Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind. Doch gerade führende Politiker sprechen sich für eine Lockerung der Exportrichtlinien aus und orientieren sich am Druck Frankreichs, Großbritanniens und der Rüstungslobby.²²

Fazit

Wie kann es also angesichts der Lage im Jemen sein, dass über eine Lockerung der Exportrichtlinien und weitere Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nachgedacht wird, wenn eigentlich die Frage geklärt werden müsste, weshalb es zwar einen Lieferstopp nach Saudi-Arabien gibt, nicht aber in die anderen Länder des Militärbündnisses – besonders in die VAE? Weshalb wird die Rüstungsindustrie erst angehalten ihre Exporte nach Saudi-Arabien einzustellen, als der Fall Khashoggi Aufmerksamkeit erregte und nicht etwa, als bekannt wurde, wie viele zivile Opfer die Saudis im Jemen durch Luftangriffe zu verantworten haben? Noch kritischer ist zudem, dass inzwischen bekannt ist, wie die Saudis und die VAE ihre völkerrechtsverletzende Intervention mit deutsche Waffen durchführen. Es ist demnach fraglich, wie viel Glauben man der Bundesregierung schenken kann, wenn sie behauptet,

nichts von alledem und dem Endverbleib deutscher Waffen zu wissen, wo es doch nur das Internet braucht, um all diese Informationen zu bekommen. Die Argumentation, dass es eine Isolation Deutschlands im Rahmen der EU zur Folge hätte, wenn Deutschland nicht weiter exportieren würde, ist demnach unsinnig, da Deutschland mit seinem „Exportstopp“ sich endlich annähernd in den Vorgaben des Berichts des EU-Parlaments bewegt. Obwohl das EU-Parlament einen Lieferstopp, auch wenn dieser nicht rechtlich bindend ist, in alle am Jemen-Krieg beteiligte Länder vorgibt, kommt Deutschland dem nicht nach. Der Anlass für den Exportstopp hätte auch ein anderer sein sollen, nämlich die Völkerrechtsverletzungen der Saudis und Emiratis, besonders im Hinblick auf den Einsatz deutscher Rüstungsgüter im blutigen Jemen-Krieg. Es lässt sich demzufolge sagen, dass die Recherche von #GermanArms wichtige Kenntnisse zu deutschen Waffen im Kriegsgebiet geliefert hat. Die Teilhabe Deutschlands am Jemen-Krieg ist gerade durch Rüstungsgenehmigungen, die noch bis 2018 erteilt wurden, nicht zu leugnen. Besonders, da Tochterfirmen der Rüstungsunternehmen weiterhin Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ausführen und überdies weiter Waffenlieferungen von deutschen Rüstungsunternehmen an andere im Jemen-Krieg beteiligte Länder genehmigt werden. Deutsche Waffen töten auch im Jemen.

Anmerkungen

- 1 Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED): [Yemen War death toll now exceeds 60,000 according to latest ACLED data](#) (12/2018).
- 2 Antwort der Bundesregierung zu „Rüstungsexporte Deutschlands 2018 in am Jemen-Krieg beteiligte Länder“ (2019). Drucksache: 19/7967.
- 3 Philipp Grill, Jasmin Körber, u.a.: [#GermanArms](#). Rechercheprojekt deckt Verwendung deutscher Waffen im Jemen-Krieg auf. Hrsg.: Report-München (02/2019).
- 4 Paulus, Bernd Martin: Welche Waffen aus Deutschland werden im Jemen-Krieg benutzt?. [Interaktive Seite des Rechercheteams #GermanArms](#). Hrsg.: BR (02/2019).
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Tillak, Hans-Martin: [Deutsche Panzertechnik im Einsatz im Jemen – was Israel damit zu tun hat](#). Hrsg.: Stern (03/2019).
- 9 Ebd.
- 10 Welt: [Blutbad im Jemen. Luftangriff auf Bus tötet Dutzende Kinder](#) (08/2018).
- 11 Antwort der Bundesregierung zu schriftlichen Fragen (2018). Drucksache: 19/415.
- 12 Steinmetz, Christopher: [Deutsche Rüstungsexporte und Kindersoldaten. Kleinwaffen in Kinderhänden](#). Hrsg.: Brot für die Welt, Kindernothilfe e.V., u.a.: Publikation 2017.
- 13 Tillak, Hans-Martin: [Rüstungsexport-Politik. Opposition sieht „Bankrotterklärung des ganzen Systems“](#). Hrsg.: Stern (03/2019).
- 14 Ebd.
- 15 Hanuschke, Peter: [Klare Kante gefordert. SPD streitet über Rüstungsexporte](#). Hrsg.: Weser-Kurier (03/2019).
- 16 Ebd.
- 17 Spiegel: [Bundesregierung hält an Stopp bei Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien fest](#). Hrsg.: Spiegel Online (02/2019).
- 18 Hanuschke, Peter: [Klare Kante gefordert. SPD streitet über Rüstungsexporte](#). Hrsg.: Weser-Kurier (03/2019).
- 19 Tillak, Hans-Martin: [Wie die Rüstungslobby Stimmung für Waffenexporte an die Saudis macht](#). Hrsg.: Stern (03/2019).
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.

Rheinmetall: Ausweitung der Produktion und der Proteste

von Jacqueline Andres

Beim Rüstungskonzern Rheinmetall knallen die Sektkorken, zwischen November 2018 und März 2019 steigt die Aktie und das Handelsblatt titelt: „Rüstungsaufträge brechen Rekorde bei Rheinmetall“.¹ Im vergangenen Geschäftsjahr hat Rheinmetall seine Prognosen übertroffen und die weltweit dramatisch steigende Nachfrage nach Rüstungsgütern kommt auch der Rüstungssparte des Konzerns zu Gute. Insgesamt stieg der Konzernumsatz im Jahr 2018 um 4,3 Prozent auf 6,148 Milliarden Euro an. Doch u.a. aufgrund der weiterlaufenden, skandalösen Exporte an am Jemenkrieg beteiligte Staaten und des Einsatzes der Leopard-2 Panzer durch die türkische Armee in kurdischen Gebieten, nimmt auch der Protest gegen Rheinmetall nicht ab.

Rheinmetall wächst mit der Kriegskonjunktur ...

In den letzten Monaten ergaben sich zahlreiche internationale Projekte, die die Gewinnspanne und die Beteiligung an der Herstellung tödlicher Waffen auszuweiten drohen. Die Saudi Arabian Military Industries (SAMI) versuchte im November mit dem Angebot von 1 Milliarde US-Dollar den Einstieg bei Rheinmetall Denel Munition (RDM), einem Joint Venture, das mit einem 51-Prozent-Anteil Rheinmetall und mit einem 49-Prozent-Anteil dem südafrikanischen Rüstungskonzern Denel Ltd gehört, welcher wegen langjähriger korrupter Misswirtschaft händeringend Investitionspartner sucht. Als südafrikanisches Joint Venture ist es bislang nicht von deutschen Rüstungsexportvorschriften betroffen, obwohl die Bundesregierung dies ändern könnte. SAMI steht unter der Leitung des CEO Andreas Schwer, der zuvor Manager bei Rheinmetall war.² Zudem gründete Rheinmetall im Jahr 2018 in Kontinuität weitere Unternehmen, so z.B. das mit dem britischen Rüstungsriesen BAE Systems neu geschaffene Gemeinschaftsunternehmen „Rheinmetall BAE Systems Land“, welches sich einen Großauftrag zur Herstellung der Radpanzer des Typs Boxer für die britische Regierung erhofft.³ In Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Rüstungskonzern Raytheon hofft Rheinmetall, das Rüstungsvorhaben „Kampffahrzeug der nächsten Generation – optional bemanntes Kampffahrzeug“ des US-Militärs umsetzen zu können – der Schützenpanzer Lynx soll als bemanntes und unbemanntes Gefechtsfahrzeug mit von Raytheon produzierten Lenkflugkörpern, Wärmebildgeräten, dem Drohnensystem Coyote und dem Aktiven Schutzsystem (APS), welches „heranfliegende Objekte schneller als ein Wimpernschlag“⁴ zerstört, ausgestattet werden.⁵ Das Drohnensystem Coyote hingegen umfasst mit tödlichen Sprengköpfen versehene Drohnen, die alleine oder in autonomen Schwärmen u.a. zur Überwachung und im Rahmen der elektronischen Kriegsführung eingesetzt werden können.⁶ Bedenkt man das aktuelle, katastrophale Ausmaß der völkerrechtswidrigen Drohnenkriege, ahnt man nur, was der Einsatz unbemannter Gefechtsfahrzeuge, welche in Koordination mit

autonomen Drohnenschwärmen agieren, für weitere Folgen für die Menschen in Grenz-, Kriegs- und Konfliktgebieten mit sich bringen kann. Mit dem Münchner Technologie- und Überwachungsunternehmen Rohde & Schwarz gründete Rheinmetall die „RRS-MIT-COS, Rheinmetall/Rohde &

Schwarz-Military IT and Communications Solutions GmbH“, um sich gemeinsam für das milliardenschwere Großvorhaben „Digitalisierung landbasierter Operationen“ der Bundeswehr zu bewerben.⁷ Weitere Milliarden erwartet der Konzern durch die fortschreitenden Militarisierungsprozesse der EU: Ebenfalls im Jahr 2018 hatte sich Rheinmetall in der ersten EU-Ausschreibung zur EU-Verteidigungsforschung durchgesetzt: „Der Düsseldorfer Hochtechnologiekonzern wurde im Planvorhaben Generic Open Soldier Systems Reference Architecture (GOSSRA) zur Führung eines Konsortiums mit Partnern aus neun EU-Mitgliedsstaaten durch die Europäische Kommission ausgewählt.“⁸

... und baut Standorte aus

Abgesehen von den zunehmenden Kooperationsvorhaben plant der Konzern den Ausbau verschiedener Standorte. In der Bundesrepublik soll der Standort Kiel mehr Aufträge und Personal erhalten, um u.a. Prototypen neuer Panzer für die Bundeswehr zu entwickeln, um offiziell ihrer Aufgabe als Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) und somit als Speerspitze der Nato nachkommen zu können.⁹ Der Hauptstandort des Konzerns in Unterlüß wuchs im Jahr 2018 von 1684 auf 1888 Beschäftigte an und erwarte laut Pressesprecher Oliver Hoffmann für 2019 tendenziell einen weiteren leichten Aufwuchs.¹⁰ In Kassel plant der Konzern eine zusätzliche Teststrecke für die im Werk Mittelfeld produzierten Panzer. Die lokale Zeitung Hessische Niedersächsische Allgemeine (HNA) berichtet über protestierende Anwohnende.¹¹

Auch die umstrittene Munitionsfabrik von Rheinmetall Waffe Munition (RWM) Italia S.p.A. in der sardischen Kleinstadt Domusnovas soll direkt angrenzend an die bisherige Struktur um ein Bombentestgelände im Wert von 40 Millionen Euro erweitert werden. Gegner_innen dieses Vorhabens befürchten, dass dann auch die Waffenproduktion steigen könnte und somit zu noch mehr Toten in Jemen führen könnte. Zwar hatte das südafrikanische Tochterunternehmen Rheinmetall Denel Munitions im Jahr 2016 – d.h. nachdem die ersten Berichte über die Kriegsverbrechen Saudi Arabiens in Jemen veröffentlicht wurden – eine gesamte Munitionsfabrik an Saudi Arabien verkauft, welche nun südlich der Hauptstadt Riad von der saudischen Military Industries Corporation betreiben wird, doch die Fabrik befindet sich noch in der Einarbeitungsphase und hat ihre Produktionskapazitäten noch nicht ausgeschöpft. Nach Einschätzungen der sardischen Zeitung L'Avvenire braucht es daher die Munition aus Sardinien.¹²

Zahlreiche Gruppen, u.a. Italia Nostra Sardegna, Comitato Riconversione Rwm (Komitee zur Konversion RWM), Unione Sindacale di Base (Gewerkschaftliche Basisunion), Arci Sardegna, Assotziu Consumadoris Sardigna, die Umweltschutzorganisation Legambiente Sardegna e Centro Sperimentazione Autosviluppo (Experimentelles Zentrum der Selbstentwicklung) fürchten u.a. schwere Umwelt- und Gesundheitsschäden



Protestaktion vor der Rheinmetall-Hauptversammlung 2017. Quelle: Uwe Hixsch / Flickr

für die Anwohnenden und haben gegen die von der Region erlassene Erlaubnis der Ausweitung Einspruch erhoben – die endgültige Entscheidung trifft das zuständige regionale Verwaltungsgericht voraussichtlich am 19. Juni 2019.¹³ RWM Italia S.p.A. betont, eine Konversion zu zivilen Produkten sei unmöglich und droht mit der Schließung der Fabrik und der Entlassung der gesamten Belegschaft, sollten die Region und die zuständige Gemeinde von Iglesias die Ausweitung des Geländes nicht erlauben. Die Gegner_innen der militärischen Produktion sehen dies als Erpressung und weigern sich, nachzugeben.¹⁴

Ein heißer Sommer für Rheinmetall?

Im Mai findet wieder die Jahreshauptversammlung von Rheinmetall in Berlin statt. Die Gegenproteste, die voraussichtlich am 28. Mai 2019 stattfinden werden, sind bereits mit den Forderungen für eine Umstellung auf zivile Produkte, den Stopp der Waffenexporte sowie der Schaffung eines schlupflochfreien Rüstungsexportkontrollgesetzes in Planung.¹⁵ Erst bei der letzten Versammlung protestierten wieder zahlreiche Menschen vor dem Maritim-Hotel. Zwei Kriegsgegner_innen wurden vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt, wobei die Staatsanwaltschaft die Zahlung einer außergewöhnlich hohen Strafe in Höhe von 15.000 € pro Person forderte. Im Interview mit der jungen Welt erklärte einer der Angeklagten, Christoph Brandt, der Anklageschrift zufolge hätten sie das Banner, auf dem „8. Mai 1945 – damals wie heute: War starts here, let's stop it here“ stand, „energisch festgehalten“.¹⁶ Die RichterIn habe versucht die Angeklagten am Verlesen politischer Erklärungen zu hindern und beim kleinsten Anlass gedroht, das Publikum auszuschließen.¹⁷ Das Verfahren wurde gegen Zahlung einer Geldbuße von 500 € pro Person an den „Studienkreis Deutscher Widerstand“ eingestellt. Brandt betont in dem Interview: „Aus unserer Sicht ist es das erklärte Ziel von Rheinmetall, seine diesjährige Aktionärsversammlung am 28. Mai möglichst ohne kritische Öffentlichkeit durchführen zu können. Dafür wollten sich Teile der Justiz offenbar vor den Karren spannen lassen.“¹⁸ Es bleibt daher zu hoffen, dass die diesjährigen Proteste gegen die Hauptversammlung noch größer werden als letztes Jahr.

Nur wenige Monate später startet am 1. September in Unter-

lüß das „War Starts Here Camp“, wo „gemeinsam und entschlossen für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung“¹⁹ gekämpft wird. Weitere Aktionen werden wahrscheinlich auch auf Sardinien stattfinden, sobald das Gericht Ende Juni das Urteil fällt. Rheinmetall bleibt zu Recht im Fokus unterschiedlicher anti-militaristischer Gruppen – als einer der größten Munitionslieferanten weltweit, kann Rheinmetall gar nicht genug Gegenwind erfahren.

Anmerkungen

- 1 Kevin Knitterscheidt: Rüstungsaufträge brechen Rekorde bei Rheinmetall, handelsblatt.com, 1.3.2019
- 2 Alexander Cornwell: South Africa defence group Denel to seek investment partners: CEO, reuters.com, 19.2.2019
- 3 Christopher Jasper: Rheinmetall und BAE gründen Gemeinschaftsunternehmen für Boxer, welt.de, 21.1.2019
- 4 Rheinmetall: Active Defence System, rheinmetall-defence.com
- 5 Rheinmetall: Raytheon und Rheinmetall bieten der US Army Schützenpanzer Lynx als Kampffahrzeug der nächsten Generation an, rheinmetall-defence.com, 8.10.2018
- 6 Raytheon: Coyote UAS, raytheon.com
- 7 Rheinmetall und Rohde & Schwarz gründen RRS-MITCOS, bundeswehr-journal.de, 30.10.2018
- 8 Rheinmetall bei Ausschreibung zum Europäischen Verteidigungsfonds erfolgreich, rheinmetall.com, 19.2.2018
- 9 Frank Behling: Rheinmetall stärkt den Standort Kiel, kn-online.de, 13.3.2019
- 10 Christopher Menge: Standort Unterlüß wächst weiter, cellesche-zeitung.de, 13.3.2019
- 11 Katja Rudolph, Nicole Schipper: Rheinmetall: Noch mehr Panzer-Testfahrten in Kassel? Anwohner fürchten Lärm, hna.de, 17.03.19
- 12 Nello Scavo: La Rwm: „Pronti a testare le bombe in Sardegna“, avvenire.it, 10.3.2019
- 13 Simone Farris: Rwm, gli ambientalisti: “Ulteriori illegittimità sul progetto di ampliamento”, unionesarda.it, 19.3.2019
- 14 Nello Scavo: La Rwm: „Pronti a testare le bombe in Sardegna“, avvenire.it, 10.3.2019
- 15 Protest-Demonstration anlässlich der Jahreshauptversammlung 2019 der Rheinmetall-AG, leo-kette.de
- 16 Gitta Düperthal im Gespräch mit Christoph Brandt: „Kein Fehler, einen Prozess zu politisieren“, jungwelt.de, 20.3.2019
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Auch im Jahr 2019 wird es ein war-starts-here-Camp geben: vom 1. – 9. September 2019 in Unterlüß, war-starts-here.camp

Ins gemachte Netz gesetzt

Bundeswehr steigt ins Digitalfunknetz der zivilen Sicherheitsbehörden ein

von Martin Kirsch

Nachdem die Bundeswehr sich bereits zu Jahresbeginn einen privilegierten Zugang zum Güterverkehr der Deutschen Bahn gesichert hat,¹ um Kriegsgerät schneller Richtung Osten transportieren zu können, ist jetzt der digitale Behördenfunk an der Reihe. Am 21. Februar 2019 hatte der Bundestag eine Änderung des BDBOS-Gesetzes (Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) verabschiedet.² Einziger Inhalt der Gesetzesänderung ist die Aufnahme der Bundeswehr in den Benutzerkreis des staatlichen Digitalfunknetzes, das zuvor ausschließlich den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)³ vorbehalten war. Bereits vor der Gesetzesänderung war die Bundeswehr mit rund 8.500 Teilnehmer*innen aus den Bereichen Bundeswehrfeuerwehr, den Bundeswehrkrankenhäusern und Teilen der Militärpolizei in das BOS-Digitalfunknetz integriert. Begründet wurde dies mit der Einbindung in die zivile Krankenversorgung, den Status als „Werksfeuerwehr“ und der engen Kooperation mit der Polizei bei der Verkehrsüberwachung von militärischen Fahrzeugen.

Die Gesetzesänderung erlaubt es der Bundeswehr jetzt, bis zu 40.000 Soldat*innen aus den Bereichen Heer, Streitkräftebasis, Cyber- und Informationsraum und Sanitätsdienst in den Behördendigitalfunk zu integrieren. Damit erhält erstmals auch die Kampftruppe der Bundeswehr Zugang zum BOS-Digitalfunknetz, das seit 2006 für über 12 Milliarden Euro aus zivilen Mitteln aufgebaut wurde. Diese Entscheidung fällt nicht zufällig kurz nach dem Startschuss für ein zentrales Rüstungsprogramm unter dem Titel „Digitalisierung Landbasierter Operationen“, das eng mit der Aufrüstung an der NATO-Ostflanke verbunden ist.

Während lokale Feuerwehren und Rettungsdienste die teure Digitalfunktechnik z.T. aus eigenen Mitteln anschaffen müssen, stehen der Bundeswehr für Rüstungsprojekte im Bereich der digitalen Kommunikationstechnik und Vernetzung in den nächsten Jahren Milliardenbeträge zur Verfügung. Zudem wird das Trennungsgebot zwischen Polizei, Geheimdiensten und Armee mit dem gemeinsamen Digitalfunknetz auf infrastruktureller Ebene vollends ausgehoben.

Netzaufbau mit Hindernissen

Dem erst 2016 abgeschlossenen Aufbau des BOS-Digitalfunknetzes im TETRA-Standard geht eine über 20-jährige Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen voraus. Um den analogen Funk von Behörden, Industrie und Nahverkehrsunternehmen abzulösen, wurde Mitte der 1990er Jahre der Digitalfunkstandard „Trans European Trunked Radio“ (TETRA) in Konkurrenz zum US-Standard „Projekt 25“ entwickelt. Der Standard für Bündelfunknetze wurde darauf vom Europäischen Institut für Telekommunikationsnormen als „Terrestrial Trunked Radio“, ebenfalls TETRA, zertifiziert und wird mittlerweile in über 50 Staaten weltweit genutzt. Die einzige rein EUropäische Komponente, die in der TETRA-Software

eingeschrieben bleibt, ist ein ausschließlich Behörden innerhalb der EU vorbehaltener Verschlüsselungsalgorithmus.

Nachdem bereits die Innenminister Kanther und Schily an der Planung des Behördendigitalfunks gescheitert waren, trat 2006 das „Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt

für den Digitalfunk der BOS“ in Kraft. Die Ausschreibung für den Netzaufbau ging im selben Jahr an EADS (heute Airbus) in Kooperation mit Siemens und Nokia. Zu diesem Zeitpunkt wurde noch mit Kosten von rund 4,5 Milliarden Euro für die Einrichtung der Netzinfrastruktur und der Ausstattung von Polizeibehörden, THW und Katastrophenschutz mit Endgeräten gerechnet. Nicht in der Kalkulation enthalten waren die Endgeräte von Feuerwehren und Rettungskräften, die kommunal verwaltet werden.

Aufgrund massiver Verspätungen beim Aufbau des Netzes – unter Schily wurde der Start bereits für die Fußball-WM 2006 angekündigt - und einer Kostensteigerung von mehr als 160% auf über 12 Milliarden Euro⁴ war zwischenzeitlich gar vom „Flughafen BER“ des Innenministeriums die Rede. Im Gegensatz zum neuen Hauptstadtflughafen konnte das BDBOS allerdings mit der Fertigstellung des letzten Netzabschnittes in Baden-Württemberg 2016 Vollzug melden. Bis dahin hatte das Projekt von der ersten Idee bis zur Funktionsfähigkeit über 20 Jahre, fünf Innenminister und sieben Bundesregierungen an sich vorbei ziehen lassen.

Laut eigenen Angaben betreibt das BDBOS in Kooperation mit den Bundesländern mittlerweile das weltweit größte TETRA-Netz mit rund 4.600 Basisstationen, über 835.000 registrierten Nutzer*innen und einer Netzabdeckung von 99,2 Prozent der Fläche der Bundesrepublik.⁵ Im Gegensatz zum dezentral aufgebauten Analogfunk erlaubt das zentralisierte TETRA-Netz bundesweite Sprechverbindungen. Gesteuert von zwei Netzverwaltungszentralen in Berlin und Hannover werden über vier Transitvermittlungsstellen und 64 regionale Vermittlungsstellen die Basisstationen (Funkmasten) vernetzt.⁶

Durch die massive Verzögerung beim Aufbau wurde 2016, pünktlich zur Fertigstellung des Netzes, bereits die Modernisierung beschlossen, um die Systemtechnik auf den neusten Stand zu bringen.⁷ Da sich die Ausstattung von lokalen Feuerwehren und Rettungsdiensten mit neuen Endgeräten allerdings in einigen Bundesländern noch immer hinzieht, wird dort der Analogfunk aktuell weiter betrieben. Klagen kommen in diesem Zusammenhang auch von Feuerwehren, die bereits Digitalfunkgeräte erhalten haben. Durch die aktuelle Netzmodernisierung, die auch der Bundeswehr zugutekommen wird, geht das Feuerwehrmagazin davon aus, dass allein in Sachsen-Anhalt 8.000 Digitalfunkgeräte und weitere Technik ersetzt werden müssen, weil sie neue Softwareprotokolle nicht mehr unterstützen.⁸

Bei Fertigstellung klopft die Bundeswehr

Nachdem das Digitalfunknetz nach einer über zehn Jahre andauernden Aufbauphase die größten Kinderkrankheiten weitestgehend überwunden hat, tritt jetzt die Bundeswehr auf den Plan, um sich ins gemachte Netz zu setzen. Für die Integration der Bundeswehr in das bestehende BOS-Digitalfunknetz werden vermutlich 100 bis 150 neue Funkmasten, v.a. rund

um entlegene Bundeswehrliegenschaften oder auf besonders großen Flächen wie Truppenübungsplätzen, benötigt. Zudem könnten Nachrüstungen an bestehenden Masten nötig werden, wenn dort mit einer Überlastung des Netzes zu rechnen ist. Weitere „frequenzbedingte Umrüstungen an allen Basisstationen“ sollen im Zuge der aktuell laufenden Modernisierung vorgenommen werden. Insgesamt wird für diese Maßnahmen mit Kosten von 15,4 Millionen Euro gerechnet. Die zusätzlich anfallenden laufenden Kosten von rund 8,3 Millionen Euro jährlich werden vom Bund übernommen.⁹ Damit liegen die Kosten für die Netzanpassung deutlich unter den Milliardenbeträgen, die für den Netzaufbau aus zivilen Finanzmitteln aufgewendet werden mussten.

Mit der Entscheidung der Bundeswehr, ihre taktische Kommunikation zukünftig via TETRA-Netz abwickeln zu wollen, verzichtet sie darauf, ein eigenes stationäres Netz in Deutschland aufzubauen, um die entsprechenden Kosten zu sparen. Daraus folgt allerdings auch, dass die Bundeswehr für ihre zukünftige Funkkommunikation das bisher in den Einsatzgebieten genutzte Digitalfunknetz und die entsprechende Technik perspektivisch aufgeben wird. Bisher lief der Bundeswehrdigitalfunk in Einsätzen wie in Afghanistan und dem Kosovo über das von EADS ausschließlich für Behörden und Militärs entwickelte geschlossene TETRAPOL-Netz, das mit dem offenen TETRA-Netz nicht kompatibel ist.

Auch mit den geplanten technischen und organisatorischen Anpassungen ist das TETRA-Netz in Deutschland allerdings noch nicht für die Bundeswehr bereit. So werden die aktuell für den BOS-Digitalfunk reservierten Frequenzen für die Einbindung aller vorgesehenen Soldat*innen nicht ausreichen. Um die Bundeswehr also nicht bereits im Grundbetrieb mit den BOS um Funkkanäle konkurrieren zu lassen ist geplant, den staatlichen Digitalfunk auch auf die Frequenzen 451-455,74 MHz und 461-465,74 MHz auszuweiten.¹⁰ Bei der anstehenden Vergabe der Bundesnetzagentur zu Januar 2021 tauchen allerdings potente Widersacher auf. Unter den 49 abgegebenen Bedarfsmitteln befinden sich auch privatwirtschaftliche Betreiber kritischer Infrastruktur, wie der Offshore-Windpark „Global Tech I“ in der Nordsee, der u.a. Messwerte von Sensoren zur Steuerung der Anlagen via TETRA-Netz in seine Zentrale überträgt.¹¹ Sollte die Frequenzvergabe nicht zu Gunsten des BDBOS ausfallen, bleibt die Frage im Raum, welche zivilen Organisationen Funkkanäle räumen müssen, um für die Bundeswehr Platz zu machen.

Im Gegensatz zu lokalen Feuerwehren, die z.T. mit Netz, aber ohne digitale Funkgeräte dastehen, können die Soldat*innen davon ausgehen, die nötige Technik auch tatsächlich zu erhalten. Dafür sorgen millionenschwere Rüstungsprojekte im Bereich der Digitalisierung der Landstreitkräfte, die aktuell anlaufen.

Von der Heimatfront bis zur Ostfront

Die Entscheidung für die Integration der Bundeswehr in das BOS-Digitalfunknetz fiel nicht zufällig Anfang 2019. So wurde im Dezember 2018 mit einer feierlichen Zeremonie in der Offiziersschule des Heeres in Dresden der offizielle Startschuss für das zentrale Rüstungsprojekt „Digitalisierung Landbasierter Operationen“ (D-LBO) gegeben.¹²

Im Rahmen der Strategie D-LBO ist die Ausrüstung der Streitkräfte mit Digitalfunk von zentraler Bedeutung. In den Teilprojekten „mobile taktische Kommunikation“ (MoTaKo) und mobile taktische Informationsverarbeitung (MoTIV) sollen



An ein Militärgelände angrenzender Sendemast in Hartheim.
Quelle: IMI

rund 25.000 Fahrzeuge und 50.000 Soldat*innen mit digitaler Funktechnik für die Kommunikation auf dem Gefechtsfeld ausgestattet werden.¹³

Neben der Modernisierung der Kommunikation innerhalb der Bundeswehr ist es zudem ausgesprochenes Ziel der Digitalisierung der Landstreitkräfte, auch die Interoperabilität mit Partnerarmeen aus EU und NATO zu verbessern.

Dafür kommt es der Bundeswehr sicher gelegen, dass 28 europäische Staaten bereits ein nationales TETRA-Netz betreiben, oder mit dem Aufbau begonnen haben.¹⁴ Sollte sich Polen und die Türkei ebenfalls dafür entscheiden ein staatliches TETRA-Netz zu errichten, wären mit Ausnahme Lettlands (US-Standard „Projekt 25“) alle Staaten an der Ostgrenze der NATO mit Digitalfunknetzen im selben Standard ausgestattet. Lediglich die fünf europäischen Partner Frankreich, Spanien, Tschechien, die Slowakei und die Schweiz, die das nicht kompatible TETRAPOL-Netz von Airbus nutzen, sowie Lettland, fallen aus dem Verbund heraus. Der größte praktische Nutzen für die Bundeswehr dürfte in diesem Kontext dem staatlichen TETRA-Netz in Litauen zukommen, wo im Rahmen der NATO Enhanced Forward Presence aktuell rund 600 deutsche Soldat*innen stationiert sind.

VerNETZte Sicherheit

Neben der Vernetzung mit europäischen Bündnispartnern definiert der für die Digitalisierung des Bundeswehrfunks zuständige General im Amt für Heeresentwicklung, Mario Brux, in einem Artikel im Fachmagazin „Europäische Sicherheit und Technik“ im Sommer 2018 die Interoperabilität mit dem Digitalfunk ziviler Sicherheitsbehörden als nötige Voraussetzung für das zukünftige System.¹⁵

Unter dem Stichwort „Vernetzte Sicherheit“ ist die Bundeswehr seit Mitte der 2000er Jahre im Bereich des Katastrophenschutzes bereits zum selbstverständlichen Akteur geworden, wie bei der „Schneekatastrophe“ Anfang des Jahres in Bayern erneut zu sehen war.¹⁶ Darüber hinaus wird seit 2016 verstärkt darauf gedrängt, der Armee in der Terrorabwehr im Inland repressive Kompetenzen zukommen zu lassen.

Eine weitere Dimension der Vernetzung von zivilen Sicherheitsorganen und dem Militär ergibt sich aus dem Weißbuch von 2016, das die Bereiche Heimatschutz sowie Landes- und Bündnisverteidigung - und damit die Planung für den potenziellen Kriegsfall - wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt. War der Zivilschutz in den 90er Jahren nahezu vollends dem zivil ausgerichteten Katastrophenschutz gewichen, werden mittlerweile Pläne aus dem Kalten Krieg wieder aus der Schublade geholt, die für den Kriegsfall eine enge Verknüpfung von Militär, Polizei und Zivilschutz vorsehen, um gemeinsam die Heimatfront zu organisieren und zu sichern. Nimmt man die Reden von hybriden Konflikten, die weit vor der Stufe der offenen Kriegserklärung beginnen, ernst, könnte ein solcher Fall deutlich früher bevorstehen, als die meisten erwarten.

Mit der Einbindung der Kampftruppe der Bundeswehr in den BOS-Digitalfunk kommen die Prediger*innen der Vernetzten Sicherheit auf infrastruktureller Ebene voll auf ihre Kosten. Neben Feuerwehren, Rettungsdiensten und Katastrophen- bzw. Zivilschutz teilen sich damit auch sämtliche Polizeien, Inlandsgeheimdienste und die Armee ein gemeinsames Kommunikationsnetz. Richtet man den Blick hingegen auf Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus wie die Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Streitkräften als institutionelle Grundlage einer demokratischen Gesellschaftsordnung, kann das neue BOS-Digitalfunknetz, mit Einbindung der Bundeswehr, nur als Infrastruktur gewordene Absage gesehen werden, Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Anmerkungen

- 1 IMI-Analyse 2019/01, Update vom 23.1.19, Claudia Haydt, Bahn frei für die Bundeswehr - Der Rahmenfrachtvertrag für interna-

tionalen Schienentransport zwischen Bahn und Bundeswehr, imi-online.de

- 2 Deutscher Bundestag – Online-Dienste, Bundeswehr darf Digitalfunk der Behörden mit Sicherheitsaufgaben nutzen, 21.02.2019, bundestag.de
- 3 Unter BOS fallen Bundes- und Länderpolizeien, Bundeszollverwaltung, Verfassungsschutzämter, Technisches Hilfswerk, Katastrophen- und Zivilschutz, Feuerwehren, Rettungsdienste und weiter mit „Sicherheits- und Vollzugsaufgaben gesetzlich beauftragten Behörden und Dienststellen“
Nach: Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Digitalfunk-BOS – Nutzergruppen, bdbos.bund.de
- 4 Welt, Martin Lutz, Deutschland versagt beim Digitalfunk, 22.08.2014, welt.de
- 5 Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Fragen und Antworten zum Digitalfunk – Wie groß ist das Digitalfunknetz?, bdbos.bund.de
- 6 Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Fachthemen - Struktur des BOS-Digitalfunknetzes, bdbos.bund.de
- 7 Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Chronik des Digitalfunk-BOS, bdbos.bund.de
- 8 FEUERWEHR-Magazin, Nils Sander, Tausende Funkgeräte der Feuerwehr ab 2021 Elektroschrott?, 17.07.2018, feuerwehrmagazin.de
- 9 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/6547, Gesetzentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des BDBOS-Gesetzes, 17.12.2018, dip21.bundestag.de
- 10 Gerd Lehmann, Auf der gleichen „Welle“ - Mehr Soldaten nutzen künftig BOS-Digitalfunk, in: Behördenspiegel, 2/2019, Seite 40
- 11 DAMM, Global Tech 1 Offshore Wind farm relies on DAMM Infrastructure, dammcellular.com
- 12 Heer, Bernd Schwendel, Drei, zwei, eins... Start: Deutsche Landstreitkräfte werden digital, 25.02.19, deutschesheer.de
- 13 Augen Geradeaus!, Thomas Wiegold, Gefährliche Funkstörung, 02.11.2016, augengeradeaus.net
- 14 TETRA-Nutzer: Deutschland, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Großbritannien, Irland, Portugal, Ungarn, Bulgarien, Mazedonien und Montenegro / TETRA im Aufbau: Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Albanien und Moldawien / TETRA in Planung: Griechenland
Informationen nach: Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Digitalfunk in Europa, bdbos.bund.de
- 15 Mario Brux, Digitalisierung – Führungsfähigkeit der Landstreitkräfte der Zukunft, in: Europäische Sicherheit und Technik, 6/2018, Seite 85
- 16 IMI-Standpunkt 2019/01, Update vom 23.1.19, Martin Kirsch, Schneehelden im Schneechaos - Die Inszenierung der Bundeswehr und die Unterhöhlung des zivilen Katastrophenschutzes, imi-online.de

Microsoft: Mitarbeiter gegen Kriegsgeschäfte

Etwa 50 Mitarbeiter des Unternehmens Microsoft haben einen internen Brief verschickt, in dem sie fordern, dass ein Auftrag für die US Army gestoppt wird, berichtet die BBC. In dem ca. 480 Mio. US-Dollar Geschäft sollen 100.000 HoloLens Brillen genutzt werden, damit Soldat*innen laut Vertrag „tödlicher“ agieren können. In dem Brief heißt es: „Microsoft muss mit seinen Aktivitäten beenden, die die US-Armee dazu befähigen Schaden und Gewalt zu verursa-

chen [...] Wir haben uns nicht für die Entwicklung von Waffen angemeldet und fordern ein Mitspracherecht bei der Verwendung unserer Arbeit.“

Nicht nur wird der Auftragsstopp gefordert, sondern es wird der Stopp von Entwicklungen von Waffensystemen generell gefordert, samt eines unabhängigen, externen Aufsichtsgremiums, welches diese Firmenpolitik überprüfen soll. Des Weiteren heißt es in dem Brief: „Es gibt viele Ingenieure, die zu Holo-

Lens beigetragen haben bevor der Vertrag überhaupt existierte. Sie glaubten sie würden dazu beitragen, Architekten und Ingenieuren beim Bau von Gebäuden und Autos zu helfen und dabei helfen den Menschen beizubringen, wie sie eine Operation durchführen oder Klavier spielen. [Sie glaubten es würde dazu beitragen] die Grenzen von Spielen zu erweitern und eine Verbindung mit dem Mars Rover (RIP) herzustellen.“

Marius Pletsch

„Selbstbehauptung oder Fremdbestimmung“

Münchener Sicherheitskonferenz – Aufrüstung als Gebot der Stunde

von Jürgen Wagner

Betrachtet man Titel und Inhalt der letzten beiden „Munich Security Reports“ (MSR), die seit einiger Zeit als Aufgalopp unmittelbar vor Beginn der Münchener Sicherheitskonferenz (SiKo) veröffentlicht werden, fühlt man sich unweigerlich an den alten Spruch erinnert: „Gestern stand die Regierung am Abgrund – heute ist sie einen Schritt weiter!“ So lautete der letztjährige MSR-Titel „Am Abgrund? Und wieder zurück?“, während in der aktuellen Überschrift überdeutlich zum Ausdruck gebracht wird, dass das Kind bereits in den sicherheitspolitischen Brunnen gefallen ist und es jetzt darum geht, die Scherben aufzusammeln: „Das große Puzzle: Wer sammelt die Teile ein?“¹

Allerdings ist es ja nicht gerade neu, dass sich die Konflikte mit Russland und China seit Jahren kontinuierlich und gefährlich verschärfen. Neu ist allerdings, wie deutlich in jüngster Zeit die Risse – ja Gräben – innerhalb des Westens zu Tage treten. Dies zeigte vor allem die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel und die direkt daran anschließenden Ausführungen von US-Vizepräsident Mike Pence. Die *taz* brachte die diesbezüglich in München dominierende Grundstimmung griffig auf den Punkt: „Die transatlantischen Beziehungen – im Eimer. Multilateralismus – am Ende. Wie weit der Westen auf den Hund gekommen ist, zeigt sich jetzt.“

Aus welchem Grund die Rede der Kanzlerin allerdings allenthalben hochgelobt wurde, bleibt etwas fraglich. Konflikte benennen ist die eine Sache, konstruktive Lösungen, die über sinnlose Appelle hinausreichen, vorzulegen, die andere – und gerade hieran herrschte in München absolute Mangelware. Und wenn einem nicht viel einfällt (oder einfallen will), wie man aus dem Schlammassel – den man in Teilen ja auch selbst mit zu verschulden hat – wieder herauskommt, dann greift man auf scheinbar Altbewährtes zurück: Aufrüstung!

Schon im *Vorfeld* gab die MSC die Marschroute vor, indem sie den Teilnehmern und der Öffentlichkeit ins Stammbuch schrieb, man schlittere in eine „neue Ära des Großmächte Wettbewerbs“, in der es primär um die „Selbstbehauptung Europas“ gehe. Fünf Themen beherrschten dementsprechend die Konferenz: Erstens die zunehmenden Konflikte mit Russland (China spielte eher eine geringere Rolle); zweitens die eng damit zusammenhängende Frage, wie auf die absehbare Aufkündigung des INF-Vertrages reagiert werden soll; drittens der weitere Ausbau der militärischen EU-Strukturen, der sowohl als Reaktion auf die Konflikte mit Russland als auch mit Blick auf viertens das zunehmend angespannte Verhältnis zu den USA für erforderlich gehalten wird; und schließlich fünftens, wie eigentlich immer in den letzten Jahren: Das Geld!

1. Großkonkurrenz mit Russland

Den Auftakt der vom 15. bis 17. Februar 2019 stattfindenden Konferenz bestritten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihr britischer Amtskollege Gavin Williamson. Der hat sich seit einiger Zeit unter dem Schlagwort „Global

Britain“ die „Verteidigung“ der „Regelbasierten Internationalen Ordnung“ auf die Fahnen geschrieben. In diesem Zusammenhang kündigte er in einer *Grundsatzrede* am 11. Februar 2019 einen erheblichen Ausbau der militärischen Präsenz seines Landes u.a. in der indo-pazifischen Region an. Mit Blick auf

Russland machte er in seiner *SiKo-Rede* keinen Hehl daraus, dass er das Land als einen Widersacher des Westens sieht: „30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer“, so Williamson, sei der „alte Feind wieder zurück im Spiel.“ Es sei erforderlich, „ihren Provokationen zu begegnen [...]. Das russische Abenteuerium muss einen Preis haben.“ Moskau müsse „sich von diesem Pfad abkehren“ und wieder „beginnen, innerhalb der Regelbasierten Internationalen Ordnung zu agieren.“ Im Gegensatz zu solch aggressiver Dampfplauderei mussten sich von der Leyens Ausführungen vergleichsweise vernünftig anhören. Doch auch sie beklagte die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“, um im nächsten Atemzug *klarzustellen*: „Ob wir wollen oder nicht, Deutschland und Europa sind Teil dieses Konkurrenzkampfs. Wir sind nicht neutral.“

Den Gegenpart übernahm einmal mehr der russische Außenminister Sergei Lawrow, der auf die unzähligen Konflikte verwies, in denen Russland aus seiner Sicht – und absolut nicht zu Unrecht – mit feindseligen Aktionen der NATO konfrontiert wurde. Er spannte dabei den altbekannten Bogen vom Bruch des Anfang der 1990er gegebenen Versprechens keine NATO-Osterweiterung vorzunehmen, über die völkerrechtswidrige NATO-Bombardierung Jugoslawiens Ende der 1990er und die seit Jahren im Aufbau befindliche US-Raketenabwehr bis hin zum Machtwechsel in der Ukraine, den Lawrow – erneut durchaus nachvollziehbar – als „Putsch“ bezeichnete. Auf den eigentlichen Kern dieser Auseinandersetzungen kam Lawrow gleich zu Beginn seiner Rede recht unverblümt zu sprechen: „[D]ie Internationalen Beziehungen befinden sich in einer Phase radikalen Wandels, der mit der These von einem ‚Ende der Geschichte‘ aufräumt.“

Der russische Außenminister spielte hier auf Francis Fukuyamas Anfang der 1990er aufgestellte These vom ultimativen Sieg der westlich dominierten neoliberalen „Regelbasierten Internationalen Ordnung“ an. Die Tatsache, dass diverse Staaten diesen Sieg nicht bedingungslos anerkannt und sich untergeordnet in diese Ordnung integriert haben, stellt den Hintergrund für die wachsenden Konflikte zwischen dem Westen und Russland (sowie China) dar. Und einer der wohl wichtigsten Schauplätze, auf dem dieser Konflikt aktuell ausgetragen wird, ist die atomare Rüstungskontrolle – bzw. ihr absehbares Ende.

2. INF-Vertrag: Alle (nuklearen) Optionen offen?

Völlig einig waren sich sämtliche westlichen Vertreter, dass allein Russland für die Suspendierung (und in sechs Monaten wohl Kündigung) des INF-Vertrags zum Verbot subatomarer landgestützter Mittelstreckenraketen (Reichweite 500 bis 5.500km) seitens der USA verantwortlich zu machen sei. So betonte Angela Merkel in ihrer *Rede*, nach „jahrelangen Verletzungen der Vertragsbedingungen durch Russland“ sei „diese Kündigung unabwendbar gewesen.“

Es blieb aber vor allem NATO-Generalsekretär Jens Stolten-

berg vorbehalten, Russland [auf der Sicherheitskonferenz](#) ins Stammbuch zu schreiben, was es – zumindest aus Sicht des Militärbündnisses – nun zu tun habe: „Russland hat immer noch die Möglichkeit zur Einhaltung [des INF-Vertrags] zurückzukehren. Wir fordern Russland auf, diese Gelegenheit zu ergreifen und verifizierbar seine Mittelstreckenraketen zu zerstören. Die Uhr tickt. Wir wollen, dass Russland zur Einhaltung zurückkehrt, aber wir bereiten uns auch auf eine Welt ohne INF-Vertrag vor. Und auf eine Welt mit mehr russischen Raketen in Europa. Die NATO hat bereits mit der Arbeit daran begonnen. Und ich werde nicht vorhersagen, was dabei herauskommt.“

Im Gegensatz dazu argumentiert Russland das beanstandete System (SSC-8) hätte eine Reichweite von 480km und würde demzufolge keine Verletzung des Vertrages darstellen. Angebote für Vor-Ort-Inspektionen, um den Sachverhalt zu prüfen, wurden von den USA abgelehnt und dennoch stellt sich die NATO nun also hin und verlangt von Russland, diese Systeme zerstören zu müssen – wäre irgendjemandem ernsthaft am Erhalt des INF-Vertrages gelegen, so sähe eine erfolgversprechende Verhandlungsstrategie sicher anders aus.

Angela Merkel warnte in ihrer Rede zwar immerhin vor „blindem Aufrüsten“, liefert aber keinerlei aussichtsreichen Vorschlag, wie der Vertrag doch noch zu retten wäre. Die von ihr geforderte Einbeziehung Chinas wäre zwar tatsächlich wünschenswert, aufgrund der Tatsache, dass Mittelstreckenraketen im chinesischen Arsenal eine große Rolle spielen, ist sie allerdings etwas illusorisch. Ansonsten war in Sachen INF-Vertrag kein sinnvoller Rettungsversuch zu erkennen, sodass davon auszugehen ist, dass er in knapp sechs Monaten Geschichte sein dürfte.

Wie aus Stoltenbergs Ausführungen klar hervorgeht, ist die NATO in diesem Fall offensichtlich gewillt, kräftig weiter an der militärischen Eskalationsschraube zu drehen. Allerdings drängt sich hier natürlich unmittelbar die Frage auf, wie die im Augenblick laut Stoltenberg in Planung befindlichen NATO-Reaktionen dann aussehen könnten. Hier kam es im unmittelbaren Vorfeld der Konferenz zu einem interessanten Schlagabtausch zwischen Ursula von der Leyen und Rose Gottemoeller, der Vize-Generalsekretärin der NATO. Noch am 13. Februar 2019 [erklärte](#) die deutsche Verteidigungsministerin, sie beabsichtige keinesfalls, eine Aufrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen „voreilig“ auszuschließen: „Gerade weil wir am Anfang der Diskussion stehen, ist es eben wichtig, dass wir jetzt nicht anfangen zu hierarchisieren oder einzelne Punkte rausnehmen, sondern wirklich die ganze Palette mit auf dem Tisch liegen lassen.“

Genau in die entgegengesetzte Richtung [äußerte](#) sich dagegen Gottemoeller, indem sie klarstellte, die Nato habe „nicht die Absicht, neue landgestützte nukleare Waffensysteme in Europa zu stationieren.“ Fast genauso äußerte sich auch NATO-Generalsekretär Stoltenberg sowohl in seiner [SiKo-Rede](#) selbst als auch noch einmal explizit in der anschließenden Fragerunde: „Die NATO beabsichtigt nicht, neue landgestützte atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren.“ Allerdings versäumten es weder Stoltenberg noch Gottemoeller sofort daran anschließend die Forderung nach anderen „entschlossenen“ Reaktionen des Westens zu platzieren. Gottemoeller [forderte](#) etwa: „Es braucht mehr Verteidigung und Abschreckung angesichts eines aggressiveren Russlands, das mit militärischer Gewalt Grenzen in Europa verändert.“

Denkbar ist dabei entweder, dass die Truppenpräsenz an der NATO-Ostflanke noch weiter aufgestockt wird², mit Sicherheit

wird aber gleichzeitig auch ernsthaft über die Stationierung neuer Raketensysteme nachgedacht. Das könnte zum Beispiel neue luft- und seegestützte atomare Mittelstreckenraketen einschließen, die sowieso nie vom INF-Vertrag verboten wurden. Oder – und die Äußerungen von Stoltenberg und Gottemoeller deuten ein wenig in diese Richtung – die NATO entscheidet sich für eine Stationierung konventioneller Mittelstreckenraketen, um so der durchaus verbreiteten Sorge unter den europäischen Entscheidungsträgern vor Protesten der Bevölkerung ein wenig den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang spielte leider kaum eine Rolle, nämlich dass auch der andere wichtige Rüstungskontrollvertrag – „New Start“ zur Limitierung strategischer Atomwaffen (Reichweite über 5.500km) – vor dem Aus zu stehen droht. Der Vertrag läuft 2021 aus und auf die Frage, wie es denn weitergehe, antwortete Lawrow, Russland habe versucht, in Verhandlungen darüber zu treten, bislang aber keine Antwort aus den USA erhalten. Es ist also durchaus im Bereich des Möglichen, dass die Welt, Europa und auch Deutschland in etwa zwei Jahren ohne jegliche Form von Rüstungskontrolle zur Begrenzung atomarer Rüstungsspiralen dastehen könnte.

3. Rüstungsexporte zur Selbstbehauptung Europas?

Angesichts aktueller EU-Zentrifugaltendenzen versuchte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini in ihrer [Rede](#) vor allem Zweckoptimismus zu verbreiten. Nachdem mit der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ im Jahr 1954 der erste und bis heute wichtigste Versuch zum Aufbau umfassender EU-Militärstrukturen scheiterte, sei heute das „Europa der Verteidigung nicht mehr länger der unerreichbare Traum unserer Gründer.“ Es seien gerade in der jüngsten Zeit substanzielle „Fortschritte“ erzielt worden: Zum „ersten Mal überhaupt haben wir damit begonnen, ernsthaft in unsere gemeinsame ‚hard power‘ zu investieren – in das Europa der Verteidigung.“ Aus diesem Grund stehe die EU – ungeachtet einiger Widrigkeiten – gar nicht so schlecht da, wenn es ihr gelinge, den eingeschlagenen Weg in Richtung Verteidigungsunion konsequent weiter zu beschreiten: „Die Europäische Union ist eine der wichtigsten globalen Mächte in der Welt – der größte Weltmarkt und die zweitgrößte Weltwirtschaft [...]. Und wir haben – und dies ist eine Zahl, die wir manchmal zu vergessen scheinen – zusammen als Europäische Union das zweitgrößte Verteidigungsbudget in der Welt.“

Den Vogel in Sachen „Hauruck-Identitätsbildung“ schoss allerdings Konferenzleiter Wolfgang Ischinger ab, der die Tagung in einem schlechtgemachten Hoodie mit EU-Flagge eröffnete, um so die Notwendigkeit zu unterstreichen, angesichts zunehmender Großmachtkonflikte die europäischen Reihen zu schließen. Dass einige der Probleme, denen sich die EU derzeit gegenübersteht, damit zusammenhängen, dass sich Deutschland und Frankreich rigoros daran gemacht haben, ihre Vorstellung vom „Europa der Verteidigung“ im Sinne ihrer Interessen dem Rest der Union aufzunötigen, blieb dabei auf der gesamten Konferenz selbstredend unerwähnt (siehe [IMI-Standpunkt 2019/003](#)).

Doch auch das selbsternannte deutsch-französischen Führungsduo scheint keineswegs so stabil, wie dies teils suggeriert wird. Als Zeichen hierfür wurde etwa gewertet, dass der französische Präsident Emmanuel Macron seine ursprünglich zugesagte Teilnahme an der Sicherheitskonferenz wieder



Auftritt von Konferenzleiter Wolfgang Ischinger. Quelle: MSC / Kuhlman

zurückzog und Merkel, so zumindest die Deutung, damit ziemlich im Regen stehen ließ. Schon seit einiger Zeit heißt es, Paris sei vor allem über die vermeintlich allzu restriktiven deutschen Rüstungsexportrichtlinien erbost, die den „Erfolg“ der geplanten deutsch-französischen Rüstungsgroßprojekte, insbesondere des Kampfflugzeugs, gefährdeten.

Aller Wahrscheinlichkeit nach, um hier die Wogen zu glätten und die Realisierung der – strategisch ungemein bedeutsamen – Rüstungsprojekte nicht zu gefährden, ergriff Angela Merkel in ihrer [SiKo-Rede](#) vor allem im Bereich Waffenexporte die Initiative: „Wir wollen jetzt gemeinsame Waffensysteme entwickeln, und im Zusammenhang mit dem Aachener Vertrag, den wir jetzt mit Frankreich unterzeichnet haben, hat das Thema der Rüstungsexporte natürlich eine Rolle gespielt. Wenn wir in Europa nämlich keine gemeinsame Kultur der Rüstungsexporte haben, dann ist die Entwicklung von gemeinsamen Waffensystemen natürlich auch gefährdet. Das heißt, man kann nicht von einer europäischen Armee und von einer gemeinsamen Rüstungspolitik oder Rüstungsentwicklung sprechen, wenn man nicht gleichzeitig auch bereit ist, eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik zu machen.“

Im Kern geht es dabei darum, die Rüstungsexportrichtlinien in Richtung des kleinsten gemeinsamen Nenners hin zu verwässern – zumindest aber soll sichergestellt werden, dass französische Exporte bei gemeinsamen Projekten nicht durch die, tatsächlich im Verhältnis etwas strengeren deutschen Richtlinien behindert werden. Genau hierauf scheinen sich beide Länder in einem Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Aachener Vertrag vom 22. Januar 2019 bereits verständigt zu haben. Aus dem auf den 14. Januar 2019 datierten Dokument mit dem Titel „Deutsch-französische Industriekooperation im Verteidigungsbereich – gemeinsames Verständnis und Prinzipien über Verkäufe“ zitiert u.a. die [FAZ](#): „Die Parteien werden sich nicht gegen einen Transfer oder Export in Drittländer stellen.“ In eigenen Worten erklärt das Blatt dann weiter: „Die Partner könnten nur Bedenken anmelden, wenn direkte Interessen berührt würden oder die nationale Sicherheit gefährdet sei.“

Hierbei handelt es sich in der Tat um eine Frage von immenser Tragweite: Ohne Rüstungsexporte lassen sich die anvisierten Großprojekte aufgrund einer zu niedrigen heimischen Auftragslage nicht realisieren. Gerade das deutsch-franzö-

sische Kampfflugzeug und der Kampfpanzer sind aber die Grundlage für den Aufbau eines starken rüstungsindustriellen Komplexes, der die Union in die Lage versetzen könnte, „strategische Autonomie“ zu erlangen. Gemeint ist damit die Möglichkeit, militärisch auch ohne die USA handlungsfähig zu sein, was inzwischen als wesentliche Priorität in nahezu jedem EU-Dokument auftaucht. Zwar sei niemandem an einem Ende des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten gelegen, so eine kürzliche [Einordnung](#) des EU-eigenen „Institute for Security Studies“ zur Frage, was mit „strategischer Autonomie“ eigentlich genau bezweckt werde. Aber angesichts aktueller Dynamiken könne niemand wissen, ob das Bündnis Bestand habe, weshalb die Europäische Union sich „zur Rückversicherung“ darauf vorbereitet müsse, notfalls militärisch auf eigenen Füßen stehen zu können. Und da dies eben ohne Rüstungsexporte nicht möglich ist, wird an den deutschen Richtlinien nun direkt oder indirekt die Axt angesetzt!

4. Schlagabtausch mit den USA

In den beiden vorherigen Jahren wurden auf der Sicherheitskonferenz eher versöhnliche Töne in Richtung USA angeschlagen – davon konnte in diesem Jahr nur noch bedingt die Rede sein. Vermutlich waren die europäischen Entscheidungsträger lange noch optimistisch, den „Trump-Drachen“ reiten zu können, indem einfach über befreundete Regierungsmitglieder agiert würde. Die wurden aber einer nach dem anderen aus der US-Regierung entfernt, zuletzt hatte die Ablösung des dezidiert proatlantischen Verteidigungsministers James Mattis regelrechte Schockwellen ausgelöst. So bestehen inzwischen wohl ernsthafte Sorgen, dass es zu einem dauerhaften Bruch im amerikanisch-europäischen Verhältnis kommen könnte – zumal eine Wiederwahl von US-Präsident Donald Trump, dem Epizentrum der aktuellen transatlantischen Konflikte, derzeit keineswegs ausgeschlossen erscheint.

Schon beim Konferenzauftritt begegnete Ursula von der Leyen der absehbaren US-Kritik, dass die Verbündeten zu wenig Geld in die Hand nehmen würden, mit dem [Konter](#), auch Washington weise an entscheidenden Punkten Defizite auf: „Natürlich geht es in der NATO um cash, capabilities and contributions. Aber genauso um dignity, decency and dependability. Nur wenn uns das zu einem gelingt, wahrt die NATO



Rede von Angela Merkel. Quelle: MSC / Kuhlman

ihren Zusammenhalt und ihre innere Stärke.“ Ganz konkret und deutlich wurden die Konflikte aber in den nacheinander folgenden Reden von Angela Merkel und Mike Pence. Ohne dies hier in epischer Breite ausführen zu müssen, verdeutlichen sie in nahezu jeder Sachfrage Dissens: Vom Umgang mit dem Iran über die umstrittene Pipeline „North-Stream 2“ bis hin zu den schon länger andauernden Auseinandersetzungen über die Höhe der Rüstungsausgaben.

Besonders erbost zeigte sich die Kanzlerin in ihrer **SiKo-Rede** ob der von den USA geplanten Einführung von Schutz-zöllen auf Automobile, die vor allem Deutschland finanziell erheblich treffen würde: „Wenn es uns mit der transatlantischen Partnerschaft ernst ist, dann ist es für mich als deutsche Bundeskanzlerin zumindest nicht ganz einfach, jetzt zu lesen, dass offensichtlich ich habe es noch nicht schriftlich vor Augen gehabt das amerikanische Handelsministerium sagt, europäische Autos seien eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Schauen Sie: Wir sind stolz auf unsere Autos; und das dürfen wir ja auch sein. [...] Wenn diese Autos [...] plötzlich eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika sind, dann erschreckt uns das.“

Als Kontrapunkt zu Pence wurde dann auch Joe Biden – u.a. Irak-Kriegsbefürworter und Vizepräsident unter Obama – als Vertreter der „guten US-Kriegspolitik“ präsentiert und ausführlich Platz auf der Sicherheitskonferenz eingeräumt. So nachvollziehbar sie also ist: Angesichts der offensichtlich bevorzugten Alternative sollte man gegenüber der herrschaftlich an den Tag gelegten Trump-Kritik Vorsicht walten lassen: Schließlich wurden hier nicht Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez oder vielleicht auch Michael Moore eingeladen, um das „gute Amerika“ zu repräsentieren. Nein, ein expliziter Exponent der früheren US-Kriegspolitik musste es sein und das war eben kein Zufall – und ob die auch nur einen Jota besser war, als das Chaos, das Trump und seine Truppe derzeit anrichten, kann zumindest bezweifelt werden.

In jedem Fall stieß der von Mike Pence recht nassforsch formulierte Führungsanspruch der USA recht gründlich auf Kritik, wenn etwa **Volker Perthes**, Chef der Regierungsberater von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP), kommentierte: „Es ist interessant, wie der US-Vizepräsident bei der Münchner Sicherheitskonferenz sein Verständnis von Führung offenbart. Es besagt im Wesentlichen, anderen Nationen zu sagen, was sie zu tun haben.“

Es geht also vor allem darum, dass die EU ihren – scheinbar – angestammten Platz am Tisch der Weltmächte für sich reklamiert: Mit den USA wenn möglich – ohne sie, wenn nötig!

„Wir bleiben Teamspieler – und das ist unser Angebot“, so Außenminister Maas bei der **Sicherheitskonferenz** generös nicht zuletzt mit Blick auf die USA. Sollten die aber nicht mitspielen wollen, so die unausgesprochene Drohung im Hintergrund, werde man auch für diesen Fall gewappnet sein. Der Wille, sich macht- und militärpolitisch unabhängiger von den USA zu machen, ist offensichtlich gewachsen und drückt sich auch in Kommentaren zur Sicherheitskonferenz, wie dem im **Handelsblatt** aus: „Im multipolaren Wettkampf um Wohlstand und Einflusszonen ist Europa auf sich allein

gestellt. Unter US-Präsident Donald Trump verstehen sich die USA nicht als Bündnispartner der EU. Sie begreifen sich als Gegner. [...] Europa steht vor Entscheidungen von historischer Dimension. Entweder es findet die Kraft, zum machtpolitischen Akteur zu werden. Oder es wird zum Spielball der Interessen anderer. Selbstbehauptung oder Fremdbestimmung – darum geht es.“

5. Rüstungshaushalte: Anstieg um 350 Mrd.!

Mit Ansage kam erneut der Rüffel aus den USA angesichts von – aus Sicht Washingtons – unzureichender Rüstungsbemühungen seitens der Alliierten und insbesondere Deutschlands. Im Zentrum steht dabei seit einigen Jahren die US-Forderung, alle NATO-Verbündeten sollten mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für das Militär ausgeben. Näher betrachtet mutet das US-Getöse allerdings doch mehr als seltsam an: Schließlich stiegen die NATO-Militärausgaben **nach Eigenangaben** von 895 Mrd. Dollar (2015) auf geschätzte 1013 Mrd. Dollar (2018) in den letzten Jahren steil an. Auch der Anteil der europäischen Staaten kletterte im selben Zeitraum deutlich, wie NATO-Generalsekretär Stoltenberg auf der SiKo stolz **verkündete**: „Seit 2016 haben die Verbündeten in Europa und Kanada zusätzlich 41 Mrd. Dollar für Verteidigung ausgegeben.“ Bis 2024 sollen die Ausgaben sogar noch einmal deutlich drastischer ansteigen berichtete Stoltenberg laut **Zeit Online** Ende Januar 2019: „Der Etat der Nato-Partner der Vereinigten Staaten werde sich im Jahr 2020 um rund 100 Milliarden US-Dollar erhöhen. Das gab Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos in der Schweiz bekannt. Bis Ende 2024 soll das Budget sogar um 350 Milliarden US-Dollar steigen.“

Deutschland ist hier einer der wesentlichsten Faktoren für diesen dramatischen Anstieg, wie u.a. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in ihrer **Rede** zufrieden unterstrich: „Der deutsche Verteidigungshaushalt ist seit 2014 um 36% nach NATO-Kriterien gestiegen. Und wir haben einen klaren Plan: Weißbuch und Fähigkeitsprofil zeigen im Detail, wie wir unsere Bundeswehr bis 2024 modern ausstatten werden. Damit wird unser Budget zehn Jahre nach Wales [2014] um 80% gewachsen sein.“

In Zahlen ausgedrückt hat die Bundesregierung in ihrem letzten Ausgabenplan an die NATO zugesichert, den Militärhaushalt von 43,2 Mrd. Euro 2019 auf ca. 60 Mrd. Euro 2024 noch

einmal extrem anzuheben – und ihn danach auch noch weiter zu erhöhen! Hierzu berichtete Spiegel Online Anfang Februar 2019: „[D]er deutsche Botschafter [übergab] bei der Allianz dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ein Dokument, in dem sich die deutsche Regierung verbindlich dazu bekennt, die Wehrausgaben bis 2024 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. ‚Dieser Anstieg soll nach 2024 fortgesetzt werden‘, heißt es nach Informationen des SPIEGEL in dem Schreiben. [...] Die verbindliche Festlegung überrascht trotzdem, da es innerhalb der Koalition in den vergangenen Monaten heftige Spannungen über die Verteilung des Haushalts gab.“

Tatsächlich hatte Reuters noch Anfang Februar 2019 von Widerständen innerhalb des sozialdemokratischen Finanzministeriums gegenüber solch drastischen Ausgabensteigerungen berichtet. Davon ist nun augenscheinlich keine Rede mehr, schließlich waren sich gerade die deutschen Vertreter auf der Sicherheitskonferenz zumindest über eine Sache völlig einig: Aufrüstung ist das Gebot der Stunde!

Anmerkungen

- 1 Auch Außenminister Heiko Maas griff den Bericht in seiner Rede auf: „Im diesjährigen Bericht zur Sicherheitskonferenz wird eine Welt beschrieben, die in ihre Teile zerfällt. Und seien wir ehrlich: Mit dem Aufheben dieser Teile ist es längst nicht getan. Um die Teile zusammenzufügen, braucht es eine neue Übersicht. Den Blick dafür, wie sich die Dinge neu fügen oder auch verkanten können, bei alledem, was sich um uns herum verändert.“
- 2 So forderte etwa Joachim Krause vom Kieler Institut für Sicherheitspolitik (ISPK) nicht lange vor Beginn der Sicherheitskonferenz im Deutschlandfunk eine massive Aufstockung der Truppenpräsenz an der NATO-Ostfront: „Es ist also eine derzeit symbolische Präsenz, und die muss durch eine reale Präsenz erhöht werden. [...] Da müsste man schon in einer Größenordnung von mindestens einer Division pro baltischem Staat und wahrscheinlich auch noch in Polen reden. Das ist sozusagen das Mindeste, was sie brauchen, um dort überhaupt eine Verteidigungsfähigkeit herzustellen. [...] Ungefähr 30-, 40.000 Soldaten aus anderen Ländern der NATO, sei es aus Deutschland, aus Frankreich, aus Großbritannien, USA, Holland oder was weiß ich nicht wo, müssten dort stationiert sein.“

Sinkender Rüstungshaushalt? Fakten und Fiktionen

Ein „Spin“ der besonders dreisten Sorte dreht sich aktuell um die am 19. März 2019 vorgestellten Eckwerte für die Haushaltsplanung bis 2023. Der ansonsten eigentlich seriöse, wenn auch militärnahe Blog Augengeradeaus gab die Richtung vor, als er titelte: „Steigender Bundeshaushalt, sinkender Wehretat“. So ähnlich griffen auch die meisten anderen Medien das Thema auf, garniert gerne noch mit Zitaten des US-Botschafters Richard Grenell („inakzeptable Beiträge“) oder des Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels (unerreichbare „Vollausstattung der Bundeswehr“).

Die Kritik zielt auf zwei Aspekte ab: Einmal sei der Betrag für 2020 zu niedrig, vor allem aber würde der Haushalt bei Umsetzung der Eckwerte in den Jahren 2021 bis 2023 wieder – moderat – abgesenkt. Mit dem ganzen Getöse wird allerdings – vermutlich bewusst – verschleiert, dass der Militäretat im Haushalt 2020 – erneut! – deutlich ansteigt. Vor allem aber ist das die einzig relevante Zahl der Eckwerte, denn die Erfahrung aus den letzten Jahren zeigt, dass die weitergehenden Projektionen stets wieder zugunsten deutlich höherer Realzahlen einkassiert wurden. Das dürfte allen, die nun Nebelkerzen werfen, indem sie sich über ein zu niedriges Budget beklagen, auch durchaus bewusst sein – sollte es zumindest, schließlich haben sowohl CDU als auch SPD eingeräumt, dass die Zahlen für 2021 bis 2023 keinen Pfifferling wert sind.

Die Bundeswehr hatte jedenfalls im unmittelbaren Vorfeld der Eckwerte-

Veröffentlichung ihr Wunschkonzert, was sie meint für die angestrebte „Vollausstattung“ zu benötigen, in einem Papier von Professor Jürgen Schnell, dem Leiter des Forschungsbereichs Militärökonomie an der Bundeswehr-Universität München, kundgetan: „[D]er Finanzbedarf der Bundeswehr [liegt] aus militärökonomischer Sicht im Jahr 2020 in der Größenordnung von ca. 47 Mrd Euro [...]. Erforderlich ist danach eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts von ca. 47 Mrd Euro in 2020 auf ca. 55 Mrd Euro in 2023. Kumuliert beträgt der Finanzbedarf im Zeitraum von 2020 bis 2023 mindestens 200 Mrd Euro.“

Diese Berechnungen bilden auch die Grundlage für die Kritik am aktuellen Eckwerte-Vorschlag, der für 2020 aber dennoch eine deutliche Erhöhung um knapp 2 Mrd. Euro auf 45,1 Mrd. vorsieht (2019: 43,2 Mrd.). Außerdem lag der endgültige Etat in den letzten Jahren immer noch einmal über den Vorschlägen der Eckwerte und es ist davon auszugehen, dass dies auch in diesem Jahr der Fall sein wird (zusätzlich scheinen noch 200 Mio. für neue Regierungsflugzeuge nicht dem Militärhaushalt entnommen zu werden).

Damit handelt es sich hier um seine dramatische Erhöhung seit den 32,4 Mrd. Euro, die noch im Jahr 2014 eingestellt waren. Allzu weit von den Wunschvorstellungen des Verteidigungsministeriums sind diese Zahlen außerdem ohnehin nicht mehr entfernt, weshalb sich

der Schwerpunkt der Kritik auch auf die weitergehende Finanzplanung fokussiert. Und tatsächlich sehen die Eckwerte für 2021 eine Absenkung auf 44,26 Mrd. vor, für 2022 sind 44,29 Mrd. vorgesehen und 2023 sollen es dann 44,16 Mrd. Euro sein.

Diesen Zahlen und der sich darum rankenden Propaganda sollte man aber auf keinen Fall auf den Leim gehen, denn sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Man solle sich mit der Kritik ein wenig zurückhalten, entgegnete etwa Kanzlerin Angela Merkel. Die Eckwertprojektion beruhen auf „minimalen Daten“: „Die realen Ausgaben“, hob die Kanzlerin laut FAZ hervor, „sind das, was entscheidend ist, und die sind immer nach oben korrigiert worden.“ Und wie üblich weiß die Kanzlerin in dieser Frage die Sozialdemokratie hinter sich: „Wir sind in diesem Jahr höher gegangen, wir sind im nächsten Jahr höher, und wir werden auch in den darauffolgenden Jahren höher gehen, wenn wir es denn mit der Haushaltslage hinkriegen“, so SPD-Politiker Johannes Kahrs.

Jürgen Wagner



Altmaiers Industriestrategie

Auf dem Weg zum KI-Airbus

von Christoph Marischka

Am Dienstag, den 5. Februar 2019 hat Wirtschaftsminister Altmaier seinen Entwurf für eine „Nationale Industriestrategie 2030“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Dokument mit 22 Seiten fällt zunächst v.a. durch Rechtschreibfehler und tw. unvollständige Sätze auf. Inhaltlich bekennt es sich wiederholt zu Wettbewerb und Marktwirtschaft, denn dadurch „entsteht der größte Mehrwert für alle“, so das Papier.

Doch der Entwurf bleibt nicht in dieser Ideologie verhaftet, sondern befasst sich v.a. mit der Gefahr, dass deutsche Unternehmen oder ganze Branchen in diesem Wettbewerb unterliegen könnten. Dann freilich müsse der Staat eingreifen, sonst verkomme Deutschland „vom ‚rule-maker‘ zum ‚rule-taker‘“ und werde „zur verlängerten Werkbank derjenigen Länder, die rechtzeitig gehandelt haben“. Freilich soll es bei diesen Eingriffen nur um die „Wiederherstellung von Vergleichbarkeit im Wettbewerb“ bzw. die „Beseitigung bestehender Ungleichheiten und Benachteiligungen“ gehen. Wir fassen zusammen: Wenn Deutschland in einzelnen Branchen keine Spitzenposition einnimmt, mit der sich die Industrien im Wettbewerb behaupten können, dann soll der Staat unterstützend eingreifen. Erst wenn deutsche Firmen stark genug sind, um sich international durchzusetzen, gelten wieder die Prinzipien des freien Marktes, die „bedeuten, dass der Erfolg einer einzelnen Volkswirtschaft nicht zu Lasten einer anderen Volkswirtschaft erfolgt“ und „alle gemeinsam wachsen und stärker werden“ können.

Darin, wie dieses staatliche Eingreifen aussehen kann und welche Branchen hierfür in Frage kommen, besteht der Kern des Entwurfs, der ihm in der Presse schon den Vorwurf der Planwirtschaft einbrachte. Man müsse das geltende Beihilfe- und Wettbewerbsrecht überprüfen und ggf. reformieren, um zeitlich begrenzten Beihilfen „in Bereichen von Innovationen mit hoch

innovativen Basiswirkungen“ zu ermöglichen. Außerdem müsse die Übernahme von deutschen durch ausländische Unternehmen verhindert werden können, „wenn dies zur Abwehr von Gefährdungen der nationalen Sicherheit, einschließlich des Bereichs der kritischen

Infrastrukturen, erforderlich ist“. Wenn zwar nicht unmittelbar die nationale Sicherheit, sondern nur die „Technologie- und Innovationsführerschaft“ bedroht ist, solle der Staat die heimische Wirtschaft dabei „ermutigen und unterstützen“ solche Übernahmen durch eigene Angebote zu verhindern. „Nur in sehr wichtigen Fällen“ solle der Staat „selbst als Erwerber von Unternehmensanteilen auftreten können“. Dabei macht der Entwurf am Beispiel der „Batteriezellproduktion“ deutlich, dass die staatliche Unterstützung auch die Bildung von Konsortien zum Ziel haben kann. Denn „Größe zählt – Size matters!“, lehrt uns der Entwurf unmissverständlich: „Wenn es in einem Land an Unternehmen fehlt, die die notwendige kritische Größe erreichen, um bedeutende Projekte zu realisieren und sich im internationalen Wettbewerb gegen große Konkurrenten zu behaupten, führt dies faktisch zum Ausschluss von

einem bedeutenden und wachsenden Teil des Weltmarktes.“ Und das geht – bei aller Liebe zum Wettbewerb – ja nun wirklich nicht. Deshalb gelte es, „deutsche oder europäische Fusionen, die mit Blick auf den Weltmarkt sinnvoll und notwendig sind“, politisch zu forcieren. Dies gelte insbesondere

im Bereich der Künstlichen Intelligenz und der Digitalisierung, denn „weltweit erfolgreiche Internet-Unternehmen der Plattform-Ökonomie entstehen derzeit noch fast ausschließlich in den USA und in China. Nicht hingegen in Deutschland und den meisten Ländern der EU. Eine Änderung dieses Zustands ist bislang nicht in Sicht. Hier besteht Handlungsbedarf.“

Und so besteht dann auch das fünfte und letzte Kriterium eines etwas großspurig angekündigten „neuen volkswirtschaftlichen Verhältnismäßigkeitsprinzips“ in der Aussage, dass „[b]ei den überragend wichtigen Fragen von Plattform-Ökonomie, Künstlicher Intelligenz und Autonomem Fahren [...] – wie seinerzeit im Falle von Airbus – eine unmittelbare staatliche Beteiligung zur Erreichung des Ziels erforderlich und gerechtfertigt“ erscheine. In Klammern wird diese Möglichkeit staatlich geförderter oder erzwungener Fusionen zu einem deutsch-europäischen Konzern, der mit „Wettbewerbern aus den USA oder China auf Augenhöhe“ konkurrieren kann, als „KI-Airbus“ bezeichnet. Denn Airbus gilt als „große neuere Erfolgsgeschichte“ staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft. Die Existenz des deutsch dominierten Konzerns geht auf die politisch forcierten Fusionen zunächst der deutschen Flugzeughersteller Bölkow, Dornier, Messerschmitt und Fokker und der Integration französischer und weiterer europäischer Luftfahrtunternehmen zurück, ein Prozess, der Jahrzehnte in Anspruch nahm, aber letztlich mit der Unterstützung des Daimler Konzerns einen der größten Flugzeugbauer und das siebtgrößte Rüstungsunternehmen weltweit (ohne China) mit hervorbrachte. Nun wird offenbar darüber nachgedacht, für den Bereich KI/Digitalisierung einen vergleichbaren global Player unter deutscher Führung aufzubauen.

Insofern ist der Leitlinienentwurf nicht nur ein Geschenk an die Industrie, sondern auch eine Warnung. Die existierenden Player sind zu Übernahmen und Fusionen aufgerufen und

können dabei mit staatlicher Unterstützung rechnen. Der Verweis auf Airbus macht aber auch klar: Wenn sie dabei keinen Erfolg haben und nicht bald ernste Bemühungen erkennen lassen, wird die Regierung den Prozess vorantreiben.



Zurück in die Intransparenz US-Drohnenkrieg und zivile Opfer

von Marius Pletsch



US-Präsident Donald Trump hat am sechsten März ein Dekret unterzeichnet, wonach das Büro des Direktors für die nationalen Nachrichtendienste (ODNI) nicht länger jährliche Berichte über die in Operationen außerhalb von Kampfgebieten getöteten Zivilist*innen veröffentlichen muss.¹ Der Vorgang, über den u.a. die Washington Post² und CNN³ berichteten, hat zur Folge, dass die ohnehin schon mauen Informationen über die Opfer des US-Drohnenkrieges noch karger werden dürften.

Schritte zu etwas mehr Transparenz...

Mit seinem Dekret macht Trump die Trippelschritte von Präsident Barack Obama für etwas mehr Transparenz im US-Drohnenkrieg rückgängig. Die wichtigste Änderung betrifft den oben angesprochenen Bericht, den das ODNI nach Abschnitt drei des Obama-Dekrets anfertigen und bis zum ersten Mai des Folgejahres veröffentlichen musste. Dadurch wurden einige offizielle Informationen über das US-Drohnenprogramm und die durch die Aktionen getöteten Personen bekannt.

Insgesamt sind allerdings nur zwei Berichte erschienen: Im Bericht von 2016, welcher die Zahlen vom 20. Januar 2009, dem Amtsantritt von Obama, und dem 31. Dezember 2015 zusammenfasste, gab die Regierung an, insgesamt 473 Angriffe außerhalb von Gebieten mit aktivem Kampfgeschehen durchgeführt zu haben. Die Zahl der Angriffe ist dabei nicht gleich der Zahl der eingesetzten Raketen oder Bomben. In den Angriffen sollen insgesamt 2372 bis 2581 „Kombattant*innen“ und 64 bis 116 Zivilist*innen getötet worden sein.⁴ Im Bericht über das Jahr 2016, der noch vor dem Amtsantritt von Trump am 19. Januar 2017 veröffentlicht wurde, hieß es, man habe 53 Angriffe durchgeführt und dabei 431 bis 441 „Kombattant*innen“ und eine/n Zivilist*in getötet.⁵ Aufschlussreich waren die Berichte kaum,⁶ jedoch schenkten sie den Aktionen der USA etwas mehr Aufmerksamkeit und es wurde mit der Veröffentlichung Raum für eine öffentliche Debatte und Kritik rund um das Erscheinungsdatum geschaffen. Allerdings existierte stets eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Zahlen des ODNI und den deutlich höher liegenden von Gruppen wie dem Bureau of Investigative Journalism oder dem Thinktank New America. Das ODNI versuchte aber schon in den Berichten Gründe für diese Unterschiede anzuführen.

... zunichte gemacht!

Begründet wird der jetzige Schritt der Trump-Regierung damit, dass das Verteidigungsministerium (DoD) unter dem Gesetz zur Autorisierung der nationalen Verteidigung (NDAA) seit dem Haushaltsjahr 2018 dem Kongress in einigen Sachverhalten einen etwas detaillierteren Bericht vorlegen muss, der auch veröffentlicht werden soll (bisher wurde ein Bericht 2018 verspätet über das Jahr 2017 veröffentlicht). Das DoD hat in dem Bericht mehr einzelne Beispiele für Einsätze genannt und die vermeintlichen „Erfolge“, also getötete mutmaßliche

gegnerische Kämpfer*innen, oder getötete sogenannte „Hochwertziele“ in den Vordergrund gestellt, ob bei diesen genannten Beispielen auch Zivilist*innen zu Schaden kamen, wird jedoch nicht explizit benannt. Stattdessen wird stets in einem letzten Absatz erwähnt, ob es für das DoD glaubwürdige Berichte von zivilen Opfern gab. Glaubwürdige Berichte sieht das DoD bei den Operationen Inherent Resolve (Counter Daesh Einsatz im Irak und Syrien), Freedom's Sentinel und Unterstützungseinsätze der NATO-Mission Resolute Support in Afghanistan und im Jemen. Für Militäreinsätze in Somalia und Libyen hat das DoD keine glaubwürdigen Berichte, im Falle Somalias würde noch ein Hinweis untersucht. Insgesamt seien in den verschiedenen Operationen etwa 499 Zivilist*innen getötet und annähernd 169 verletzt worden, weggefallen ist eine Gesamtangabe der getöteten Personen, die die USA als „Kombattant*innen“ einstuft.⁷ Insgesamt lässt auch der Bericht des DoD kaum mehr Schlüsse über die US-Militäreinsätze zu, auch wenn er mehr auf die Regionen eingeht, in denen die USA aktiv ist. Seit dem Haushaltsjahr 2019 muss dieser Bericht zwar differenzierter ausgefertigt werden, er kann aber seitdem auch komplett unter Verschluss gehalten werden, wenn der Verteidigungsminister, bzw. die Verteidigungsministerin eine Gefahr für die nationale Sicherheit in einer Veröffentlichung sehen würde.⁸

Dass der Kongress nun Berichte über zivile Opfer verlangt und auch über die Methodik unterrichtet werden möchte,⁹ lässt zumindest hoffen, dass die Legislative kleine Fortschritte bei der Kontrolle der Regierung und der US-Militäroperationen macht. Diese Berichte gehen aber nur auf Aktionen unter Leitung des DoD ein (US Code, Title 10). Wenn US-Soldat*innen eine Drohne unter Leitung bspw. der CIA fliegen würden, würde eine solche Aktion nicht in dem Bericht auftauchen, da diese anders autorisiert wäre (US Code, Title 50).¹⁰ Dies ist eine holzschnittartige Beschreibung. Konsequenzen hat die Art der Autorisierung für die Kontrolle im US-Kongress. Während in den Berichten des ODNI Aktionen unter beiden Provisionen berücksichtigt wurden, wird in den DoD-Berichten lediglich auf die sogenannten Title-10 Aktionen eingegangen, während „verdeckte Operationen“ hier nicht genannt werden.

Hoffnungsschimmer Jemen-Urteil

Dies ist ein Schritt in die falsche Richtung, gerade weil Präsident Trump der CIA wieder mehr Spielräume in Sachen Drohnenangriffe einräumt und die Einsatzregeln gelockert hat. Das gefährdet Zivilist*innen in den betroffenen Regionen enorm. Die mangelnde Rechenschaft und Transparenz der USA sind auch Gründe, warum drei Jeminiten, die bei einem Drohnenangriff nahe Angehörige verloren hatten, vor dem Oberverwaltungsgericht Münster am 19.3.2019 einen Teilerfolg erzielen konnten. In der Urteilsbegründung hieß es: „Die Schutzpflicht des Staates aus Art. 2 Abs.2 GG besteht bei Gefahren für das Grundrecht auf Leben auch bei Auslandssachverhalten, sofern ein hinreichend enger Bezug zum deutschen Staat besteht. Hier

besteht ein solcher Bezug, der eine aus dem Grundrecht auf Leben folgende Schutzpflicht der Beklagten gegenüber den Klägern auslöst, weil sie berechtigterweise Leib- und Lebensgefahren durch völkerrechtswidrige US-Drohneinsätze unter Nutzung von Einrichtungen auf der Air Base Ramstein befürchten. Das Recht auf Leben ist umfassend und schützt auch vor relevanten hinreichend konkreten rechtswidrigen Gefährdungen für Leib und Leben.“¹¹ Eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen.

Anmerkungen

- 1 White House (whitehouse.gov, 6.3.2019): Executive Order on Revocation of Reporting Requirement.
- 2 Ryan, Missy (washingtonpost.com, 6.3.2019): Trump administration alters Obama-era bill on civilian casualties in U.S. airstrikes.
- 3 Cohen, Zachary/Browne, Ryan (cnn.com, 6.3.2019): Trump revo-

- kes Obama order on reporting civilians killed in US airstrikes
- 4 ODNI (dni.gov,): Summary of Information Regarding U.S. Counterterrorism Strikes Outside Areas of Active Hostilities.
- 5 ODNI (dni.gov, 19.1.2017): Summary of 2016 Information Regarding United States Counterterrorism Strikes Outside Areas of Active Hostilities.
- 6 Siehe [IMI-Analyse 2016/28](#).
- 7 DoD (via fas.org, 22.5.2018): Annual Report on Civilian Casualties in Connection With United States Military Operations.
- 8 [NDAA FY 2019](#), Sec. 1062 (b).
- 9 Ein Bericht über den Umgang mit zivilen Opfern wurde Anfang 2019 veröffentlicht, siehe: DoD (defense.gov, 8.2.2019): Report on Civilian Casualty Policy.
- 10 Für eine ausführlichere Diskussion der Title-10-Title-50-Debatte siehe: Lewis, Lerry/Vavrichek, Diane M. (2016): Rethinking the Drone War. National Security, Legitimacy, and Civilian Casualties in U.S. Couterterrorism Operations. Appendix A, S. 209-2012.
- 11 [OVG NRW](#), Urteil vom 19.3.2019 – 4 A 1361/15.

Wegweisendes Urteil zur Rolle Deutschlands im US-Drohnenprogramm

Wir dokumentieren im Folgenden eine Pressemitteilung des „European Center for Constitutional and Human Rights“ zum Urteil im Fall „Bin Ali Jaber gegen Deutschland“.

Münster/Berlin, 19. März 2019 – Im Fall „Bin Ali Jaber gegen Deutschland“ hat das Oberverwaltungsgericht Münster den drei Klägern aus dem Jemen in entscheidenden Punkten Recht gegeben. Deutschland müsse darauf hinwirken, dass die USA bei der Nutzung ihrer Militärbasis Ramstein das Völkerrecht einhalten. Bei diesen Angriffen werden immer wieder Unbeteiligte getötet.

„Deutschland muss endlich das Drohnenprogramm via Ramstein stoppen! Wir hoffen nun, dass nicht mehr Menschen unter den gleichen sinnlosen Angriffen leiden müssen wie meine Familie“, erklärte Faisal bin Ali Jaber, einer der Kläger. Im August 2012 verlor seine Familie zwei Angehörige bei einem Drohnenangriff. Auf der Luftwaffenbasis in Ramstein in Rheinland-Pfalz stehen heute die wichtigsten Funkanlagen für die Steuerung der US-Drohnenangriffe. Deswegen hatten Faisal bin Ali Jaber und zwei weitere Familienmitglieder im Oktober 2014 Klage gegen die Bundesregierung eingereicht. Sie fordern Berlin auf, die Nutzung von Ramstein zu unterbinden. Die Bundesregierung weist jedoch jede Verantwortung zurück.

„Das Urteil des OVG Münster ist ein wichtiger Schritt, um dem völkerrechtswidrigen Drohnenprogramm der USA via Ramstein Einhalt zu gebieten“, sagte Andreas Schüller vom European Center for Constitutional and Human Rights

(ECCHR). [...] Das ECCHR und die Menschenrechtsorganisation Reprieve unterstützen die Familie Bin Ali Jaber bei der juristischen Aufarbeitung des Drohnenangriffs. Die Klage zur Rolle Deutschlands im US-Drohnenprogramm ist Teil der rechtlichen Interventionen des ECCHR zu den Menschenrechtsverletzungen der USA im Namen der Terrorismusbekämpfung.

Kontext

Im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ setzen die USA seit 2002 auf gezielte Drohnenangriffe, um Personen zu töten, die sie des Terrorismus verdächtigen. Dabei sterben immer wieder auch Unbeteiligte – unter anderem in Afghanistan, Pakistan, Somalia oder im Jemen.

Niemand hat den Drohnenangriffen der USA, die immer wieder gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen, bisher rechtlich Einhalt gebieten können. Im Gegenteil: Deutschland unterstützt das Drohnenprogramm durch den Austausch von Informationen und durch die umfassenden Nutzungsrechte für die US-Militärstützpunkte. Die US-Militärbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz spielt eine zentrale Rolle für das Drohnenprogramm. Die US-Militärbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz spielt eine zentrale Rolle für das Drohnenprogramm: Über Ramstein fließen alle relevanten Daten für die Kampfdrohnen.

Für mehr Informationen (Fallbeschreibung, rechtlicher Hintergrund und Videos) siehe hier: www.ecchr.eu



Quelle: DJANDYW.COM / Flickr

„Liberté, Égalité, Flashball“¹

Die militarisierte Repression der französischen Gelbwestenbewegung

von Sven Wachowiak

„Es gibt drei Arten von Gewalt. Die Erste, Mutter aller anderen, ist die institutionelle Gewalt, welche Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung legalisiert und perpetuiert und Millionen von Menschen zwischen ihren lautlosen, gut geölten Rädern zermalmte.

Die Zweite ist die revolutionäre Gewalt, geboren aus dem Willen, die Erste abzuschaffen.

Die Dritte ist repressive Gewalt, deren Ziel es ist, die Zweite zu ersticken, indem sie sich zur Gehilfin und Komplizin der Ersten Gewalt macht, die alle anderen erzeugt.

Es gibt keine schlimmere Heuchelei, als nur die Zweite Gewalt als solche zu bezeichnen, und so zu tun, als vergesse man die Erste, die sie gebiert, und die Dritte, die sie tötet.“

Dom Helder Pessoa Câmara (1909 – 1999)²

Die Gelbwesten sind unkaputtbar: Seit vier Monaten gehen im (nach Gesamtvermögen) sechstreichsten Land der Welt jede Woche an die hunderttausend Menschen³ jeden Alters und Geschlechts auf die Straße, um für ihre elementarsten Rechte zu kämpfen. Eine geplante Erhöhung der Benzinsteuern diente der Bewegung als Initialzündung, die neoliberale Charaktermaske Macron als Katalysator. Im Nu ist die Bewegung, die einen bemerkenswerten Selbstverständigungs- und Politisierungsprozess durchlaufen hat, über ihren ursprünglichen Anlass hinausgewachsen.

Die Kaufkraft steht jedoch auch weiterhin im Zentrum der Forderungen. Dass diese laut Statistikamt INSEE angeblich Jahr für Jahr steigen soll, halten viele Franzosen für einen absurden Witz: Viele kommen trotz Vollzeitbeschäftigung bis zum Monatsende nicht mehr über die Runden. Die größte Sorge dieser „unteren Schichten“ besteht mitnichten darin, wie Spiegel Online⁴ behauptet, „Champagner und Austern“ nicht gegen „Bier und Chips“ eintauschen zu wollen. Drei Fakten veranschaulichen den sozialen Niedergang des Landes: • Die Immobilienkaufkraft eines französischen Durchschnittsjahreseinkommens hat sich innerhalb einer Generation halbiert (wodurch die Arbeiterschaft aus den Innenstädten und in die Dieselabhängigkeit getrieben wurde). • Eine aktuelle Studie der staatlichen Forschungseinrichtung Inserm (Institut national de la santé et de la recherche médicale) führt jährlich zwischen 10.000 und 14.000 Todesfälle in Frankreich auf die psychischen, sozialen und gesundheitlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zurück. • 2018 starben in Frankreich nach einer unvollständigen Zählung der Organisation „Les Morts de la Rue“ mindestens 566 Obdachlose elendig auf der Straße, darunter 50 Frauen und 13 Minderjährige (Durchschnittsalter: 48 Jahre).

Es ist die systemische Gewalt dieses Produktions- und Verteilungssystems, die die Menschen empört und auf die Straße treibt. Der Staat bekämpft die Proteste mit aller Härte. Dabei kommen auch paramilitärische Waffen von Tränengas- bis hin zu leichten Sprenggranaten zum Einsatz, die eine inzwischen nicht mehr überschaubare Anzahl von Verletzten gefor-

dert haben. Der wachsenden Empörung über die staatlichen Gewaltexzesse wissen Präsident Macron und seine Regierung nichts entgegenzusetzen, als beredtes Schweigen und unerträglichen Zynismus.

I.) Gewalt und Gegengewalt

a) Macron als Vollender des neoliberalen Projekts in Frankreich

Der Politologe Philippe Marlière beschreibt die in den Monaten auf den Amtsantritt Emmanuel Macrons folgende Reformoffensive als einen „neoliberalen Blitzkrieg“.⁵

Noch im September 2017 leitete Macron mit einer Reihe von Dekreten die Reformierung des französischen Arbeitsrechts (Code du Travail) ein, ein Schnellverfahren, willfährig sekundiert von der mehrheitlich in den Händen der Macron-Partei La République en Marche (LREM) befindlichen Nationalversammlung. Im Ergebnis sollen, ähnlich wie bereits bei der Schröderschen Reformagenda (und anderen neoliberalen Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre), die in vielen Bereichen noch bestehenden Verhandlungsmonopole der Gewerkschaften gesprengt, Flächentarifverträge ausgehöhlt und die französischen Arbeitsverhältnisse insgesamt nach Wunsch des Kapitals „flexibilisiert“ bzw. (ins 19. Jh zurück-) „modernisiert“ werden.

Wie bereits im Wahlkampf angekündigt, wurde die Vermögenssteuer ISF (impôt de solidarité sur la fortune) in eine reine Immobiliensteuer umgewandelt, womit drei Viertel der bisherigen Staatseinnahmen aus dieser Steuer wegfallen. Die Prioritäten liegen klar zutage: Ursprünglich für 2019 eingeplant, wurde diese Maßnahme auf Wunsch der Bosse des CAC 40 (Leitindex der 40 umsatzstärksten Aktiengesellschaften) um ein Jahr vorgezogen;⁶ obwohl sich laut Umfrageinstitut IFOP heute 77% der Franzosen für eine Wiedereinführung des ISF aussprechen,⁷ lehnte Macron eine Revision der Reform in einer Fernsehansprache am 10. Dezember 2018, auf dem Höhepunkt der „Gelbwesten-Krise“, kategorisch ab. Als zusätzliches Steuergeschenk an die Elite trat im Januar 2018 eine Flatrate von 30% bei der Besteuerung von Kapitalerträgen in Kraft (unter Hollande unterlag die höchste Besteuerungsstufe noch einem Satz von 60,5%).

Die bisher von allen Arbeitenden zu zahlenden Sozialabgaben für Arbeitslosigkeit (2,4%) und Krankheit (0,75%) wurden zu Beginn des Jahres 2018 gestrichen. Die dadurch entstehende Lücke wurde durch eine Erhöhung der allgemeinen Sozialabgabe CSG (contribution sociale généralisée) von 7,5% auf 9,2% kompensiert. Unterschied zu vorher: Die CSG wird von sämtlichen Steuerzahlenden, also auch von den Rentnern bezahlt. Macron fühlt ihren Schmerz: „Mir ist klar, dass ich den Älteren eine Anstrengung abverlange und dass manche hin und wieder stöhnen. Das macht mich nicht unbedingt populär, aber ich stehe dazu.“⁸

Darüber hinaus wurde im Namen der Budgetkonsolidierung beschlossen (Ersparnis von 1,8 Milliarden Euro für den Staatshaushalt), die Koppelung der Renten an die Inflationsentwicklung für die Jahre 2019 und 2020 auszusetzen, was bei einer Inflation von 1,5% und einem Rentenanstieg von 0,3% (2018) im Ergebnis auf eine drastische Kürzung hinauslaufen wird.

Zu den Wahlversprechen Macrons gehörte auch eine umfassende Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes: 120.000 Stellen sollen gestrichen werden, um den Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 54,7% auf 51,1% zu senken, überhaupt soll der Beamtenstatus „modernisiert“ werden.⁹

Eine ähnlich hohe Priorität genießt die Privatisierungsagenda, derzufolge der Staat seine Anteile an einer ganzen Reihe von strategischen Unternehmen abgeben soll. Per Dekret eingeleitet wurde bereits die Reform der staatlichen Bahngesellschaft SNCF, die in eine besondere Aktiengesellschaft umgewandelt und, wie ab 2020 von der EU vorgeschrieben, für den Wettbewerb mit ausländischen Anbietern geöffnet werden soll. Im Zuge der Reform soll auch der beamtenähnliche Status der Eisenbahner langfristig abgeschafft werden.

Während Macron der arbeitenden Bevölkerung (ohne Ausnahme der Alten, Schwachen und Kranken) besondere Anstrengungen abverlangt und Umstrukturierungen, Stellenabbau und Arbeitsverdichtung bereits schwere Krisensymptome (nicht nur) im öffentlichen Dienst erkennen lassen (Anstieg der Selbstmordrate u.a. bei der Polizei und im Gesundheitswesen), feiert das große Kapital umso beschwingter seine Orgien. Multimilliardäre wie der Telekomunternehmer Xavier Niel (geschätztes Vermögen: 7 Mrd. Euro) können ihr Glück kaum

fassen: „Wir haben einen Superpräsidenten [...] Er bringt zurzeit fantastische Gesetze auf den Weg“.¹⁰

Es ist jedoch nicht zuletzt die Persönlichkeit dieses Superpräsidenten, die sich aufgrund ihrer allzu karikatürhaften Charaktermaskenhaftigkeit für die Gelbwesten seit Beginn der Bewegung zu einem verlässlichen Mobilisierungsfaktor entwickelt hat. Macron, ideologisch rundgespült in den einschlägigen Elitehochschulen Sciences-Po und ENA, schwitzt seinen Klassenhass geradezu aus, ohne sich dessen erwehren zu können. Politisches Kalkül dürfte jedenfalls kaum am Werk sein, wenn er die Gegner seines Reformprogramms „Faulpelze, Zyniker und Extreme“¹¹ und „viele der Arbeiter [...] Analphabeten“ nennt, den streikenden Arbeitern in Lunel erklärt: „Ihr macht mir keine Angst mit eurem T-Shirt. Arbeiten ist das beste Mittel, um sich einen Anzug leisten zu können“ und auf einer Unternehmensversammlung die Überlegung zum Besten gibt: „Ein Bahnhof ist ein Ort, an dem man Leute trifft, die es zu etwas gebracht haben und Leute, die nichts sind“.

b.) Die Gelbwestenbewegung im Wandel

Zur Initialzündung für die Gelbwestenbewegung wurde die von Macron für 2019 angeordnete Erhöhung der Spritsteuer auf Benzin und Diesel um vier Prozent.¹² Sie nahm vor allem in

Was wollen die Gelbwesten?

Eine Darstellung des gesamten Spektrums der Forderungen, welche sich aus dem Keim der Spritsteuererhöhung quasi organisch zum Thema der Steuergerechtigkeit und der Verteilungsfrage weiterentwickelt haben, würde den Rahmen dieses Kastens sprengen. In schriftlicher Form wurden die Misstände zunächst u.a. in Beschwerdebüchern (cahiers de doléances) der Gemeinderathäuser aufgelistet, denen bereits in der französischen Revolution eine bedeutende Rolle zukam. Darin erschien bspw. gehäuft die Forderung nach der Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die wohl weiteste Verbreitung in den französischen Medien fand eine Liste von 42 konkreten sozialen Forderungen, die am 28. November auf Initiative einer Demonstrantin aus dem Département Sarthe ins Netz gestellt wurde.¹ An erster

Stelle steht die Forderung: „Schluss mit Obdachlosigkeit: DRINGEND“. Darüber hinaus wird gefordert, den Mindestlohn auf 1.300 Euro anzuheben und den Maximallohn auf 15.000 Euro zu begrenzen, das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre abzusenken und eine Mindestrente von 1.200 Euro festzulegen. Gefordert wird auch ein Verbot der Verschleuderung französischen Staatseigentums, eine proportionale Besteuerung, ein einheitliches Sozialversicherungssystem, ein Ende der Austeritätspolitik und vieles mehr. An erster Stelle der aus einer Umfrage unter 465 Teilnehmern ermittelten „Prioritären Vorschläge der Gelbwesten von Toulouse“ steht die Einführung eines obligatorischen Referendums durch Bürgerinitiative (Référéndum d’initiative populaire, RIC), welches den Grundstein für eine

direkte(re) Demokratie bilden soll.² Viele Gelbwesten stellen das politische und institutionelle System der Fünften Republik infrage und experimentieren in Gedanken und Praxis mit alternativen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens: „Der Aufruf der Gelbwesten in Saint-Nazaire (24. November) schlägt vor, Volksversammlungen im Herzen der politischen Entscheidungsfindung abzuhalten, in den Präfekturen und Unterpräfekturen. Der Text der ‚Gascogner Gelbwesten‘ bezieht sich auf die Französische Revolution, die Pariser Kommune, die russischen Räte von 1905, den ungarischen Aufstand von 1956, Chiapas und Rojava. In Commercys sprechen sich die Gelbwesten für Volkskomitees aus. Es ist von direkter Demokratie die Rede, basierend auf Nachbarschaftsversammlungen.“³



Quelle: Thomas Bresson / CC BY 4.0.

Anmerkungen

- 1 In deutscher Übersetzung unter: https://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/181206_Forderungen-der-Gelbwesten.pdf
- 2 Cahier des propositions prioritaires des gilets jaunes de Toulouse suivant un questionnaire remis à 465 votants, in: Le fond de l'air est jaune. Comprendre une révolte inédite, Seuil 2019, S. 161
- 3 Ludvine Bantigny, Un événement, in: Le fond de l'air est jaune. Comprendre une révolte inédite, Seuil 2019, S. 62

den Provinzstädten und ländlichen Gebieten ihren Anfang, wo 80% der Arbeitenden PKW-abhängig und also von der Steuererhöhung ungleich stärker betroffen sind. Obwohl von der Regierung als Meilenstein der „ökologischen Transition“ dargestellt – ein Framing, welches von einem Großteil der Presse, auch im deutschsprachigen Raum, unhinterfragt übernommen wurde (Tagesspiegel: „Kaufkraft contra Klima“¹³, SRF: „Wenn Gelbwesten wegen grüner Politik rot sehen“¹⁴) – war bereits seit langem bekannt, dass die Spritsteuererhöhung primär dem Ausgleich des Staatshaushalts dienen sollte.¹⁵

Ab Ende Oktober 2018 wurden landesweit hunderte von Verkehrskreiseln, Autobahnmautstellen, Tankdepots und Supermarktzufahrten blockiert. Vor allem aber auf den sogenannten Ronds-Points, den Verkehrskreiseln (wovon es in Frankreich 30.000 gibt, mehr als in jedem anderen Land) wurden Straßensperren und Blockaden eingerichtet. Die Bewegung wurde von den staatlichen Behörden toleriert, solange sich ihre Forderungen primär auf die geplante Erhöhung der Spritsteuer bezogen (Auch die höchsten Unterstützungswerte in der französischen Bevölkerung datieren aus diesen Anfangstagen).

c) Repression

Als immer deutlicher wurde, dass die Demonstranten nicht im Sinn hatten, alsbald wieder abzuziehen, hatte es mit der anfänglichen Toleranz ein Ende. Ab diesem Zeitpunkt begann die Polizei, die mittlerweile auf den Kreiseln entstandenen provisorischen Baracken, Unterstände und Zelte systematisch zu zerstören und den Proviant der Demonstranten zu entsorgen. In Einzelfällen wurden die Kreisel bis zu viermal am selben Tag geräumt.¹⁶ Diese Zermürbungstaktik hatte zur Folge, dass die anfänglich kleinen Aktivistengruppen notgedrungen auf andere Aktionsformen ausweichen mussten und sich ab Mitte November 2018 zu den bis heute fortdauernden Samstagsdemonstrationen in den französischen Innenstädten zusammenfanden.

Da die meisten Gelbwesten Demo-Novizen waren, herrschte in den ersten Wochen allgemeines Chaos, wobei sämtliche Demoregeln geflissentlich ignoriert werden: „Es [gab] keinen Demonstrationszug, keine rechtlich Verantwortlichen, keine festgelegte Route, keine Ordnungskräfte und keine Flyer, Transparente oder Aufkleber, stattdessen Unmengen auf die Rückseite der gelben Warnwesten geschriebener persönlicher Statements.“¹⁷

François Boulo, ein prominenter Wortführer der Gelbwesten, berichtet: „Einige Strategien der Polizeiarbeit waren in dieser Form völlig neu. Ich kann mich erinnern, dass die Demonstranten in Paris ab Akt II schon um 8.30 Uhr morgens von der Polizei eingekesselt [„nassés“ = Polizeijargon, etwa: in die Enge treiben] und mit Tränengas besprüht wurden. Wenn man ab 8:30 Uhr oder 9 Uhr morgens Gas ins Gesicht bekommt, ist natürlich klar, dass das keinen guten Ausgang nimmt, weil die Leute versuchen, auszubrechen und dem Gas zu entweichen.“¹⁸ Von dem Polizeigewerkschafter Alexandre Langlois u.a. ist in diesem Zusammenhang jedoch darauf hingewiesen worden,¹⁹ dass bei Szenen wie der oben geschilderten auch die Bodeneinsatzkräfte, denen der Lageüberblick fehlt, zu unbewussten Spielfiguren der von den Einsatzzentralen aus gesteuerten Einkesselungsmanöver degradiert werden.

Auch die Polizei war mit der ungewohnten Situation heillos überfordert und wurde bei der Einnahme der Champs-Élysées durch die Gelbwesten am 1. Dezember, in deren Verlauf der Triumphbogen mit dem Slogan „Die Gelbwesten werden



Gelbwestenproteste am 9. Februar 2019. Quelle: Norbu Gyachung / CC BY-SA 4.0

siegen“ besprüht wurde, regelrecht überrannt und zurückgedrängt. Die schwere symbolische Niederlage, die der staatlichen Ordnungsmacht an diesem Tag zugefügt wurde, führte zu einer starken Intensivierung der Repression.

So betont die Historikerin Ludivine Bantigny das „nie dagewesene“ Ausmaß der polizeilichen Repression ab dem 1. Dezember: „Am 8. Dezember werden 1.300 Demonstranten vorübergehend festgenommen und mehr als 900 in Gewahrsam genommen: Dies hat es noch nie gegeben. Selbst während der ‚Nacht der Barrikaden‘ [am 10. Mai] 1968 hatte es nicht mehr als 300 Verhaftungen gegeben - und niemals präventive Verhaftungen, was dieses Mal ein erhebliches demokratisches Problem darstellt.“²⁰

Als sich etwa zeitgleich die französischen OberschülerInnen mit der Bewegung solidarisierten und ihre Schulen im Protest gegen die geplante Reform des Bildungssystems besetzten, reagierte der Staat mit aller Härte. Die Vermutung liegt nahe, dass ein Übergreifen der Bewegung auf weitere Bevölkerungsteile, in diesem Fall der für gefährlich erachtete Zusammenschluss von Gelbwesten und SchülerInnen, um jeden Preis verhindert werden sollte. Zum Symbol der staatlichen Repression wurde die am 6. Dezember gefilmte Erniedrigung dutzender OberschülerInnen in der nordfranzösischen Gemeinde Mantes-la-Jolie, während am selben Tag landesweit über 700 jugendliche Demonstranten in Polizeigewahrsam genommen wurden. Die Bilder der Mädchen und Jungen aus Mantes-la-Jolie, die von der Polizei verhöhnt und gezwungen wurden, mit gefesselten oder hinter dem Kopf verschränkten Händen am Boden zu knien, laufen jedem rechtsstaatlichen Verständnis zuwider. Sie gemahnen auch, wie mehrere Kommentatoren bemerkt haben, an die kolonialen Abschreckungspraktiken der Kollektivbestrafung bzw. -demütigung. Selbst die deutsche Bildzeitung sah darin „Bilder, die an Konflikte in fernen Ländern erinnern“.²¹

Auch weitere rechtsstaatliche Normen wurden ohne viel Aufhebens über Bord geworfen: Wie aus einem am 12. Januar 2019 an alle Pariser Staatsanwälte verschickten Weisungsschreiben des Pariser Generalstaatsanwalts (Procureur de la République) hervorgeht, wurde die Polizei angehalten, in Gewahrsam genommene Demonstranten auch bei unzureichender Beweislage und ohne begründeten Verdacht festzuhalten. Vorzugsweise bis zum späten Samstagabend oder frühen Sonntagmorgen, um zu verhindern, dass diese sich der Demonstration zu einem späteren Zeitpunkt wieder anschließen. Zudem erging die Weisung, die Personalien zeitweilig festgehaltener Demonstranten auch ohne erhärteten Verdacht

auf etwaige Straftaten in das Vorstrafenregister (traitement d'antécédents judiciaires, TAJ) aufzunehmen.²² Allein in den ersten drei Monaten der Mobilisierung wurden nach Angaben des Innenministeriums etwa 8.400 Personen vorläufig fest- und 7.500 in Polizeigewahrsam genommen, wovon 1.800 strafrechtlich verurteilt wurden und 1.500 Mitte Februar noch auf ihr Urteil warteten (Angaben vom 14. Februar 2018).²³

II.) Militarisierte Aufstandsbekämpfung

„Sollen die doch endlich mal richtig von ihren Waffen Gebrauch machen, wissen Sie, es reicht! Das geht jetzt schon eine Weile so, dass diese Schlägertypen, diese Drecksäcke der extremen Rechten oder der extremen Linken oder aus den Vorstädten herkommen um Polizisten zu verprügeln, es reicht! [...] Wir haben, meine ich, die viertgrößte Armee der Welt, die sind in der Lage diesen Schweinereien ein Ende zu setzen. Man muss die Dinge einmal ganz klar beim Namen nennen.“

Luc Ferry, Ex-Kulturminister, 7. Januar 2019 auf dem Sender Radio Classique

Seit mittlerweile über vier Monaten werden nach Angaben des Innenministeriums jeden Samstag bis zu 80.000 Polizisten mobilisiert. Neben der regulären Police Nationale befindet sich auch deren kasernierter Verband, die Compagnies Républicaines de Sécurité (CRS; deutsch Sicherheitskompanien der Republik), im Einsatz. Letzteren hat ihr außerordentlich brutales Vorgehen bei Großdemonstrationen in der Vergangenheit die populäre Umdeutung ihrer Abkürzung zu „Compagnie de Répression Syndicale“ (Kompanie zur Gewerkschaftsunterdrückung) eingetragen. Bei einer Großdemonstration gegen das Kernkraftwerk Creys-Malville im Juli 1977 schossen die CRS bspw. Blendgranaten in die Menschenmenge, töteten einen Demonstranten und verletzten Hunderte teils schwer. Darüber hinaus sind auch die spezialisierten Polizeieinheiten der BAC (Brigade anti-criminalité) und der BRI (Brigade de recherche et d'intervention, ugs. auch Antigangbrigade) im Einsatz, die sonst schwer bewaffnet gegen Organisierte Kriminalität und Terrorismus vorgehen und keinerlei Training oder Erfahrung im Umgang mit Demonstranten besitzen. Nachdem es im Rahmen der Samstagsdemonstration des 16. März erneut zu Ausschreitungen auf den Champs-Élysées kam, wurden am darauffolgenden Wochenende in Paris erstmals auch Soldaten des Heeres mobilisiert, die im Rahmen des inländischen Anti-Terror-Einsatzes „Opération Sentinelle“ eigentlich potentielle Anschlagziele und Risikozonen im städtischen Raum schützen sollen.²⁴

a) Tränengas und Sprenggranaten

Am 8. August 2017 (also knapp drei Monate nach Amtsantritt der Macron-Regierung) veröffentlichte das Innenministerium eine Ausschreibung für einen vier Jahre laufenden Ausrüstungsauftrag in Höhe von 22 Mio. Euro für „CRC-Granaten und Wurfgeschosse mit Verzögerungseffekt“ zur Ausstattung der Police Nationale und der Gendarmerie. Da diese „provisorische“ Aufrüstung wohl nicht eben zufällig mit dem Beginn der Macronschen Reformoffensive zusammenfiel, sah sich das Wochenmagazin Marianne zu der Frage veranlasst: „Bereitet sich die Regierung Emmanuel Macrons auf eine von sozialen Unruhen geprägte Amtszeit vor?“²⁵

Tatsächlich schaffte es die Regierung Macron in ihrer ersten

Amtshalbzeit, den bisherigen Rekord beim quantitativen Einsatz von Granaten zu toppen. Bereits bei der Großoperation zur Räumung des Flughafengeländes Notre-Dame-Des-Landes durch die Gendarmerie im April 2018 kamen allein innerhalb der ersten acht Tage 11.000 Granaten zum Einsatz (darunter 8.000 Tränengas- und 3.000 Schockgranaten).²⁶

Dieser Rekord wurde dann allerdings bei der Bekämpfung der Gelbwestenproteste noch weit übertroffen. Bereits am zweiten Samstag der Mobilisierung (24. November) wurden nach Angaben der Polizeipräfektur allein in Paris etwa 5.000 Tränengasgranaten eingesetzt. Am dritten Samstag (1. Dezember) kamen in Paris bereits 10.000 Granaten, darunter 7.940 Tränengasgranaten, zum Einsatz.²⁷

Es scheint als Treppenwitz der Geschichte, dass das unter Napoléon III. umgestaltete Paris mit seinen breiten Straßenzügen zwar den Anforderungen der robusten Aufstandsbekämpfung des 19. Jahrhunderts perfekt entsprach, im heutigen Zeitalter (überwiegend) nicht-letaler Aufstandsbekämpfung allerdings auch entscheidende Nachteile mit sich bringt. Dies (und weitere Gründe) machten aus Sicht der französischen Sicherheitspolitik eine entsprechende Weiterentwicklung der Einsatzdoktrin und -mittel erforderlich. Ein Bericht des Innenministeriums von 2014 kommt zu dem Schluss: „Die Effizienz von Granaten mit alleinigem Tränengaseffekt ist erheblich verringert an sehr offenen, luftigen Orten, deren Sättigung nur für kurze Dauer anhält, während zugleich die von den Demonstranten ergriffenen Gegenmaßnahmen sehr effektiv bleiben. Sprenggranaten hingegen, gegebenenfalls kombiniert mit der Freisetzung eines unsichtbaren Tränengasprodukts (Mischefekt), behalten auch unter derartigen Umständen ihre Effizienz.“²⁸

Seit 2011 zählen auch explosive Granaten zum Aufstandsbekämpfungsarsenal der französischen Polizei. Damit ist Frankreich heute europaweit das einzige Land, das bei Demonstrationen explosive Granaten einsetzt. Im Rahmen der Gelbwestenproteste hat die GLI-F4, welche 25g TNT enthält, traurige Bekanntheit erlangt. Der Einsatz der Vorgängergranate vom Typ OF-F1 wurde 2014 von Innenminister Bernard Cazeneuve verboten, nachdem im Oktober 2014 bei Protesten gegen das Staudammprojekt Sivens ein Demonstrant durch eine solche getötet worden war. Seit Dezember bereitet eine Gruppe von Anwälten von Personen, die durch Granaten des Typs GLI-F4 verletzt wurden, die Einreichung eines Verbotsgesuchs beim französischen Staatsrat vor, um auch den Einsatz dieses Granatentyps verbieten zu lassen.

Dass die GLI-F4 nicht minder gefährlich ist als ihre Vorgängerin, hat sich bei den Gelbwestendemonstrationen zur Genüge gezeigt. Sie entfaltet bei ihrer Detonation eine dreifache Wirkung: Einmal entwickelt sie in einem 5-Meter-Radius eine ohrenbetäubende Lautstärke von 165 Dezibel (die menschliche Schmerzschwelle liegt bei etwa 130 Dezibel) und setzt eine unsichtbare Wolke aus CS-Pulver (Tränengas) frei: „Die Explosion hat einen psychologischen Schock und einen Erstikungseffekt beim Gegner zur Folge“.²⁹ Am verheerendsten aber wirkt ihr Explosionsdruck, der von einem Blitz und einer Stoßwelle begleitet wird.³⁰ Da sie von den ungleich harmloseren Tränengasgranaten optisch kaum zu unterscheiden sind, enden Versuche von Demonstranten, vermeintliche Tränengasgranaten außer Reichweite zu befördern, um sich selbst oder Mitdemonstranten zu schützen, immer wieder in schwersten Verstümmelungen. Dieser Mimikry-Effekt hat zum Nebeneffekt, dass die Demonstranten tatsächlichen Tränengasangriffen umso wehrloser ausgesetzt sind.

b) LBD (*lanceur de balle de défense*)

Die verheerenden „lanceur de balle de défense“ (LBD), kurzläufige Abschussvorrichtungen für Hartgummigeschosse, sollen den Polizisten eigentlich dazu dienen, gewalttätige Subjekte auf Distanz zu halten. Der erste „lanceur de balle de défense“ (LBD) im Einsatz wurde unter der Marke Flash-Ball vom Hersteller Verney-Carron hergestellt und vertrieben. In den 1990er Jahren beschloss die französische Regierung, einige Polizeieinheiten mit dieser Waffe auszustatten. Obwohl die französische Polizei heute das vom Waffenfabrikanten B&T in der Schweiz hergestellte Modell LBD 40 benutzt, welches eine höhere Präzision und Durchschlagskraft benutzt, werden die Waffen umgangssprachlich häufig noch fälschlicherweise als „Flash-Balls“ bezeichnet.

Laut offizieller Terminologie werden die LBD ausdrücklich nicht als „nicht-letale“ Waffen, sondern – feiner Unterschied – als „subletale Waffen“ oder auch „Waffen mit begrenzter Letalität“ qualifiziert. Deshalb sollten bei „richtiger Anwendung“³¹ nur der Torso oder die Extremitäten anvisiert werden. Aber auch dies ist noch keine Garantie für die „Nicht-Tödlichkeit“ der Waffe, wie der bisher einzige dokumentierte Todesfall durch LBD in Frankreich zeigt: 2010 starb in Marseille ein von einer LBD-Kugel in den Brustkorb getroffener Mann an einem Herzstillstand. Schließlich entwickelt das Projektil bei einer Geschwindigkeit von 320 km/h eine Druckkraft von 220 Joules. Zum Vergleich: Die Schlagkraft eines Profiboxers wird mit 100 Joules angegeben; außerdem gleicht das Material eines LBD-Projektils eher dem eines Golfballs, als dem eines Boxerhandschuhs.

Am 23. Dezember 2018 veröffentlichte das französische Innenministerium eine Ausschreibung über die Bestellung von 1.280 neuen LBD 40. Die Polizeigewerkschaft VIGI fordert zudem weitere Waffen. Darunter sogenannte Pepperballs (aus der Pistole abgeschossene Pfefferspraykugeln, die 2011 auch von der sächsischen Polizei in Dresden getestet wurden) und Gomm-Cogne (eine Art LBD in handlicher Ausfertigung).³²

c) Verletzte

Aufgrund der Quellenlage ist es schwierig, aktuelle und verlässliche Angaben über die Zahl der bisherigen Verletzten zu finden. Der kürzlich für seine Arbeit preisgekrönte freiberufliche Journalist David Dufresne führt jedoch auf seinem Twitter-Account «skrupulös und besessen, mit fast klinischer Gründlichkeit» (Le Monde)³³ Buch über jeden belegbaren Fall von Polizeigewalt im Rahmen der Demonstrationen. Diese Zählung verzeichnet seit Beginn der Bewegung im November letzten Jahres: 1 Todesfall, 222 Kopfverletzungen, 22 ausgeschossene Augen (viele durch LBD 40) und 5 durch Granaten abgerissene Hände (Stand: 22. März 2019).³⁴ Nach Angaben des Innenministeriums wurden seit Beginn der Bewegung 2.200 Demonstranten verletzt (Stand: 07. März 2019).³⁵

III.) Fazit

Emmanuel Macron repräsentiert, nimmt man das Ergebnis des ersten Wahldurchgangs unter Berücksichtigung der Enthaltungen zur Grundlage, nur ein Zehntel der französischen Wahlberechtigten. Der Rückhalt dieser Regierung ist derart minoritär, dass es bis Anfang März 13.095 LBD-Schüsse brauchte, um ihrem neoliberalen Reformprogramm den Weg freizuschießen.³⁶



Tränengaseinsatz, Paris, Dezember 2018. Quelle: Olivier Ortelpa / Flickr

Bis heute haben weder Macron noch seine Regierung den Opfern ihrer staatlichen Repressionen ein Wort der Anteilnahme, geschweige denn eine Entschuldigung gewidmet. Und dies, obwohl die militarisierte Repression der Gelbwestenbewegung durch mehrere internationale Organisationen scharf verurteilt wurde: Die Menschenrechtskommissarin des Europarats rügte das exzessive Vorgehen gegen Demonstranten und insbesondere den Einsatz der LBD-Gummigeschosse; Amnesty International veröffentlichte einen Bericht über die exzessive Gewaltanwendung gegen die Gelbwesten und auch die Hohe Kommissarin für Menschenrechte bei der UNO forderte eine Untersuchung der Polizeigewalt.

Angesichts eines so breiten Konsenses über die schweren Verfehlungen des französischen Staates bleiben den Verantwortlichen nur Leugnung und Realitätsflucht: Bei einer Zusammenkunft mit dem ägyptischen Diktator Al-Sissi in Kairo erging sich Macron in Lobeshymnen über die vorbildliche Arbeit der französischen Sicherheitskräfte, deren Qualität er daran bemisst, dass sie bisher noch keiner Person im Rahmen der Gelbwestendemonstrationen das Leben gekostet habe. Sieht man einmal davon ab, dass hier schlichtweg die Verantwortung der Polizei am Tod eines Menschen geleugnet wird, so zeigt das Beispiel, wie tief das Macron-Regime moralisch inzwischen gesunken ist. Ihm bleibt, um den Anschein der Legitimität zu wahren, offenbar keine andere Wahl, als immer weiter voranzupreschen.

Anmerkungen

- 1 Der Titel ist eine sarkastische Umdichtung des Wahlspruchs der französischen Republik („Liberté, Égalité, Fraternité“). Popularisiert wurde er im Rahmen der Gelbwesten-Proteste unter graphischer Bezugnahme auf ein gleichnamiges Mariannen-Motiv des Künstlers Shepard Fairey, das über dem Schreibtisch des Präsidenten Macron im Élysée-Palast hängt. In der abgewandelten Version der Gelbwesten ist eine Gesichtshälfte der Marianne blutig entstellt.
- 2 Dieses Eingangszitat des brasilianischen Erzbischofs und Befreiungstheologen wurde in Reaktion auf die völlig einseitige Presseberichterstattung der großen französischen Medien über die Gewalt der Proteste in den sozialen Medien tausendfach verbreitet und geteilt.
- 3 Diese Zahlenangabe bezieht sich auf die Zählungen der Organisation „Le Nombre jaune“ und der Polizeigewerkschaft „France Police – Policiers en colère“. Die Angaben des Innenministeriums liegen weit darunter.
- 4 Nils Minkmar, „Gelbwesten“-Randale in Frankreich: Sie wollen Macron den Marche blasen, www.spiegel.de, 03.12.2018
- 5 Philippe Marlière: Emmanuel Macron's Neoliberal Blitzkrieg,

- counterpunch.org, 26.01.2018
- 6 ISF : comment une réunion secrète a précipité la réforme sous la pression d'économistes et de grands patrons, francetvinfo.fr, 21.02.2019
 - 7 SONDAGE. 77% des Français souhaitent le rétablissement de l'ISF, www.lejdd.fr, 05.01.2019
 - 8 Hausse de la CSG: Macron "assume" de demander "un effort aux plus âgés", www.lexpress.fr, 02.03.2018
 - 9 Attac Fondation Copernic, Un business model au service des puissants, Les liens qui libèrent, 2018, S.123
 - 10 „On a un super président“ : le plaidoyer pro-Macron du patron de Free Xavier Niel, www.europe1.fr
 - 11 Marc de Boni, « Fainéants, cyniques, extrêmes » : Macron accusé d'insulter les Français, www.lefigaro.fr, 10.09.2017
 - 12 Die Bemühungen zeitigten Erfolg: Macron kündigte an, die Pläne für die Erhöhung der Ökosteuer auf Treibstoffe vorerst auszusetzen, bzw. rückgängig zu machen.
 - 13 Albrecht Meier, Kaufkraft contra Klima, www.tagesspiegel.de, 23.12.2018
 - 14 Alexandra Gubser, Wenn Gelbwesten wegen grüner Politik rot sehen, www.srf.ch, 01.12.2018
 - 15 Die Ausarbeitung dieses Plans kann in einem von Wikileaks veröffentlichten Mailwechsel zwischen dem heutigen Generalsekretär des Elysée, Alexis Kohler, und seinem Parteikollegen Laurent Martel im Detail nachvollzogen werden. Siehe z.B.: Luc Peillon u. Vincent Coquaz, Les MacronLeaks révèlent-ils que la taxe carbone visait à financer des baisses de cotisations patronales?, www.liberation.fr, 26.12.2018
 - 16 Thinkerview (Youtube-Kanal), Gilets Jaunes: Avant la révolution?, Interview mit François Boulo, https://www.youtube.com/watch?v=tR19_q2ytl8, 25.02.2019
 - 17 Samuel Hayat, L'économie morale et le pouvoir, in: Le fond de l'air est jaune. Comprendre une révolte inédite, Seuil 2019, S.25
 - 18 Thinkerview, ebd.
 - 19 Thinkerview (Youtube-Kanal), Violences policières et Gilets Jaunes, Interview mit Alexandre Langois, https://www.youtube.com/watch?v=b_yerNHpxQ4, 22.01.2019
 - 20 Bantigny, S.66
 - 21 Schock-Bilder aus Frankreich: SO nimmt Macrons Polizei Dutzende Schüler fest, www.bild.de, 07.12.2018
 - 22 „Gilets jaunes“ : une note du procureur de la République de Paris préconise de ne lever les gardes à vue qu'après les manifestations, www.francetvinfo.fr, 26.02.2019
 - 23 «Gilets jaunes»: près de 8400 interpellations depuis le début du mouvement, www.lefigaro.fr, 14.02.2019
 - 24 Siehe auch: Sven Wachowiak, *Opération Sentinelle – Wie Frankreichs Anti-Terror-Krieg nach Hause kommt*, IMI-Analyse 2017/36, 30. August 2017
 - 25 Robin Gabaston: Prévoyant, le gouvernement commande des grenades lacrymo pour 4 ans, www.marianne.net, 21.08.2017
 - 26 Guillaume Biet u. Mélanie Nunes, À Notre-Dame-des-Landes, une guerre d'usure oppose désormais gendarmes et zadistes, www.europe1.fr, 17.04.2018
 - 27 Jean-Michel Décugis u. Eric Pelletier, Gilets jaunes : près de 10000 grenades lancées samedi par les CRS à Paris, www.leparisien.fr, 02.12.2018
 - 28 Ministère de l'Intérieur, Rapport relatif à l'emploi des munitions en opérations de maintien de l'ordre, 13.11.2014, S.18
 - 29 Zitat von Oberst Stéphane Fauvelet vom „Centre national d'entraînement des forces de gendarmerie“ (CNEFG), ebd.
 - 30 Caroline Piquet, «Gilets jaunes»: des grenades GLI-F4 sont contestées, on vous explique de quoi il s'agit, www.lefigaro.fr, 07.12.2018 (Update am 11.02.2019)
 - 31 Die Polizeigewerkschaft Vigi beklagt die mangelnde Ausbildung an der Waffe: Um ihren LBD-Befähigungsnachweis zu erlangen oder zu erneuern, müssen Polizisten einmal alle drei Jahre fünf Kugeln auf eine menschliche Attrappe abgeben, wovon drei ins Ziel (Torso oder Extremitäten) treffen müssen. Siehe: Fédération CGT-POLICE, Le scandale de la formation des policiers au „lanceur de balle de défense 40x46“, dit LBD, www.police.cgt.fr, 25.11.2016 (Version von 2016), sowie: Vigi Ministère de l'Intérieur, LBD: le scandale de la formation, vigimi.fr, 21.01.2019 (Version von 2019)
 - 32 Offizieller Twitter-Account der Polizeigewerkschaft „Syndicat VIGI Police Ile-de-France“, twitter.com/syndvigi_pn_idf. Der Tweet wurde authentifiziert durch den Generalsekretär der Gewerkschaft, Alexandre Langlois, im bereits erwähnten Interview mit dem Youtube-Kanal [Thinkerview](https://www.youtube.com/watch?v=tR19_q2ytl8). ↑
 - 33 Zineb Dryef, „David Dufresne, la vigie des violences policières“, www.lemonde.fr, 26.01.2019
 - 34 « Bloquer le complexe militaro-industriel français, c'est bloquer l'économie de mort de ce système », www.bastamag.net, 22.03.2019
 - 35 „Gilets jaunes“: plus de 13.000 tirs de LBD depuis le début du mouvement, www.lepoint.fr, 07.03.2019
 - 36 Ebd.



Nr. 16, März 2019

Sven Wachowiak

Europa und das neoliberale Pilotprojekt Bosnien-Herzegowina:
Krieg – Besatzung – Ausbeutung – Repression

Informationen zu Politik und Gesellschaft
Herstellung, Vertrieb und Analyse aus dem Europäischen Parlament, Herausgegeben von Sabine Lösing, IMI

Hannover, Deutschland
www.guen-gl.eu

Inhaltsangabe

Vorwort
Einleitung

1. Vom NATO-Krieg zum Protektorat
2. Neoliberaler Umbau im Protektorat
3. Assoziierungsabkommen: Fixierter Neoliberalismus und periphere EU-Integration
4. Aufstand im neoliberalen Protektorat: Der bosnische Frühling 2014
5. Weiter wie bisher: Die Reformagenda der Internationalen Gemeinschaft
6. Proteste und (militärische) Kontrollversuche

Fazit

Die Broschüre „Europa und das neoliberale Pilotprojekt Bosnien-Herzegowina: Krieg – Besatzung – Ausbeutung – Repression“ (Informationen zu Politik und Gesellschaft“, Nr. 16, März 2019) wird in Kooperation der IMI mit der Europaabgeordneten Sabine Lösing herausgegeben und kann gratis im Internet heruntergeladen werden. Durch diese Zusammenarbeit kann die Printversion – gerne auch in größerer Stückzahl – auch kostenlos (wahlkampfbedingt nur bis 18. April 2019) via E-Mail bestellt werden:

hannover@sabine-loesing.de oder postalisch bei Europabüro Sabine Lösing; Gosierede 8; 30159 Hannover.

Atommacht EUropa?

Per EU-Teilhabe zur deutschen Atombombe?

von Claudia Haydt

Das Ende des INF-Vertrages hat die Problematik der atomaren Rüstung oder gar eines neuen atomaren Rüstungswettlaufs wieder auf die politische Tagesordnung gebracht. Das Thema war indes, trotz einer vorübergehenden relativen Entspannung zwischen den großen Atommächten, nie ganz von der Tagesordnung verschwunden. In den letzten Jahren wurde jedoch – wenn überhaupt – dann das Atomprogramm Nordkoreas oder ein mögliches Programm des Iran diskutiert. Die in Europa nach wie vor vorhandenen Atomwaffen waren leider nur ein Thema weniger Spezialisten und Aktivisten. US-amerikanische und Europäische Atompläne werden viel zu selten diskutiert, obwohl sie die Gefahr eines Atomkrieges deutlich anheizen. In diesem Kontext könnte auch eine alte Protokollnotiz aus dem Jahr 1974 noch heute eine Rolle spielen und sogar den deutschen Zugriff auf eine „europäische Bombe“ möglich machen. Sie bildet die Grundlage für Bestrebungen, dass sich Deutschland an einer „Europäisierung“ der französischen Atomwaffen beteiligen könnte, wie sie jüngst zum Beispiel vom einflussreichen Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, gefordert wurde: „Die atomaren Einsatz-Optionen Frankreichs sollten nicht nur das eigene Territorium, sondern auch das Territorium der EU-Partner mit abdecken.“ (n-tv, 09.02.2019)

Das Ende des INF-Vertrags

Vorab werde ich kurz auf den INF-Vertrag eingehen: Sein Abschluss 1987 hatte und hat hohe praktische und symbolische Bedeutung. Es ging nicht allein um die Begrenzung, sondern vor allem um den Abzug atomarer Mittelstreckenraketen aus Europa. Betroffen waren Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern. Interkontinentalraketen und taktische Waffensysteme mit kürzerer Reichweite waren von den Regelungen ausgenommen.

Die Mittelstreckenraketen und deren Stationierung waren das zentrale Thema des Rüstungswettlaufs in den 1980er Jahren. Deswegen hatte die Beendung des Wettübens in diesem Bereich eine so hohe Bedeutung. An der Frage der Mittelstreckenraketen bekam der Weg von Abrüstung und Vertrauensbildung praktische Relevanz. Umgekehrt hatte die spätere Entscheidung der USA und der NATO-Staaten, ein System zur Abwehr ballistischer Raketen aufzubauen, eine verheerende Wirkung für die Stabilität dieses Abkommens.

Die Problematik dieses Schrittes lässt sich am besten im Rückgriff auf die Zeit des Schwertkampfes erläutern. Wenn ein Abkommen regelt, welche und wie viele Schwerter jede Seite haben darf, dann bringt der Einsatz von Schilden die Balance aus dem Gleichgewicht. Ohne Schild muss jede Seite die angreift einkalkulieren, dass sie selbst verwundbar ist. Mit einem Schild lassen sich solche Gegenschläge wenigstens teilweise abfangen und offensive Kampfszenarien werden wieder denkbar und gewinnen seit der US-Aufkündigung des Vertrags zum Verbot von Raketenabwehrsystemen im Juni 2002 immer

weiter an Bedeutung. Russland hat zudem den USA vorgeworfen, dass deren Kampfdrohnen zwischenzeitlich so leistungsfähig seien und sie eine so hohe Nutzlast tragen könnten, dass sie de facto eine vergleichbare Wirkung entfalten könnten wie Mittelstreckenraketen. Auf diese und andere Weise, so

der Vorwurf, hätten die USA seit langer Zeit den INF-Vertrag unterlaufen.

Umgekehrt gibt es den Vorwurf an Russland, seinerseits in jüngster Zeit den bodengestützten Marschflugkörper Novator 9M729 (NATO-Name: SSC-8) mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern entwickelt zu haben und dadurch den Westen Europas zu bedrohen. Letzteres war der erklärte Anlass dafür, dass Trump im Oktober 2018 am Rande einer Wahlkampfveranstaltung in Nevada erklärte, der INF-Vertrag wäre nutzlos und die russische Seite hätte ihn ohnehin schon gebrochen. Trump hat dabei vollständig ignoriert, welche hohe symbolische und befriedende Wirkung der Vertrag hat.

Trump zielte bei seinem Vorgehen möglicherweise nicht nur auf Russland, sondern auf den Rivalen China, der nicht von diesem Vertrag erfasst ist, da China 1987 nicht zu den wettürenden Großmächten gehörte. Offensichtlich gibt es die Hoffnung von Teilen der US-Administration, dass nach dem Zerschlagen des INF-Vertrags eine neue Abmachung möglich ist, die auch die chinesische Rüstung reglementiert. Das ist allerdings ein hoch riskanter Schachzug.

Mit der Zerstörung des INF-Vertrags verlieren die USA zusätzlich an Glaubwürdigkeit als Vertragspartner, die ohnehin schon unter anderem durch den Bruch des Abkommens mit dem Iran gelitten hat. Wie stark der Wille der USA zur Einhaltung zukünftiger Verträge ist, darf angesichts dieser und anderer Erfahrungen durchaus hinterfragt werden. In jedem Fall fördert das US-Gebahren die Bereitschaft anderer Länder, sich auf Rüstungskontrollverträge einzulassen, in keiner Weise – im Gegenteil.

Steigende Atomkriegsgefahr

Kurz- bis mittelfristig muss nun mit einer Neustationierung von Atomwaffen in Europa gerechnet werden. Von Seiten der USA wurde dies bereits angedroht und russische Gegendrohungen gibt es ebenfalls. Für die Friedensbewegung mag dies die Mobilisierung gegen den neuen Rüstungswettlauf zwar leichter machen, das ist jedoch angesichts der zunehmenden Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen NATO und Russland ein schwacher Trost.

Wegen der extrem kurzen Vorwarnzeiten beim Einsatz von Mittelstreckenraketen ist schon allein die Gefahr von Unfällen, von Missverständnissen und schlussendlich von versehentlich ausgelösten Kriegen extrem hoch. Dies ist einer der Gründe, warum die so genannte Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock) zurzeit auf 2 Minuten vor 12 steht. So gefährlich haben die beteiligten Wissenschaftler die Weltlage nur einmal zuvor, in den 1950er Jahren, eingeschätzt.

In der deutschen politischen Debatte wurde das Ultimatum an die russische Regierung, innerhalb von 60 Tagen das Novator-Programm einzustellen, als Kompromiss zwischen der US-Position (sofortiger Austritt) und dem Verbleib im INF-Vertrag gefeiert. Die NZZ (5.12.2018) formuliert die Problematik wie



Einer der in Büchel stationierten Tornados, die ggf. US-Atomwaffen ins Ziel bringen würden. Quelle: Wikipedia

folgt: „Eine Kündigung des Abkommens trägt nichts dazu bei, die illegale Stationierung russischer Marschflugkörper mittlerer Reichweite rückgängig zu machen. Im Gegenteil: Moskau könnte dann diese Aufrüstung ganz offen und in weitaus größerem Ausmaß weiterführen.“

Wir erleben im Moment keine Deeskalation, sondern eine gefährliche Eskalation und den Einstieg in einen verstärkten konventionellen und nuklearen Wettlauf. Wer atomar rüstet, begibt sich in die gefährliche militärische Logik, dass die atomare Abschreckung glaubwürdig sein muss. Das heißt: Wer atomar rüstet, muss seine Bereitschaft diese Waffen auch einzusetzen, plausibel erscheinen lassen.

Wenn wir über Atomwaffen reden, dann reden wir wohl über die unmenschlichste Waffe, die jemals erfunden wurde. Deswegen ist die aktuelle Eskalation auch eine, die wir nicht ignorieren dürfen. Wie bereits erwähnt, wurde die Eskalation mit dem Aufbau des NATO-Raketenschildes eingeleitet. In Ramstein befindet sich übrigens das Kommando- und Kontrollzentrum des NATO-Raketenschildes, das ohne die dortige Infrastruktur nicht einsatzfähig wäre.

Global gesehen gibt es mehrere solcher Installationen. Eine relative neue befindet sich in Südkorea (THAAD). An der Positionierung lässt sich auch die Aufgabe dieser Programme ableiten: Es geht um ein militärisches Containment von Russland und China sowie um den Erhalt der US-amerikanischen Interventionsfähigkeit.

Im Kontext dieser Konfrontation tauchen in letzter Zeit immer wieder mediale Impulse auf wie die folgende Überschrift aus der Welt am Sonntag (29.12.2017): „Brauchen wir die ‚EU-Bombe‘?“

Der Artikel erinnert daran, dass der frühere Außenminister Guido Westerwelle den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland gefordert hatte und postuliert, dass daran heute niemand mehr denken würde. Die Autorin, Martina Meister, fordert als Konsequenz aus der Krimkrise und der unkalkulierbaren Politik von Trump, dass Europa atomar auf eigenen Füßen stehen solle.

Die Autorin übersieht dabei, dass die globale Schieflage mit noch mehr Waffen nicht auflösbar ist, sondern allein durch Abrüstung und Vertrauensbildung. Dabei ist es notwendig, an bestehende globale Abrüstungsmechanismen anzuknüpfen und nicht, diese zu zerstören.

Die Grenzen des Nichtverbreitungspaktes

Durch den Nichtverbreitungspakt ist es gelungen, dass eine Reihe von atomaren Schwellenländern auf diese Fähigkei-

ten verzichtet und wie Südafrika sogar auf bereits vorhandene Waffensysteme verzichtet haben. Die Erfahrungen von Schwellenländern, auf Fähigkeiten im Bereich von Massenvernichtungswaffen zu verzichten, sind jedoch nur begrenzt ermutigend, wie man am Beispiel Libyens und Iraks sehen konnte.

Dem Vertrag ist es außerdem nicht gelungen, die vollständige Abrüstung der bisherigen Atomkräfte auch nur in greifbare Nähe zu bringen. Die Federation of Atomic Scientists geht davon aus, dass die USA im Moment im Besitz von 6.550 Atomsprengköpfen sind, und Russland wird ein Bestand von 6.409 zugerechnet. Das sind Bestände, die mehr als ausreichend dafür wären, das menschliche Leben auf der Erde vollständig auszulöschen.

Der Nichtverbreitungspakt ist damit deutlich an seine Grenzen gekommen und er wird etwa durch die Tatsache, dass Deutschland durchaus als atomares Schwellenland bezeichnet werden könnte, weiter strapaziert. Denn Deutschland verfügt über atomwaffenfähiges Material, zivile Atomkraftwerke und Anlagen zur Anreicherung von Uran, die zusammen auch den potentiellen Zugriff auf die Atomwaffe ermöglichen: „Nuclear Power powers The Bomb“, ist der Slogan mit dem die Anti-Atom-Bewegung International auf diese Problematik aufmerksam macht. Allerdings existieren sowohl national als auch international erhebliche Widerstände gegenüber einer rein nationalen deutschen Atombombe, weshalb auf allerlei Wegen versucht wird, sich auf andere Weise einen Zugriff zu verschaffen.

Der Nichtverbreitungspakt wird dabei etwa mit dem Konzept der atomaren Teilhabe vielfach unterlaufen. Dass deutsche Piloten mit deutschen Flugzeugen und in Deutschland gelagerten Atomwaffen deren Einsatz für den Ernstfall üben, ist ein klarer Vertragsverstoß. Trotzdem wird mit Verweis darauf, dass diese Waffen ja im US-Besitz seien, ein deutscher Vertragsbruch zurückgewiesen.

Das Konzept der atomaren Teilhabe ist leider kein Auslaufmodell, sondern eines, das möglicherweise zukünftig auch im Rahmen der EU zum Einsatz kommen könnte. Frankreich ist im Moment im Besitz von 10 Atomwaffen, die von Flugzeugen abgeworfen werden können. 250 der französischen Atomwaffen sind seegestützt und 40 stationäre Interkontinentalraketen. Auf diese Waffen haben manche deutsche Sicherheitspolitiker schon länger ein Auge geworfen, auch um dieses Potential noch auszubauen.

Gefährliche Nachrüstung in Büchel

Im rheinland-pfälzischen Büchel sind 20 US-Atomwaffen gelagert, die bis 2020 ausgetauscht werden sollen. Öffentlich wird von einer Modernisierung dieser Bomben gesprochen. Konkret handelt es sich jedoch um die Stationierung einer neuen Generation von Atomwaffen. Die Einsatzoptionen ändern sich dadurch grundlegend. Momentan sind es verfallende Bomben, deren Einsatz durch die Reichweite der veralteten Trägersysteme – Tornado-Kampfflugzeuge – deutlich begrenzt ist. Die Existenz dieser Waffen in Deutschland ist gefährlich, dennoch ist die Einsatzwahrscheinlichkeit nicht allzu hoch. Bei der neuen Generation B61-12 handelt es sich jedoch um so genannte smarte Bomben, was natürlich nicht bedeutet, dass es klug wäre diese Waffen einzusetzen, sondern dass diese in ihr Ziel gesteuert werden, Bunker brechen können und dass die atomare Sprengkraft skaliert werden kann. 50 Kilotonnen beträgt die maximale Sprengkraft, die minimale 5 Kilotonnen. Letzteres ist dennoch mehr, als in Hiroshima zum

Einsatz kam. Die neuen Bomben wiegen etwa 350 Kilogramm damit gehört diese Waffen nicht zu den Schwergewichten unter den Bomben. Wie bereits erwähnt, gibt es den russischen Vorwurf, dass mit US-Drohnen der INF-Vertrag unterlaufen wird. Angesichts der Nutzlast von über 1.000 Kilogramm, die manche US-Drohnen befördern können, erscheint dieser Vorwurf nicht völlig aus der Luft gegriffen. In einem Artikel im National Interest (9.10. 2018) nennt Zachary Keck die B61-12 „die gefährlichste“ Atomwaffe. Nicht weil sie die größte wäre, denn es gibt Atomwaffen mit deutlich höherer Sprengkraft, sondern weil sie so variabel, vielseitig einsetzbar ist und mit Zielabweichungen von maximal 30 Metern sehr präzise. Damit scheint, aus militärischer Sicht, der Einsatz kalkulierbar und vertretbar. Damit wird die Schwelle für ihren Einsatz deutlich gesenkt und die Idee eines „führbaren“ Atomkriegs ist damit greifbarer als mit der älteren Generation dieser Waffe.

Was bedeutet diese Neustationierung für Deutschland? Bisher wird die Nukleare Teilhabe mit Tornados eingeübt. Deutsche Militärs gehen davon aus, dass die veralteten Tornados spätestens ab 2025 nicht mehr zum Einsatz kommen können. Die Vorstellung von Ursula von der Leyen bestand darin, dass die Eurofighter so umgerüstet werden können, dass sie als Trägersysteme geeignet sind. Eine entsprechende Anfrage beim Pentagon wurde (bisher) allerdings nicht positiv beschieden. Die US-Administration würde gerne eigene Kampfflugzeuge an die Bundeswehr verkaufen, während das Verteidigungsministerium vorzugsweise eigene Trägersysteme entwickelt und einsetzt. Unter der Prämisse, dass die deutsche Regierung nicht auf die atomare Teilhabe verzichten will, stellt sich die Frage, welche Optionen dann weiter verfolgt werden. Am intensivsten wird ein Projekt diskutiert, das im Kontext von PESCO (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) entwickelt wird, das so genannte Future Combat Air System (FCAS). In einer gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung wurde dies bereits zum Thema gemacht und die ersten Entwicklungsverträge wurden im Februar 2019 abgeschlossen. Dieses neue Kampfflugzeug soll nach dem Willen der Beteiligten auch als atomares Trägersystem fungieren können.

Für den Fall, dass US-amerikanische Atomwaffen in das FCAS integriert werden sollen, müssten sämtliche Konstruktionsdetails an die US-amerikanischen Partner übermittelt werden, um eine Zertifizierung zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der rüstungsindustriellen Rivalität von Lockheed Martin und dem europäischen Airbus Konzern, gibt es von Seiten der Industrie einige Vorbehalte gegenüber der Weitergabe sensibler Konstruktionsdaten an die USA.

Eine europäische Atomwaffe?

Eine Lösung für das Dilemma wäre, eine die vollständig in der Hand der europäischen Partner liegt, also europäische Kampfflugzeuge bestückt mit europäischen Atombomben. Dieses Szenario wird von deutschen und französischen Sicherheitspolitikern diskutiert und ist besonders für diejenigen, die eine noch stärkere deutsche Militärmacht favorisieren, attraktiv.

Bevor ich dieses Thema wieder aufgreifen werde, möchte ich kurz an die deutsche Geschichte erinnern. Es ist bekannt, dass es bereits zu Zeiten des Nationalsozialismus Programme gab, um eine deutsche Atomwaffe zu entwickeln. Auch im Nachkriegsdeutschland, unter Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, entwickelten sich wieder atomare Begehrlichkeiten. Glücklicherweise gab es damals renommierte Atomwissenschaft-

ler, die diese Pläne in aller Deutlichkeit öffentlich angriffen. Außerdem gab es damals starken Gegenwind aus Frankreich (Matthew Karnitschnig, German bomb debate goes Nuclear, Politico, 8.3.2018). Charles de Gaulle wollte Frankreich als die zentrale und möglichst auch einzige Atommacht auf dem westeuropäischen Kontinent verankern. In jüngerer Vergangenheit hat sich diese französische Haltung jedoch etwas verändert und der damalige Präsident Sarkozy hatte 2007 ein Angebot an die deutsche Regierung gemacht, über die französische Waffen mit verfügen zu können, im Gegenzug für eine substantielle finanzielle deutsche Beteiligung (Spiegel Online, 15.9.2007).

Damals wurde das Angebot in Berlin nicht positiv aufgegriffen, was sich aber dann vor etwa 2 Jahren durch einen CDU-Politiker änderte. Roderich Kiesewetter fragte den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, ob es völkerrechtliche Hindernisse gäbe, die einer Ko-Finanzierung von Atomwaffen durch Deutschland im Wege stünden (Wissenschaftliche Dienste, Völkerrechtliche Verpflichtungen Deutschlands beim Umgang mit Kernwaffen, 23.5.2017). Die Antwort wurde in Deutschland medial kaum zur Kenntnis genommen. Auch wenn die Idee einer Europäischen Abschreckung „Euro Deterrence“ später von Wolfgang Ischinger und anderen aufgegriffen wurde (Karnitschnig a.a.O.). International gab es einen größeren Widerhall, in der New York Times (5.7.2017) etwa konnte man lesen: „Ein europäisches Nuklearwaffenprogramm wäre legal, besagt eine deutsche Prüfung.“

Das 11seitige Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes kommt zu dem Schluss: „Im Ergebnis schließt die fehlende Staatspraxis eine Möglichkeit zur Finanzierung ausländischer Atomwaffenpotentiale rechtlich nicht aus. Auch aus dem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich derzeit (!) kein Finanzierungs- und Unterstützungsverbot für ausländische Atomwaffenpotentiale.“ Zusätzlich wurde in dem Gutachten die Frage erörtert, ob dies über den EU-Haushalt finanziert werden könnte. Der Wissenschaftliche Dienst wies darauf hin, dass es einen EU-Verteidigungshaushalt, der vergleichbar mit den nationalen Haushalten wäre, nicht gäbe.

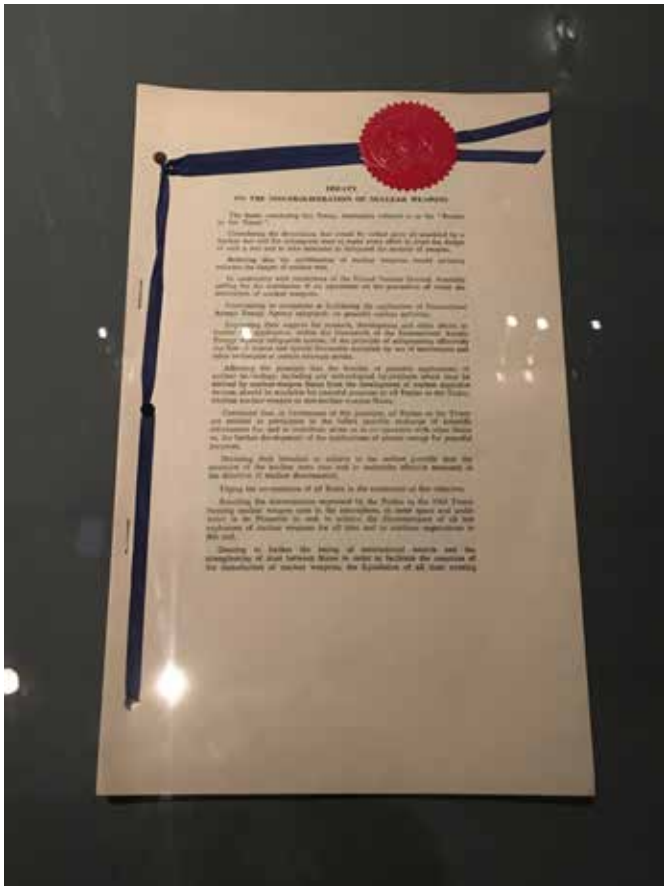
An dieser Antwort zeigt sich, wie dynamisch sich die EU Militärpolitik zur Zeit entwickelt. Der Text wurde 2016 geschrieben. Zwischenzeitlich liegt ein Entwurf für den nächsten mehrjährigen EU-Haushalt (2021-2027) vor, der de facto einen umfangreichen europäischen Rüstungsetat – Verteidigungsfonds genannt – beinhaltet. Über einen Vorläufer wird bereits unter anderem die Erforschung und Entwicklung der waffenfähigen Eurodrohne finanziert und auch für das FCAS gibt es fortgeschrittene Überlegungen, es maßgeblich über den künftigen Verteidigungsfonds mitfinanzieren zu lassen.

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) hat einen ganzen Artikel der Frage gewidmet, ob die Europäische Union eine Nuklearmacht werden könnte (Manuel Lafont Rapnouil et al: Can Europe be a nuclear power? ECFR, 3.9.2018). Die Welt (27.7.2018) geht noch einen Schritt weiter und postuliert: „Eine Nuklearmacht Deutschland stärkt die Sicherheit des Westens“.

Gleichzeitig entsteht mit dem Atomwaffenverbotsvertrag, auf den unten noch weiter eingegangen werden soll, eine völkerrechtliche Grundlage, die eine Finanzierung von Atomwaffen unterbinden würde.

Eine Protokollnotiz als deutsche Hintertür

Eine deutsche Atomwaffe mag für einige Militaristen attraktiv sein, sie würde jedoch schlichtweg zum Kollaps des Nichtver-



Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag aus dem Jahr 1968.

Quelle: Marc Baronnet / Wikipedia

breitungsvertrages führen. Warum wird diese Forderung dennoch aufgestellt? Der Nichtverbreitungspakt wird in Deutschland traditionell Atomwaffensperrvertrag genannt. Das mag auch der Sichtweise derjenigen entsprochen haben, die 1974 den Vertrag ratifiziert haben. Sie sahen ihn teils als Hindernis für den deutschen Zugriff auf die Atombombe.

Der Vertrag verpflichtet zur Einstellung der Produktion von Atomwaffen und zur Auflösung vorhandener Potentiale. Unglücklicherweise geschieht dies aber ohne zeitliche Vorgaben, so dass die gängige Reaktion der NATO-Staaten darin besteht, mindestens so lange Atomwaffen haben zu wollen, wie es noch andere Potentiale gibt. In Artikel 2 werden Nichtatomwaffenstaaten dazu verpflichtet, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen von niemandem mittelbar oder unmittelbar anzunehmen. Das schließt, nicht nur nach meiner Interpretation die Nukleare Teilhabe aus, egal ob im Rahmen der NATO oder der EU.

Weil der Nichtverbreitungspakt einen guten Ansatz hatte, aber nun seit Jahrzehnten stagniert, haben zahlreiche NGOs, aber auch Staaten die Initiative ergriffen, einen zusätzlichen Vertrag zu initiieren, der Atomwaffen vollständig ächtet. Dafür diesen Atomwaffenverbotsvertrag auf den Weg zu bringen, hat ICAN glücklicherweise den Friedensnobelpreis bekommen. Eine Unterzeichnung des Vertrags wird in Deutschland durch eine große Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt (German public rejects nuclear weapons, ICAN, 23.3.2016). Die deutsche Regierung hat jedoch weder an den Verhandlungen über den Vertragstext teilgenommen noch hat sie sich jemals positiv darauf bezogen.

Woher kommt die vehemente Ablehnung dieses Vertrags? Dabei spielt offensichtlich die NATO-Bündnissolidarität eine Rolle, aber möglicherweise auch militaristisches Eigeninter-

esse. Aufschluss darüber kann die Protokollnotiz geben, die Deutschland 1974 bei der Unterzeichnung des Nichtverbreitungspaktes hinterlegt hat.

„The government of the federal Republic of Germany states that no provision of the Treaty may be interpreted in such a way as to hamper the further development of European unification, especially the creation of a European Union with appropriate competence.“

Sinngemäß hält diese Notiz fest, dass keine einzige Regelung des Vertrags so interpretiert werden darf, dass sie eine europäische Einigung und besonders eine Europäische Union mit entsprechenden Atomwaffen-Kompetenzen einschränkt. Eine Protokollnotiz gibt den Rahmen vor, unter dem die Zustimmung zu einem Vertrag stattfindet.

In anderen Worten, alles was Deutschland in Bezug auf den Nichtverbreitungspakt zugesagt hat, verhindert nicht, dass Deutschland im Kontext einer EU-Militärunion auch die (Mit-) Verfügungsgewalt über eine gemeinsame Atomwaffe haben könnte. Mit dieser Notiz hat die damalige deutsche Regierung es ermöglicht, dass Deutschland die Option des Zugriffs auf Atomwaffen nicht vollständig aufgeben musste.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung stand die Atomwaffenfrage dann wieder auf der Tagesordnung. Damals hatte die deutsche Regierung im Rahmen des Zweiplusvier-Vertrags wiederum zugesagt, keine Atomwaffen anschaffen zu wollen. Das wurde ergänzt um die Passage: „Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag für Nichtverbreitung von Kernwaffen ... für das vereinte Deutschland fort“.

Das bedeutet auch, dass im de facto Friedensvertrag Deutschlands nicht nur der Nichtverbreitungspakt, sondern auch die zugehörige Protokollnotiz fortgilt. Damit bleibt die Option einer europäischen Atomwaffe mit substantiellem deutschem Zugriff auf der Tagesordnung.

Deutsche und EU-Atomwaffen stoppen!

Gleichzeitig erklärt dies auch die deutsche Ablehnung des Atomwaffenverbotsvertrags. Am 7. Juli 2017 wurde dieser Vertrag mit großer Mehrheit bei den Vereinten Nationen angenommen. Er enthält ein vollständiges Verbot der Lagerung, der Produktion, des Einsatzes, des Transports und selbst der Finanzierung von Atomwaffen. Sobald 50 Staaten diesen Vertrag ratifiziert haben, tritt er in Kraft – Stand März 2019 haben ihn 70 Staaten unterzeichnet und 22 ratifiziert.

Wenn er rechtlich verbindlich wird, dann sind die heutigen Atomwaffenpotentiale noch nicht aufgelöst, aber es wird zunehmend schwieriger werden Atomwaffen zu entwickeln, sie zu transportieren oder ihren Einsatz zu üben. Sollte Deutschland den Vertrag ratifizieren, müssten die US-Atomwaffen abgezogen werden, europäische Optionen wären vom Tisch, Transporte durch den deutschen Luftraum und die Finanzierung von Atomwaffen durch deutsche Finanzinstitute wären rechtswidrig. Insgesamt ist die Mobilisierungsfähigkeit für diesen Vertrag in der Gesellschaft sehr hoch. Diesen Rückenwind müssen wir für eine weitere Mobilisierung nutzen, denn der Vertrag ist notwendig, um aus den Träumen der deutschen Militaristen keine realen Alpträume werden zu lassen.

Bei diesem Artikel handelt es sich um eine aktualisierte Variante des Vortrags „Atomare Aufrüstung und aufkeimender Widerstand“, der auf dem letzten IMI-Kongress gehalten wurde.

Rule Britannia?

Brexit, Global Britain und Post-imperiale Hybris

von Jürgen Wagner

[*Herrsche, Britannia! Britannia beherrsche die Wellen;*] (Rule Britannia, inoffizielle Nationalhymne, 1740)

Unter dem Schlagwort „Global Britain“ unternimmt die britische Regierung seit einiger Zeit beträchtliche Anstrengungen, einem machtpolitischen „Brexit-Kater“ zu entgehen, indem sie buchstäblich in die Offensive geht. Obwohl der erstmals bereits im Oktober 2016 von Premierministerin Theresa May ins Spiel gebrachte Begriff die aktuelle Debatte um die künftige britische Rolle in der Welt maßgeblich prägt, wurde dennoch vielfach seine Schwammigkeit beklagt.

Vor diesem Hintergrund begann die neokonservative „Henry Jackson Society“ (HJS) mit ihrem „Project for Democratic Geopolitics“ vor einiger Zeit damit, sich um die Operationalisierung des Begriffs „verdient“ zu machen. Im Rahmen ihres „Global-Britain-Programms“ tritt die Organisation vor allem für ein machtpolitisch deutlich „selbstbewussteres“ Auftreten des Landes ein. Augenscheinlich handelt es sich hier um einen schlimmen Fall post-imperialer Hybris: Auf welcher Basis auch immer sieht die HJS das Land als einen machtpolitischen Koloss, der nun, da dem britischen Gulliver nicht mehr durch die machtpolitische Kleingeistigkeit der EU die Fesseln angelegt seien, endlich seine volle Stärke ausspielen könne und müsse.

Die Liste der daraus abgeleiteten Forderungen ist lang: Sie reicht von einer massiven Erhöhung des Militärhaushaltes über die Ausweitung der militärischen Präsenz (insbesondere im Indo-pazifischen Raum) bis hin zur Anschaffung neuer Kriegsschiffe. Für sich genommen wäre diese Wunschliste einer ultramilitaristischen Denkfabrik womöglich nur am Rande bemerkenswert – regelrecht bedrohlich wird sie aber dadurch, dass sich Verteidigungsminister Gavin Williamson augenscheinlich auf die Fahnen geschrieben hat, die HJS-Vorschläge Schritt für Schritt in die Praxis umzusetzen. Den Auftakt machte er dabei Ende letzten Jahres mit einem Interview, in dem er die Einrichtung zweier neuer Militärbasen ankündigte, woraufhin er am 11. Februar 2019 mit einer programmatischen Grundsatzrede beim „altehrwürdigen“ „Royal United Services Institute“ (RUSI) nachlegte, in der er u.a. die geplante Neuananschaffung von Kriegsschiffen und ihre Verlegung in den Indo-pazifischen Raum bekanntgab.

Hinter diesen Bestrebungen steht eine Reihe von Motiven, die zusammen einen toxischen Mix ergeben, der vor allem die Gefahr von Konflikten mit China deutlich vergrößert. *Erstens* will die Regierung mit dieser Dampfplauderei ihrer Bevölkerung angesichts des bevorstehenden Brexits Vertrauen in die Fähigkeit und Stärke des eigenen Landes vermitteln; *zweitens* spielen aber auch sehr viel handfestere Überlegungen eine wichtige Rolle: Den drohenden Einbruch u.a. im Handel mit den EU-Märkten vor Augen, wird offen der Überzeugung Ausdruck verliehen, eine erhöhte Militärpräsenz im Wachstumsmarkt Ostasien werde sich auch „positiv“ auf die britischen Handelsinteressen in der Region auswirken; *drittens*

hängt damit eine generelle Überzeugung zusammen, die „Regelbasierte Weltordnung“ („rule-based international order“), die sich für das Land als so überaus profitabel erwiesen hat, sei durch Russland, insbesondere aber durch China fundamental bedroht, weshalb Großbritannien als ihr „Wäch-

ter“ zu ihrer Verteidigung aufgerufen sei; und schließlich paart sich dies, wie bereits angedeutet, *viertens* mit einer Art post-imperialen Hybris, in der bar jeder realen Grundlage versucht wird, an die vermeintliche Gloria längst vergangener Zeiten anzuknüpfen.

Speziell Verteidigungsminister Gavin Williamson scheint wild entschlossen zu sein, den Geist des untergegangenen Imperiums wiederbeleben zu wollen. Überdeutlich wurde dies, indem er sich für sein Interview Ende letzten Jahres mit allen Insignien – vergangener – britischer Macht abbilden ließ, um seine Vision eines Globalen Britanniens unmissverständlich in die bevorzugte Traditionslinie zu stellen: Empire statt EU lautet die Devise: „Eine imperiale Nostalgie hat die ganze Zeit den Druck auf einen Brexit überschattet. Brexit-Hardliner beschworen Visionen eines Großbritanniens herauf, das seine einstige Pracht wiederherstellen könne, sobald es sich von den bürokratischen Fesseln der EU befreit hat; Regierungsmitglieder sprachen von einem ‚Empire 2.0‘, das auf neuen Handelsverträgen mit Commonwealth-Ländern fußt.“¹

1. Das Global-Britain-Programm der Henry Jackson Society

Nachdem Theresa May den Begriff „Global Britain“ im Oktober 2016 in die Welt gesetzt hatte, ging zunächst einmal das Rätseln los, was denn damit gemeint sein soll – ihre Ausführungen dazu ließen jedenfalls viele Fragen offen.² So merkte auch ein Bericht des Auswärtigen Ausschusses des britischen Parlaments im März 2018 an, die am häufigsten zu vernehmende Kritik laute folgendermaßen: „Das einzige, was bezüglich Global Britain klar ist, ist dass es unklar ist, was es bedeutet, für was es steht und wie sein Erfolg gemessen werden soll.“³

Um hier Abhilfe zu schaffen und um den Begriff im eigenen Sinne aufzuladen, startete die „Henry Jackson Society“ bereits im Herbst 2017 ihr „Global-Britain-Programm“, über das es auf der entsprechenden Webseite heißt: „Das Programm zielt darauf ab, die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit für eine offene, selbstbewusste britische geopolitische Strategie im 21. Jahrhundert aufzuklären – unter Rückgriff auf die einzigartigen britischen Stärken nicht nur als Verfechter des Liberalismus und der nationalen Demokratie, sondern auch als Wächter sowohl über die europäische als auch die internationale Ordnung.“⁴

Von insgesamt zehn Publikationen⁵, die bislang in dieser Reihe erschienen sind, werden im Folgenden vor allem fünf näher betrachtet, die nahezu das gesamte Spektrum der Debatte abdecken. Sie beschäftigen sich mit den aktuellen machtpolitischen Kapazitäten des Landes (HJS0⁶), der Rolle des Indo-Pazifiks im Rahmen von Global Britain (HJS1⁷) und der generellen Bedeutung der Region (HJS2⁸) sowie mit der Rolle „ziviler“ (HJS3⁹) und militärischer (HJS4¹⁰) Mittel zur Durchsetzung der mit Global Britain verwobenen Interessen.

Henry Jackson Society: Gut vernetzte Hardliner

Die 2005 gegründete und mit engen Kontakten vor allem zu den konservativen Tories ausgestattete „Henry Jackson Society“ war von Anfang an sowohl national wie auch international bestens vernetzt. Zu den „internationalen Schirmherren“ zählte nahezu alles, was damals unter den US-Neokonservativen Rang und Namen hatte. Bis heute finden sich so ausgewiesene Hardliner wie Max Boot, Bruce P. Jackson, Robert Kagan oder William Kristol unter den internationalen Förderern. Zu den britischen Unterzeichnern der Grundsatz-erklärung zählen neben Vertretern des Militärs, diverser Denkfabriken und der Presse (die Times ist allein dreimal vertreten), vor allem eine ganze Reihe aktueller und ehemaliger Parlamentsabgeordneter.

Von den insgesamt 20 Parlamentariern der beiden größten Parteien haben Tory-Vertreter mit 12 zwar das deutliche Übergewicht, aber es fanden sich eben auch acht Labour-Abgeordnete dazu bereit, das sich hinter der „Grundsatz-erklärung“ („Statement of Principles“) verbergende Plädoyer für einen „robusten Kapitalismus“ zu unterzeichnen.

Ganz ohne Ironie wird darin ein „dreifaches Hurra auf den Kapitalismus“ ausgerufen, weshalb auch betont wird, dass „nur moderne liberale Demokratien als legitim gelten können.“ Ferner wird der „Aufrechterhaltung eines starken Militärs“ und der „militärischen Modernisierung“ hohe Priorität eingeräumt.

Obwohl von Anfang an weit in der rechten militaristischen Ecke platziert, schaffte es die „Henry Jackson Society“ über die Jahre noch weiter an den braunen Rand zu rücken. Die ausführlichste „Würdigung“ der Organisation kritisiert, vor allem seit der Aufnahme des „Centre for Social Cohesion“ im Jahr 2011 hätten sich vor allem islamophobe Tendenzen noch einmal deutlich verschärft. Dennoch gilt die „Henry Jackson Society“ heute als der „führende Vertreter des Neokonservatismus im Vereinigten Königreich.“¹

Anmerkung

- 1 Griffin, T, Aked, H, Miller, D & Marusek: The Henry Jackson Society and the degeneration of British neoconservatism, Public Interest Investigations, Glasgow 2015, S. 5.

Rangliste geopolitischer Machtkapazitäten

1. USA	100%
2. Großbritannien	57,1%
3. China	56,9%
4. Frankreich	52,6%
5. Deutschland	49,4%
6. Kanada	46,5%
7. Japan	48,2%
8. Australien	42,3%
9. Indien	38,1%
10. Russland	37,9%
11. Südkorea	37,4%
12. Italien	36,5%
13. Brasilien	33,2%
14. Südafrika	30,1%
15. Argentinien	29,0%
16. Indonesien	28,5%
17. Türkei	26,4%
18. Mexiko	26,0%
19. Saudi-Arabien	24,3%
20. Nigeria	21,8%

Quelle: Rogers, James: *Audit of Geopolitical Capability 2019: An Assessment of Twenty Major Powers*, Henry Jackson Society, 4th January 2019, S. 28 (zit. als HJS0)

Verfasst wurden die Berichte in unterschiedlichen Kombinationen vom konservativen Parlamentsabgeordneten Bob Seely, der auch Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ist und sich bislang vor allem durch anti-russische Pamphlete bemerkbar machte.¹¹ Der nächste im Bunde ist John Hemmings, Direktor des „Asia Studies Centre“ der „Henry Jackson Society“, der zuvor u.a. vier Jahre beim RUSI beschäftigt war. Und schließlich wäre da noch HJS-Mitbegründer James Rogers, der jahrelang auf die europäische Strategiedebatte über die von ihm mit ins Leben gerufene „Group on Grand Strategy“ einen relevanten Einfluss hatte, sich nun aber - den Brexit vor Augen - wieder verstärkt nationalen Themen zugewendet hat.¹²

Die Berichte werden, unter anderem weil ihnen von namhaften Personen Gewicht verliehen wird, relativ breit rezipiert. So werden etwa in einem von Hemmings und Rogers verfassten Pamphlet zwei Admiräle und ein Vizeadmiral prominent am Anfang platziert, die sich voll des Lobes über die im Folgenden aufgetischten Forderungen der beiden Autoren äußern. Ein anderer Bericht von Seely und Rogers wurde sogar mit einem Vorwort des weiterhin einflussreichen Ex-Außenministers Boris Johnson „geadelt“. Und für die „Flaggschiff-Publikation“ des Global-Britain-Programms, den „Audit of Geopolitical Capability“ legten sich gleich fünf Parlamentarier im Vorwort ins Zeug, um seine zentrale Aussage dem heimischen Publikum anzuempfehlen.

1.1 Großbritannien: Der entfesselte Gulliver

Ausgangspunkt aller Überlegungen im Rahmen von Global Britain ist die „Analyse“ – oder besser: die Behauptung –, das Land verfüge weiterhin über umfassende Machtressourcen,

die es ihm ermöglichen, das internationale Umfeld entlang der eigenen Interessen zu beeinflussen, wenn nicht gar zu formen. Dies war bereits das Ergebnis der ersten „Audit of Geopolitical Capability“ im Jahr 2017, bei der eine Reihe von Kriterien zusammengeleimt wurden, die am Ende das Resultat ergaben, dass Großbritannien hinter den USA das zweitmächtigste Land der Erde sei.¹³ Auch die neueste „Audit-Fassung“ vom Januar 2019 kommt zu demselben Ergebnis: Die Macht des Westens sei (nahezu) ungebrochen, er „verfügt weiterhin über einen substantiellen Vorsprung über die auftauchenden Rivalen.“ (HJS0: 3) Der allenthalben angestimmte Katzenjammer vom Abstieg des Westens, „deklinitische Narrative“ also, seien deshalb „ziemlich überzogen.“ (HJS0: 3)

Natürlich ist es der Sinn und Zweck dieser Übung nahezu-legen, dass Großbritanniens auch ohne die EU machtpolitisch in der Lage sei, seinen Interessen auf globaler Ebene Geltung zu verschaffen. Um darüber keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, wird im „Audit“ auch noch einmal prominent ein Zitat von Alan Mendoza, dem geschäftsführenden HJS-Direktor platziert: „Es gibt endloses Gerede darüber, dass die Tage Großbritanniens als einer Großmacht nach einem Brexit gezählt seien. Tatsächlich bleiben wir das zweitmächtigste Land der Erde [...]. Nun benötigen wir eine Global-Britain-Strategie, um dieser Realität zu entsprechen und um ein Sprungbrett für künftigen nationalen Erfolg in der Brexit-Ära bereitzustellen.“¹⁴

Mehr noch: Es wird alles daran gesetzt, um aus der sich abzeichnenden Brexit-Not eine machtpolitische Tugend zu konstruieren: „Es ist wahr, dass es mannigfaltige Herausforderungen gibt und keine einfachen Alternativen zum Zugang zum EU-Binnenmarkt existieren. Aber [...] dem Vereinigten König-

reich verhilft dies auch zu einer einmaligen Chance, seine außenpolitische Herangehensweise an die Welt zu überdenken und gezielt einen neuen Ansatz zu verfolgen, der eher den heutigen Zeiten entspricht.“ (HJS1: 5) Und weiter: „Die historisch bedeutsamste Auswirkung des Brexits besteht darin, dass das Vereinigte Königreich seine Seemacht wiederaufbauen kann – sowohl seine kommerzielle wie auch seine maritime.“ (HJS1: 6)

Ausgehend von der Behauptung also – zur Kritik siehe dann unten – einer nahezu ungebrochenen Machtfülle und einer sich durch den Brexit auftuenden Gelegenheit sieht die „Henry Jackson Society“ die britische Hauptaufgabe darin, zur „Verteidigung“ der „Regelbasierten Weltordnung“ des Westen beizutragen. Und natürlich soll das Land hierfür auch entsprechend hochgerüstet sein: Nahezu jeder HJS-Bericht fordert eine Erhöhung der britischen Militärausgaben von aktuell etwa 2% des BIP auf 3% - in Zahlen für 2018 also ein Anstieg von ca. 61,5 Mrd. Dollar auf etwa 88 Mrd. Dollar.¹⁵

1.2 „Wächter“ der Regelbasierten Weltordnung

Großbritannien sei, so also eine immer wiederkehrende Kernaussage, ein „Wächter der Regelbasierten Ordnung“ (HJS3: 32). Dabei handele es sich um das vom Westen geschaffene Geflecht internationaler Organisationen und rechtlicher Rahmenbedingungen, die über viele Jahre das internationale Geschehen dominiert hat. Kurz gesagt – soviel an Kritik schon einmal vorneweg: Die „Regelbasierte Weltordnung“ repräsentiert die wesentlichen Elemente der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung mit den ihr eingeschriebenen Profit-, Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen.

Diese Struktur sei nun gefährdet: „Als Wächter der Regelbasierten Ordnung kommt Großbritannien eine Rolle zu, Versuchen derjenigen entgegenzutreten, die die Regeln unterminieren möchten, auf denen die Welt fußt.“ (HJS2: 3)

Diese „Herausforderung“ wird, ganz üblich im aktuellen Diskurs, dann eingeordnet in eine Art neuen Kalten Krieg, der nun zwischen „Demokratien“ und „Autokratien“ ausgefochten werde: „Trotz aller Hoffnungen in den 1990ern befinden wir uns heute in einem globalen Kampf um Einfluss zwischen liberalen Demokratien und neoautoritären Staaten [...]. Die Welt befindet sich erneut in einer Ära der permanenten Konkurrenz und der Stellvertreterkriege.“ (HJS3: 17 und 22)

In Wahrheit sehen sich hier weniger „demokratische“ und „autoritäre“, sondern „neoliberale“ und „staatskapitalistische“ Kontrahenten gegenüber, wobei sich die Konflikte aus den an die jeweiligen Interessen angepassten unterschiedlichen „Regelsets“ ergeben: „Großbritannien ist am Regelbasierten internationalen System gelegen [...]. Chinesische Alternativen wären nicht im britischen Interesse.“ (HJS1: 4)

Zustimmend wird in einer der HJS-Publikationen in diesem Zusammenhang aus dem „National Security Capability Review“ vom März 2018 zitiert, in dem es heißt: „Als Global Britain [...] verfechten wir das regelbasierte System, das in unserem Interesse als einer globalen Handelsnation ist und dem vitale Bedeutung zukommt, nachdem geopolitische Auseinandersetzungen zunehmen.“ (zit. bei HJS2: 7)

1.3 Ostasien: Zukunft der Geopolitik

Mit Blick auf Russland wird zwar die Ukraine als „ein ‚Frontstaat‘ im Kampf zwischen liberalen Demokratien und dem Autoritarismus“ bezeichnet (HJS3: 33). Es ist aber vor

allem eine Region, der die HJS in fast allen Publikationen die meiste Aufmerksamkeit schenkt: Ostasien. Die Region biete sich als Alternative zum Zugang zum EU-Binnenmarkt regelrecht an: „Trotz der Gefahren und Herausforderungen in der Peripherie des Vereinigten Königreichs wie Russland und der Mittlere Osten ist es eine Tatsache, dass die Zukunft des globalen Handels, der globalen Geopolitik und der globalen Macht nach Asien hintendiert und Großbritannien sich dem hinwenden oder es riskieren muss, außen vor zu bleiben.“ (HJS1: 11) Gleichzeitig wird betont, dass

es dabei durchaus ruppig zugehen kann: „Allerdings, sollte sich Global Britain Asien zuwenden, und sollte es dies über das Meer tun, wird es einen Raum vorfinden, der zunehmend umkämpft ist.“ (HJS1: 14)

Neben seiner generell wachsenden Bedeutung wird vor allem die zentrale Rolle einer Großregion innerhalb Ostasiens hervorgehoben: „Das Südchinesische Meer ist von zentraler Bedeutung für die sogenannte ‚Royal Route‘, eine der weltweit wichtigsten maritimen Kommunikationslinien, mit der sich umfangreiche britische Interessen verknüpfen.“ (HJS2: 8) Nahezu ein Drittel des weltweiten maritimen Handels (3,37 Bio. Dollar) würden jährlich das Südchinesische Meer passieren, ob also das dortige Geschehen im Sinne der eigenen Interessen gestaltet werden könne „markiert einen Lackmusest für die Haltbarkeit der regelbasierten Ordnung.“ (HJS2: 22)

China sei in diesem Zusammenhang als „revisionistische“ Macht einzustufen: „Was ist also das Ziel der Volksrepublik China im Südchinesischen Meer? [...] Es ist zunehmend offensichtlich geworden, dass Peking die Souveränität über den internationalen Raum entlang der gesamten Küstenlinie, über die unterseeischen Ressourcen und die maritimen Kommunikationslinien, die hindurch verlaufen, erlangen will.“ (HJS2: 12) Um dieses Ziel zu verwirklichen, wird China – in einem völlig schrägen Vergleich – vorgeworfen, „sehr viel sorgsamer, als dies Berlin 1938 tat, eine ‚Salamitaktik‘ anzuwenden.“ (HJS2: 22)

Um dem einen Riegel vorzuschieben und um der – im Zuge des Brexits noch einmal gewachsenen – Bedeutung Ostasiens für die britischen Interessen Rechnung zu tragen, bedürfe es einer größeren Militärpräsenz in der Region: „Aus Sicht des Nexus Wirtschaft-Strategie werden sich Länder rund um das Südchinesische Meer [...] eher auf eine dauerhafte und lukrative Handelspartnerschaft mit dem Vereinigten Königreich einlassen, wenn die Royal Navy in der Lage ist, ihre Sicherheit deutlich robuster zu untermauern.“ (HJS2: 16)

1.4 Ausbau der Militärpräsenz im Indo-Pazifik

Auch HJS-Mitbegründer James Rogers betont die allgemeinen Vorteile einer militärischen Präsenz in der Region: „Sollte das Vereinigte Königreich seinen Einfluss im Indo-Pazifik aufrechterhalten wollen, muss es [...] eine dauerhaftere militärische Präsenz in der Region haben.“ (zit. bei HJS1: 27) Konkret diene eine Militärpräsenz folgenden beiden Gründen: „Erstens, und am wichtigsten, verteidigt das Vereinigte Königreich die

Anteil Asiens am Weltsozialprodukt

1700	60%
1870	38%
1950	18%
1980	19%
2010	28%
2030	40%
2050	52%

*Hemmings, John:
Global Britain in the
Indo-Pacific, Henry
Jackson Society, 22nd
May 2018, S. 12 (zit.
als HJS1)*

Land	Anteil am Welt-Bsp	Handel durch Südchin. Meer	Anteil am Gesamthandel
China	14,8%	\$1470 Mrd.	39,5%
Indien	2,99%	\$189 Mrd.	30,6%
Brasilien	2,37%	\$77,3 Mrd.	23,4%
Japan	6,53%	\$240 Mrd.	19,1%
Großbritannien	3,46%	\$124 Mrd.	11,8%
Frankreich	3,26%	\$83,5 Mrd.	7,77%
USA	24,5%	\$208 Mrd.	5,72%

Quelle: Seely, Bob/Rogers, James: *Global Britain: A Twenty-First Century Vision*, Henry Jackson Society, 11th February 2019, S. 23 (zit. als HJS3)

Regelbasierte Weltordnung und China scheint der wahrscheinlichste – und fähigste – Kandidat, um sie in einer Weise radikal zu ändern, die nicht im britischen Interesse ist. Und zweitens ist [Chinas] Militarisierung des Südchinesischen Meeres, einer zentralen Handelsroute, nicht nur ein Symptom für die Herausforderung dieser Regelbasierten Ordnung; sie kollidiert auch direkt mit britischen Handelsinteressen (etwa 12% des britischen Handels durchquert diese Wasserstraße).“ (HJS1: 22)

Direkt wird daraufhin unter anderem die dauerhafte Verlegung des Flugzeugträgers HMS Queen Elisabeth vorgeschlagen, wobei auf die britische Basis in Duqm (Oman) zurückgegriffen werden könne: „Bei voller Einsatzbereitschaft 2020-2021 wird die HMS Queen Elisabeth, mit 70.000 Tonnen der größte Flugzeugträger der je für die Royal Navy gebaut wurde, zusammen mit der US Gerald Ford der mächtigste konventionelle Militärapparat sein, der jemals zur See gelassen wurde. Die HMS Queen Elisabeth zusammen mit einer Eskortgruppe – Zerstörer, Fregatten, atomaren U-Booten und Hilfsschiffen – ins Südchinesische Meer zu entsenden wäre eine machtvolle Demonstration nicht nur der globalen Reichweite der Royal Navy, sondern auch der Bereitschaft und Entschlossenheit des Vereinigten Königreichs das Seerecht aufrechtzuerhalten und der Regelbasierten Weltordnung Nachdruck zu verleihen.“ (HJS2: 17)

Ferner wird der Ausbau bereits existierender wie auch die Einrichtung neuer Militärbasen in der Region gefordert: „In der Zukunft könnte die Royal Navy ihren Marinestützpunkt in Sembawang in Singapur ausbauen, um so dauerhaft mit Fregatten und/oder militärischen atomaren U-Booten in Südostasien operieren zu können. Zusätzliche Marine- oder Logistikstützpunkte könnten – mit deren Einverständnis – auch entweder in Malaysia oder Australien eröffnet werden, um so dem jeweiligen Land dabei zu helfen, schneller auf humanitäre Katastrophen (Taifune, Erdbeben, etc.) reagieren zu können.“ (HJS4: 14) Generell sei anzustreben, die „Zahl der Kriegsschiffe zu vergrößern, um eine dauerhaftere britische maritime Präsenz im Indo-Pazifik zu ermöglichen.“ (HJS2: 23)

Besonders zwei Maßnahmen müsse die Royal Navy umsetzen: Erstens gelte es mittels häufigerer „Freedom of Navigation Operations“ (FONOPS) die Freiheit der Seeschifffahrt zu gewährleisten, die seitens Chinas massiv eingeschränkt werde (HJS2: 19); und zweitens solle sich Großbritannien Partner suchen, um in „Freedom of Navigation Exercises“ (FoneXs) auf das „Recht“ auf uneingeschränkte Manöver zu pochen. Vor allem die „Quad“ (USA, Indien, Japan und Australien) böte sich hierfür an (HJS2: 19) – aber auch eine „Entente mit Frankreich“, das ebenfalls großes Interesse an einem größeren militärischen „Fußabdruck“ in der Region habe, wird explizit ins Spiel gebracht (HJS1: 30).

2. Gavin Williamson auf imperialer Mission

Den „Global-Britain-Publikationen“ der „Henry Jackson Society“ wurde sowohl in der Tagespresse¹⁶ als auch im Fachdiskurs, etwa beim RUSI¹⁷, reichlich Beachtung geschenkt. Ihre ultimative „Adelung“ erfuhren sie aber, indem ihre Kernforderungen von Verteidigungsminister Gavin Williamson aufgegriffen und teils bereits in die Praxis umgesetzt wurden. Ob sich Williamson dabei direkt aus dem HJS-Fundus bedient hat, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit nachweisen – die Überschneidungen sind aber doch so weitgehend, dass eine Reihe von Beobachtern davon ausgeht, dass dies der Fall war.¹⁸

Seine Sichtweise auf die aktuelle Lage legte Williamson, über den sich hartnäckig Gerüchte halten, er strebe an, Theresa May als nächster Tory-Führer zu beerben, vor allem in einem Interview Ende letzten Jahres (GW1¹⁹) und einer Grundsatzrede im Februar 2019 (GW2²⁰) dar. Ihnen sind die Zitate des folgenden Kapitels sofern nicht anders gekennzeichnet entnommen, die – egal ob bewusst oder unbewusst – tatsächlich auffällig große Schnittmengen mit den aggressiven Ergüssen aus dem Hause der „Henry Jackson Society“ aufweisen.

2.1 Großbritannien in der Blüte der Macht

Auch Gavin Williamson legt ein ganz sonderbares – und dazu noch reichlich verklausuliertes – Verständnis über die aktuell herrschenden internationalen Machtverhältnisse an den Tag: „Der Rest der Welt sieht uns als machtpolitische zehn – während wir tatsächlich eine sechs sind; und die Briten selbst sich als eine fünf betrachteten, nicht als sechs und sicher nicht als zehn.“ (GW1) Williamson versucht hier wohl recht umständlich zu postulieren, dass Großbritanniens Potenzial weit über die im Land verbreitete Eigeneinschätzung hinausreichen würde – eine Bewertung, die er augenscheinlich mit der „Henry Jackson Society“ teilt. Hier dürfte auch eine der Ursachen dafür liegen, dass sich der britische Verteidigungsminister standhaft einzubilden scheint, dass andere Länder „auf uns blicken, damit wir die moralische Führung, die militärische Führung und die globale Führung übernehmen.“ (GW1)

Aus Williamsons Sicht ist ebenfalls die EU dafür verantwortlich, dass Großbritannien lange nicht in der Lage war, sein Potenzial zu realisieren: „Über eine so lange Zeit – buchstäblich für Jahrzehnte – wurde unsere nationale Betrachtungsweise durch die Linse der Europäischen Union eingefärbt.“ (GW1) Sollte dies nach einem Brexit nicht länger der Fall sein, würden sich aus Sicht des Verteidigungsministers immense Chancen eröffnen: „Ich bin der Überzeugung, dass sich Großbritannien eine der größten Gelegenheiten der letzten 50 Jahre eröffnet, um seine Rolle neu zu bestimmen.“ (GW2)

Eine neue Standortbestimmung sei auch bitter nötig, so eine weitere Aussage: „Unsere Gegner nutzen in zunehmendem Ausmaß Cyberangriffe, Subversion und Informationsoperationen, um uns und die Regelbasierte Internationale Ordnung herauszufordern.“ (GW2) Aus diesem Grund sei es Zeit für einen machtpolitischen Befreiungsschlag: „Im Zeitalter der Großmächtauseinandersetzungen können wir uns nicht einfach damit zufriedengeben, unseren eigenen Hinterhof zu beschützen. Das Vereinigte Königreich ist eine globale Macht mit wirklich globalen Interessen. [...] Und nachdem das neue Große Spiel auf einem globalen Spielbrett ausgetragen werden wird, müssen wir darauf vorbereitet sein, um um unsere Interessen und Werte weit entfernt der Heimat zu ringen.“ (GW2)

Und natürlich benennt Williamson auch das vorrangige

Instrument hierfür: „Unser Augenblick ist gekommen, einmal mehr dieser globale Akteur zu sein – und ich bin der Ansicht, dass die Streitkräfte dabei eine wirklich wichtige Rolle spielen.“ (GW1)

2.2 Neue Militärbasen für das Empire

Mit der 1968 angeordneten und bis 1971 vollzogenen Schließung einer Reihe von Militärbasen im Mittleren Osten galt nach allgemeinem Verständnis der Untergang des British Empire bzw. seine Ablösung durch die USA als besiegelt. Dieser Stachel sitzt augenscheinlich noch bis heute tief und immer wieder werden Forderungen erhoben, den verlorenen Boden wieder gut zu machen.²¹

Tatsächlich unterhielt Großbritannien trotz des Teilrückzugs Anfang der 1970er ohnehin weiter eine Reihe von Militärbasen rund um den Globus – etwa auf den Falkland Inseln, Zypern, Gibraltar und im Indischen Ozean (Diego Garcia). Und auch der Ausbau des „Fußabdrucks“ ist schon einige Zeit im Gange, wie unter anderem auch aus Reihen der „Henry Jackson Society“ bestätigt wird: „Tatsächlich ist Großbritannien mit der Eröffnung einer neuen Marinebasis in Bahrain und einem Logistikstützpunkt im Oman schon seit einem Jahrzehnt dabei, sich ‚östlich von Suez‘ neu aufzustellen.“ (HJS2: 7)

Verteidigungsminister Williamson hat sich augenscheinlich vorgenommen, den Ausbau der derzeitigen Präsenz weiter voranzutreiben. Als Begründung nannte er dabei in entlarvender Offenheit den Zusammenhang von ökonomischen Interessen im Indo-Pazifik und ihrer „notwendigen“ militärischen Absicherung: „Wir sind der zweitgrößte Auslandsinvestor in dieser Region. Wenn wir also dort ökonomische Interessen haben, haben wir dort auch militärische Interessen.“ (GW1) In diesem Sinne hatte der britische Verteidigungsminister bereits Ende 2018 angekündigt zwei neue Militärbasen, eine in der Karibik und eine im Indo-Pazifik errichten zu wollen. Als mögliche Standorte nannte er „Singapur oder Brunei im Südchinesischen Meer und Montserrat oder Guyana in der Karibik.“ (GW1)

In Singapur unterhält Großbritannien bereits einen Logistikstützpunkt und Brunei ist Sitz eines Gewehrregiments der britischen Armee, der „Royal Gurkha Rifles“, sowie einer Ausbildungsstätte zum Dschungelkampf („Jungle Warfare Training School“). Insofern handelt es sich bei den aktuell ventilerten Überlegungen im engeren Sinne tatsächlich nicht um neue Militärbasen, sondern um einen Ausbau der bisherigen Präsenz – auch wenn das Ganze dadurch nicht wirklich unproblematischer wird: „Eine ‚neue Militärbasis‘ in Brunei wäre somit nichts vollständig neues, aber sie würde die britische Präsenz und die Verpflichtungen gegenüber diesem freundlich gesinnten Commonwealth-Land und anderen regionalen Verbündeten verstärken, was zu einer weiteren Zusammenarbeit im verteidigungspolitischen Bereich und darüber hinaus führen wird. Es lohnt sich darauf hinzuweisen, dass die Debatte um ‚neue Militärbasen‘ in Südostasien sich nicht um eine britische ‚Rückkehr‘ in die Region dreht, das Vereinigte Königreich ist nie abgezogen. Es geht darum, eine aktivere Rolle zu spielen.“²²

2.3 Fregatten – Flugzeugträger – FONOPS

Schon im Februar und Juni 2018 wurden die britischen Fregatten HMS Sutherland und HMS Argyll zwischenzeitlich ins Südchinesische Meer entsendet. Darüber hinaus kündigte Williamson im Februar 2019 die beschleunigte Anschaffung

neuer Schiffe für küstennahe Gefechtsführung („Littoral Strike Ships“) und ihre Entsendung in den Indo-Pazifik an: „[Wir] investieren im Augenblick in ein Konzept für neue Schiffe zur küstennahen Gefechtsführung. Und sollte dies erfolgreich sein, werden wir dafür Sorge tragen, dass ihre Beschaffung drastisch beschleunigt wird. Diese global einsetzbaren Mehrzweckschiffe wären in der Lage ein breites Aufgabenspektrum zu absolvieren, von der Krisenunterstützung bis hin zur Kriegsführung. [...] Wir haben vor, dass diese Schiffe Teile von zwei Einsatzgruppen zur küstennahen Gefechtsführung bilden, ergänzt um Eskorten, Unterstützungsschiffe und Hubschrauber. Eine wäre östlich von Suez im Indo-Pazifik stationiert und eine westlich von Suez, im Mittelmeer, dem Atlantik, der Ostsee.“ (GW2) Um die Anschaffung dieser Kampfschiffe zu beschleunigen, kündigte Williamson die Nutzung des 160 Mio. Pfund schweren „Transformation Fund“, eine Art militärischer Sondertopf, an, der Berichten zufolge um weitere 340 Mio. Pfund aufgestockt werden soll.²³

Bemerkenswert – und ebenfalls bereits von der HJS gefordert – ist auch die Aussage, die britische Basis Duqm im Oman als Sprungbrett für den Indo-Pazifik – insbesondere für Flugzeugträger – nutzen zu wollen: „Wir werden die Kette unserer globalen Logistikstützpunkte und Militärbasen strategischer nutzen [...], um dauerhaft harte und weiche Macht projizieren zu können. Die Hafenanlagen in Duqm im Oman sind groß genug, um unsere Flugzeugträger unterstützen zu können. [...] Und heute kann ich ankündigen, dass die erste Einsatzmission der HMS Queen Elizabeth das Mittelmeer, den Mittleren Osten und die pazifische Region einschließen wird.“ (GW2)

Es wird davon ausgegangen, dass die HMS Queen Elizabeth nach ihrer Entsendung im Indo-Pazifik „FONOPS“ durchführen soll, mit denen militärisch auf die – je nach Sicht – Freiheit oder Kontrolle der Seewege abgezielt wird: „[Williamson] hatte zudem angekündigt, dass der hochmoderne britische Flugzeugträger, die HMS Queen Elizabeth, auf seiner ersten Tour 2021 ins Mittelmeer und in den Pazifik bewegt werde. Dies wurde von vielen Beobachtern so verstanden, dass damit auch eine sogenannte ‚Freiheit der Schifffahrt‘-Operation (FONOP) im Südchinesischen Meer verbunden sei.“²⁴

2.4 Reminiszenzen ans Empire

Man mag es kaum glauben, aber fast bedenklicher als der Inhalt der beiden Auftritte von Gavin Williamson war seine Wort- und Bildsprache. Sicher nicht zufällig wimmelt es in seinen Ausführungen von Anspielungen auf das – untergegangene – Britische Imperium. Ein Beitrag im Independent wies darauf hin, in welchen Kontext sich Williamson sprachlich stellte: „Die Sprache, die Verteidigungsminister Gavin Williamson bei der Ankündigung neuer Stationierungen [von Kriegsschiffen] verwendete, war voll von Anspielungen auf vergangene Herausforderungen, Tapferkeit und Triumphe – er beschwor den Raj und das ‚Große Spiel‘ herauf, den Zweiten Weltkrieg, Churchill und die ‚dunkelsten Stunden‘ sowie ‚östlich von Suez‘.“²⁵

Hier eine Kostprobe: „Wenn wir auf unsere Lage in der Welt blicken, sollten wir uns vor Augen führen, dass wir eine Nation mit einem großen Erbe sind. Eine Nation, die einen Unterschied macht. Eine Nation, die standhaft ist. Unweigerlich wird es jene geben, die sagen werden, wir seien eine Nation, die sich auf dem absteigenden Ast befindet. Diejenigen, die glauben, dass wir, nachdem wir die Europäische Union verlassen haben, der Welt den Rücken zukehren werden. Aber nichts



könnte weiter von der Wahrheit entfernt liegen. Egal ob sie für den Austritt oder den Verbleib in der EU gestimmt haben: Die Menschen sind davon überzeugt, dass Großbritannien weiterhin eine wichtige Rolle auf der internationalen Bühne spielen muss.“ (GW2)

Aber auch bildlich ließ Williamson fast keine Anspielung aus – für seinen zentralen Aufschlag, das Interview im Independent Ende Dezember 2018, ließ er sich abbilden mit:

- dem Union Jack neben sich;
- einem Churchill-Bild im Hintergrund; und
- einem auf alt gemachten Globus am Rand.

3. Das Globale Britannien auf dem Holzweg

Die gesammelten Werke aus den Reihen der „Henry Jackson Society“ sind eigentlich derart abenteuerlich, dass eine Kritik daran nicht nötig sein sollte – die Tatsache jedoch, dass sie augenscheinlich einigen Einfluss auf die praktische Ausgestaltung der aktuellen britischen Politik haben, macht dies aber dennoch erforderlich.

Ein erster Kritikpunkt trifft auch dann zu, sollte man keine Probleme mit derart militärisch-hemdsärmeliger Interessenspolitik haben, wie sie im Rahmen von Global Britain betrieben werden soll. Kurz gesagt läuft er darauf hinaus, dass die „positiven“ Auswirkungen, die sich die Protagonisten der militärischen Expansion davon versprechen, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eintreten werden. Die Staaten Ostasiens lechzen keineswegs nach britischer Führung, so vehement sich das einige Personen der Regierung auch einzureden scheinen – selbst die nicht, die durchaus ihre Probleme und Konflikte mit China haben. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Vorstellung, sich militärisch handelspolitische Vorteile verschaffen zu können, an den Realitäten und Machtverhältnissen vorbeigeht. Die reichlich eigennützigen Motive Großbritanniens, sich als „Wächter“ einer scheinbar liberalen Ordnung auszugeben, entlarven sich spätestens dann als Heuchelei, wenn die „Spielregeln“ gebeugt werden, falls sie in bestimmten Fällen nicht im britischen Interesse sind: Die jüngsten rechtlichen Auseinandersetzungen um die britische Rückgabe von Diego Garcia untermauern dies überdeutlich.

Dies alles ließe sich zynisch gesagt noch als britisches Privatvergnügen bezeichnen, doch das militärische Säbelrasseln in Ostasien verschärft die Gefahr, dass sich die Konflikte in der Region noch weiter zuspitzen. Der Glaube, es mit China „aufnehmen“ zu können scheint sich vor allem aus einer völligen Überschätzung der machtpolitischen Kapazitäten und Einflussmöglichkeiten des Landes zu speisen, was paradoxerweise dazu führen dürfte, dass seine Position weiter erodieren dürfte.

3.1 Wessen Regeln – Wessen Profite?

Zunächst einmal gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass der Blick auf die „Segnungen“ der „Regelbasierten internationalen Ordnung“ in vielen Ländern ein gänzlich anderer ist als der in Großbritannien. Sergey Karaganov, der als einer der engsten Berater des russischen Präsidenten gilt, beschreibt diese Sichtweise folgendermaßen: „Die Krise von 2008 hatte neben anderen Dingen gezeigt, dass das westliche Wirtschaftsmodell nicht in der Lage ist, mit fairer Konkurrenz umzugehen, wenn es nicht durch militärische Vorherrschaft abgesichert ist. Von der liberalen Handels- und Wirtschaftsordnung profitierten vornehmlich diejenigen, die ihre Regeln auf Grundlage ihrer militärischen und maritimen Überlegenheit entworfen haben, zuerst das Vereinigte Königreich, dann die Vereinigten Staaten. Ihre überlegenen Waffen und Kriegsschiffe machten es neben einer effizienten militärischen Organisation möglich, Kolonien auszuplündern und Handelsregeln zu diktieren. Das plastischste Beispiel hierfür ist die Reihe von Kriegen im 19. Jahrhundert, die China zwangen, sich am Opiumhandel mit Britisch Indien zu beteiligen, der sich für Großbritannien als überaus erfolgreich erwies, aber große Teile der chinesischen Gesellschaft vergiftete und ihren Ruin beschleunigte.“²⁶ Oder, in den Worten des Autors Pankaj Mishra, die liberale internationale Ordnung sieht sehr nach der Welt aus, die der „Imperialismus geschaffen hat.“²⁷

Großbritannien dagegen proklamiert die Fairness und Alternativlosigkeit dieser Ordnung, woraus das Recht abgeleitet wird, gegen Staaten vorzugehen, die deren Regeln brechen. So meldete sich Premierministerin Theresa May folgendermaßen zu Wort: „Die Aufgabe von Global Britain ist eindeutig: Die Regelbasierte Ordnung gegen verantwortungslose Staaten zu verteidigen, die sie untergraben wollen.“²⁸

Und genau in diesem Zusammenhang werden Pekings Aktionen im Südchinesischen Meer gesehen, woraus sich wiederum die Rechtfertigung eigener FONOPS ableitet: „Gavin Williamson, der britische Verteidigungsminister, sagte am 3. Juni [2018] – einen Tag nachdem US-Verteidigungsminister Jim Mattis China ‚Einschüchterung und Nötigung‘ im Südchinesischen Meer vorgeworfen hatte – dass der Einsatz der Albion und anderer Schiffe in der Region ‚stärkste Signale‘ zur Bedeutsamkeit der Schifffahrtswegfreiheit waren. ‚Wir glauben, dass sich die Länder an die Regeln halten sollten‘, sagte Williamson mit einem klaren Hinweis auf China. Der erhöhte Druck seitens der USA und Großbritanniens hat Chinas Ambitionen hinsichtlich der Wasserwege, durch die jährlich Trillionen von Dollar passieren, nicht gebremst.“²⁹

3.2 Diego Garcia: Offenbarungseid der Regelbasierten Ordnung

Wenn Kritiker der realexistierenden Regelbasierten Ordnung weitere Argumente benötigten, um zu untermauern, dass sie primär den Interessen der Architekten des Systems dient, so wurden diese durch die Vorgänge rund um den Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 25. Februar 2019 im Falle der Chagos-Inseln geliefert.

Die einzig bewohnte Insel des Atolls ist Diego Garcia, wo einige britische und mehrere tausend amerikanische Soldaten stationiert sind. „Die USA haben den Stützpunkt allerdings von Großbritannien nur gepachtet, das sich die Chagos-Inseln wegen seiner strategischen Lage 1965, kurz vor der Unabhängigkeit der britischen Kolonie Mauritius 1968, gesichert hatte.

[...] Im Hintergrund standen bereits die USA, die hier ebenfalls einen Stützpunkt einrichten wollten. Es kam zu einem Vertrag, der den USA die Nutzung bis 2016 garantiert hatte und dann auf 2036 verlängert wurde.“³⁰

Um den Stützpunkt unter Kontrolle zu bringen, wurden etwa 2.000 Chagossianer zwangsweise umgesiedelt, die sich seit vielen Jahren um eine Entschädigung und ein Rückkehrrecht bemühen. Das Ganze ging an den IGH, der nun einen bahnbrechenden Spruch fällt: „[Am 25. Februar 2019] verkündete der Internationale Gerichtshof seine Entscheidung, die mehrheitlich 13:1 zustandekam, nur der britische Richter stimmte dagegen. Danach ist die Annexion der Chagos-Inseln völkerrechtlich illegal. Die britische Regierung wird aufgefordert, die Inseln schnell wieder an Mauritius zurückzugeben.“³¹

Einmal mehr demonstrierte Großbritannien im Lichte des Schiedsspruches, dass die internationalen Regeln aus seiner Sicht nicht für alle gelten: „Das britische Außenministerium machte schon einmal Widerstand deutlich. Die Meinung sei kein Urteil. Man werde sie sich genau ansehen, aber sie sei rechtlich nicht verbindlich. Und der Stützpunkt auf dem British Indian Ocean Territory sei notwendig, um ‚die Menschen in Großbritannien und auf der ganzen Welt von terroristischen Bedrohungen, organisierter Kriminalität und Piraterie zu schützen‘.“³²

3.3 Auf Kollisionskurs mit China

Die vorher geäußerte Kritik an der Regebasierten Ordnung heißt mitnichten, dass Chinas Handlungen allesamt völlig unproblematisch wären. Sehr wohl aber sollte nachvollziehbar sein, dass Pekings Interesse, sich den westlichen Ordnungsvorstellungen unterzuordnen begrenzt ist. Und es geht darum zu verdeutlichen, dass die nassforscher Art, mit der Großbritannien (aber auch andere westliche Länder, allen voran die USA), das „Recht“ für sich reklamiert, völlig einseitig die weltpolitischen Regeln und deren Auslegung zu bestimmen, angesichts der realen Machtverhältnisse zwangsläufig zu schweren Konflikten führen wird.

Es handelt sich im Indo-Pazifik (und nicht nur dort) also um eine zunehmend verschärfte machtpolitische Auseinandersetzung zweier unterschiedlicher Regelsets. Hier mit mehr Militär zu reagieren, trägt nur zur ohnehin angespannten Lage in der Region weiter bei: „Das wären die ersten britischen Militärbasen in der Region seit dem Rückzug der meisten Truppen vor über einem halben Jahrhundert. [...] China würde dies extrem kritisch sehen. Tatsächlich würde dies als ein Statement seines vormaligen Kolonialherren empfunden, dass er teil der US-Verschwörung geworden ist, das Land zu konfrontieren, einzuschnüren und einzudämmen. [...] Zusammengefasst könnte eine neue britische Militärbasis in Südostasien ernste nicht-beabsichtigte Folgen für alle Betroffenen mit Ausnahme vielleicht der USA haben.“³³

Interessant ist auch, dass eine der HJS-Publikationen zwar vor der Gefahr einer „unbeabsichtigten Eskalation“ warnt (HJS2: 22). Unglaublich werden solche Äußerungen allerdings, wenn gleichzeitig aber allenthalben ein Ausbau der FONOPS gefordert wird, die hohes Eskalationspotenzial in sich bergen. Ein Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) bewertet FONOPS folgendermaßen: „Vor allem wenn sie besonders große oder leistungsfähige Waffensysteme umfassen, wohnt den »Freedom of Navigation«-Operationen eine weitergehende Symbolik inne: Sie sind dann ein Zeichen dafür, dass man grundsätzlich willens und in der Lage ist, mili-

tärische Gewalt in einem Maße anzuwenden, dem die andere Seite nicht gewachsen ist.“³⁴

Tatsächlich hat Großbritannien bereits mit FONOPS begonnen, deren Ziel es unter Verweis auf einen Spruch des Ständigen Schiedsgerichts in Den Haag von 2016 ist, dadurch chinesische Gebietsansprüche auf weite Teile des Südchinesischen Meeres in Frage zu stellen. Der bislang größte „FONOPS-Vorfall“ ereignete sich am 31. August 2018: „Das Kriegsschiff HMS Albion, ein amphibisches Angriffsschiff, das ein Kontingent britischer Royal Marines und eines von drei Überwasserschiffen der Royal Navy transportierte, wurde von der chinesischen Marine — einer Fregatte und zwei chinesischen Helikoptern — konfrontiert, als es Ende August in der Nähe des Chinesisch-besetzten Gebiets der Paracel-Inseln segelte. [...] ‚Die HMS Albion hat ihr Recht auf freie Schifffahrt in völliger Übereinstimmung mit internationalen Gesetzen und Normen ausgeübt‘, sagte ein Sprecher der Royal Navy gegenüber Reuters. [...] ‚Die entsprechenden Handlungen des britischen Schiffes verletzen das chinesische Recht und das einschlägige internationale Recht und Chinas Souveränität‘, erklärte das chinesische Außenministerium gegenüber Reuters. ‚China lehnt das entschieden ab und hat gegenüber der britischen Seite vehement Einspruch erhoben, um eine starke Unzufriedenheit auszudrücken.“³⁵

In diesem Fall ging die Konfrontation noch einigermaßen glimpflich aus – es ist jedoch nicht in Stein gemeißelt, dass das beim nächsten Mal wieder der Fall sein wird.

In jedem Fall besteht hier das Problem, wie gesagt, weniger darin, dass die chinesischen Ansprüche nicht tatsächlich – freundlich formuliert – fragwürdig wären, sie sind es. Vielmehr geht es darum, dass Großbritannien (und die USA) in diesem Fall auf die Einhaltung der „Regeln“ in Form des Den Haager Spruches pochen, wenn ihnen aber solche Rechtssprüche nicht in den Kram passen, weil sie es sind, die die „Regeln“ brechen, sieht das selbstredend gleich ganz anders aus.

3.4 Global Britain – Britain Alone!

Um den Preis möglicher heftiger Konflikte mit China baut Großbritannien augenscheinlich seine Militärpräsenz in Ostasien vor allem in der Hoffnung aus, dies werde einen handelspolitischen Mehrwert erbringen. Doch die Hoffnung, hierdurch eine Alternative zum EU-Binnenmarkt zu erschließen, hat sich schon jetzt als Luftschloss entpuppt.

Der Sorge, dass Großbritannien mit einem EU-Austritt auch aus zahlreichen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten herausfliegen wird, wollte Handelsminister Liam Fox im Oktober 2017 offensiv den Wind aus den Segeln nehmen: „All die Feiglinge, die sagen, wir schaffen das nicht, erzählen absoluten Mist.“ Großbritannien werde am Tag des Brexit mindestens 40 Freihandelsverträge unter Dach und Fach haben, so die großspurige Ankündigung.³⁶ Im Februar 2019 berichtete Spiegel Online dann über Wunsch und Wirklichkeit des Unterfangens: „Wie düster die Lage aber genau aussieht, konnte London bisher geheim halten. Doch ein Schriftwechsel zwischen der britischen Regierung und der EU-Kommission, der dem SPIEGEL vorliegt, zeigt jetzt das ganze Ausmaß von Fox‘ Scheitern. Aus einer darin enthaltenen Liste geht hervor, dass London bis Ende Januar kein einziges der mehr als 40 EU-Handelsabkommen mit Drittstaaten fortschreiben konnte.“³⁷

Die Vorstellung, existierende EU-Handelsverträge ließen sich einfach kopieren, scheiterten an der Realität, da Drittländer sich in keiner Weise gewillt zeigten, Großbritannien diesel-

ben Konditionen wie der ungleich größeren EU einzuräumen. Womöglich rührt gerade aus diesem kolossalen Scheitern und einer daraus erwachsenden Panik der jetzige Versuch, über einen Ausbau der militärischen Präsenz die handelspolitische Position zu retten – doch auch dies wird wohl nicht gelingen.

Der erhoffte „Run“ auf Handelsverträge mit Großbritannien bleibt jedenfalls bislang aus – und mit Blick auf China wurde die Rechnung für das britische Säbelrasseln ebenfalls umgehend präsentiert: Unmittelbar nach der RUSI-Rede von Verteidigungsminister Williamson reagierte Peking mit der Aussetzung von Handelsgesprächen: „Eine Rede des britischen Verteidigungsministers Gavin Williamson hat China vermutlich dazu veranlasst, die Handelsgespräche mit Großbritannien abzusagen. Die Gespräche zwischen dem chinesischen Vizepremier Hu Chunhua und dem britischen Finanzminister Philip Hammond waren Medienberichten zufolge ursprünglich für das vergangene Wochenende geplant gewesen. Sie wurden jedoch abgesagt, nachdem der britische Verteidigungsminister implizit damit gedroht hatte, einen Flugzeugträger im Südchinesischen Meer zu stationieren.“³⁸

4. Post-Imperiale Hybris

Es bedarf es schon einiger Kreativität, um zu dem Ergebnis zu gelangen, Großbritanniens Machtpotenzial sei größer als das Chinas zu bewerten. Ein Blick auf einige wenige der am häufigsten herangezogenen Machtfaktoren untermauert, wie realitätsfern eine solche Einschätzung ist. Was die jeweiligen Bevölkerungszahlen anbelangt: China 1,4 Mrd. (2018) vs. Großbritannien 66 Mio.; Chinas Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf 14,1 Mrd. Dollar (2018), das Großbritannien auf 2,9 Mrd. (2018); und der Verteidigungshaushalt liegt im Falle Chinas bei 168,2 Mrd. Dollar (2018) und bei Großbritannien bei 56,1 Mrd. (2018).³⁹

Für die USA mögen hier noch etwas andere Einschätzungen gelten, aber im Falle Großbritanniens ist die Annahme, der anvisierte Ausbau der Militärpräsenz würde sich handelspolitisch positiv auswirken, angesichts der realen Kräfteverhältnisse reichlich fragwürdig: „Laut dem ‚International Institute for Strategic Studies‘ hat China seit 2014 Kriegsschiff-Tonnage im Umfang der gesamten Royal Navy zu Wasser gelassen.

Deutschland: Not amused

Kurz nach dem Brexit-Referendum billigte der Rat am 28. Juni 2016 eine neue EU-Globalstrategie, die Ostasien in den Fokus möglicher europäischer Militäreinsätze rückte: „Die EU wird zur weltweiten maritimen Sicherheit beitragen und dabei auf ihre Erfahrungen im Indischen Ozean und im Mittelmeer zurückgreifen und die Möglichkeiten für den Golf von Guinea, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka prüfen.“

Vor diesem Hintergrund bleiben die britischen Pläne für den Indo-Pazifik auch in Deutschland nicht unbemerkt und treffen keineswegs auf ungeteilte Begeisterung, ist man doch besorgt, dass Großbritannien (im Verbund mit Frankreich) die eigenen Handelsinteressen in Ostasien schädigen könnte. Am deutlichsten meldete sich der gut vernetzte Fachjournalist Björn Müller zu Wort, unter anderem in einem Vortrag über „Die neuen Machtambitionen Frankreichs & Großbritanniens im Indo-Pazifik“ am 8. Januar 2019 beim „Sicherheitspolitischen Neujahrsempfang des BDI“.

Kurz darauf legte Müller mit einem ausführlichen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (28.01.2019) nach: „Frankreich und Großbritannien wollen ihren sicherheitspolitischen Einfluss im Fernen Osten ausweiten. [...] Ziel von Briten und Franzosen ist es, von einem Trend der Geopolitik zu profitieren: Der Rückverlagerung des globalen Handels von der westlich-atlantischen Hemisphäre nach Asien, in den Indo-Pazifik. [...] Beide wollen sich den Indo-Pazifik-Staaten als Partnermacht gegen

Sicherheitsrisiken empfehlen, vor allem mit Blick auf China. [...] Aus deutscher Sicht hat das Engagement von Briten und Franzosen im Indo-Pazifik vor allem zwei Probleme. Es gibt von deutscher Seite keinerlei Antrieb, das dortige Hauptvorhaben der Briten zu unterstützen, mittels mehr sicherheitspolitischen Engagements Handelsvorteile außerhalb der EU zu erlangen. [...] Mit Blick auf Frankreich drohen deutsch-französische Querelen wegen dessen angestrebter Rüstungsallianzen im Indo-Pazifik. Deren Logik ist es schließlich, der französischen Industrie Ertragsdomänen zu sichern, unter Ausschluss anderer Mitbewerber wie der deutschen Wirtschaft. [...] Es muss deutlich werden, dass der EU-Aussteiger Großbritannien außerhalb der Union nicht erfolgreicher agiert. Gerade der Indo-Pazifik ist ein wichtiger Aktionsraum, um die Relevanz der EU als geopolitischer Akteur zu zeigen und auszubauen.“

Womöglich ist diese Sorge, eine französisch-britische Entente könnte sich negativ auf Deutschlands Wirtschaftsinteressen in Ostasien auswirken, für den Vorstoß der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer Mitte März 2019 verantwortlich, einen europäischen – sprich: deutsch-französischen – Flugzeugträger in Angriff zu nehmen: „Im nächsten Schritt könnten wir mit dem symbolischen Projekt des Baus eines gemeinsamen europäischen Flugzeugträgers beginnen, um der globalen Rolle der Europäischen Union als Sicherheits- und Friedensmacht Ausdruck zu verleihen.“ (Augengeradeaus, 10.03.2019)

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, dass derlei Überlegungen, die kurz darauf auch von Kanzlerin Angela Merkel wohlwollend aufgegriffen wurden, auch dazu dienen sollen, einen Keil in die anvisierte britisch-französische Entente zu treiben. Im Augenblick ist offen, wie sich die Angelegenheit weiter entwickeln wird, es lässt sich aber bislang zumindest noch nicht sagen, dass Deutschland mit dem Vorschlag für einen gemeinsamen Flugzeugträger in Paris offene Türen eingerannt wäre: „So weit sind wir noch nicht. Es gibt eine Vielzahl von Fragen“, sagte die französische Verteidigungsministerin Florence Parly unserer Partnerzeitung ‚Ouest-France‘. ‚Handelt es sich um den Bau eines Flugzeugträgers, indem man europäische Industriekapazitäten zusammenlegt? Wären die Missionen in der Hand der Europäer? Wie sähe der Prozess aus?‘, fragte Parly. Für Frankreich ist die Souveränität eine Schlüsselfrage. Wenn es zum Beispiel um den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle gehe, lägen die Entscheidungen über Aufklärungsoperationen oder Militärschläge in der Hand der Regierung in Paris, unterstrich die Verteidigungsministerin.“ (Hamburger Abendblatt, 19.03.2019)



Chinas Seestreitkräfte überrunden inzwischen mit über 300 Einheiten auch die amerikanische Navy, die über 287 Einheiten verfügt, davon allerdings nur rund 180 im Indo-Pazifik.“⁴⁰

Zwar wird offen eingeräumt, dass Global Britain nur über eine massive Erhöhung des Verteidigungshaushaltes finanzierbar wäre. Dies müsste allerdings in einem Ausmaß geschehen, das schlicht nicht bezahlbar ist und sich durch seine Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung wohl sogar negativ auf die Machtposition des Landes auswirken würde. Selbst wenn man für militärisches Säbelrasseln auch nur das Geringste übrig hätte, bedarf es schon extremer Scheuklappen, um nicht zu realisieren, dass sich das Land hier vollkommen überhebt – und das um den Preis verschärfter Konflikte mit China, was einem gefährlichen und gänzlich unnötigen Spiel mit dem Feuer gleichkommt.

Als sich der Untergang des British Empire mehr als deutlich abzeichnete, das Land es aber noch nicht wahrhaben wollte, sorgte ein Satz, der in einer Rede des damaligen US-Verteidigungsministers Dean Acheson im Jahr 1962 fiel, für helle Empörung auf der Insel: „Großbritannien hat ein Empire verloren und noch keine Rolle gefunden.“⁴¹ Überaus treffend griff der französische Wissenschaftler Thibaud Harrois diesen Spruch auf und wand ihn auf die heutige Situation an: „Das Global-Britain-Narrativ richtet sich an die Erwartungen der Öffentlichkeit an eine Großmacht. Dieses narrativ entbehrt allerdings jeder Substanz und die Post-Bexit Außen- und Verteidigungspolitik bestätigt und intensiviert die ohnehin zunehmende britische Isolation auf internationaler Ebene. [...] Das Global-Britain-Narrativ trieft vor einer nostalgischen Vergangenheit, als Großbritannien florierte und für sich allein agieren konnte. [...] Heute jedoch hat Großbritannien seine Rolle verloren [...] und es wird wohl kein Empire finden.“⁴²

Dieser Text wurde vor der endgültigen Entscheidung über einen britischen EU-Austritt abgeschlossen. In der als IMI-Studie erscheinenden Langfassung ist ein zusätzliches Kapitel über „zivile“ Instrumente von Global Britain enthalten.

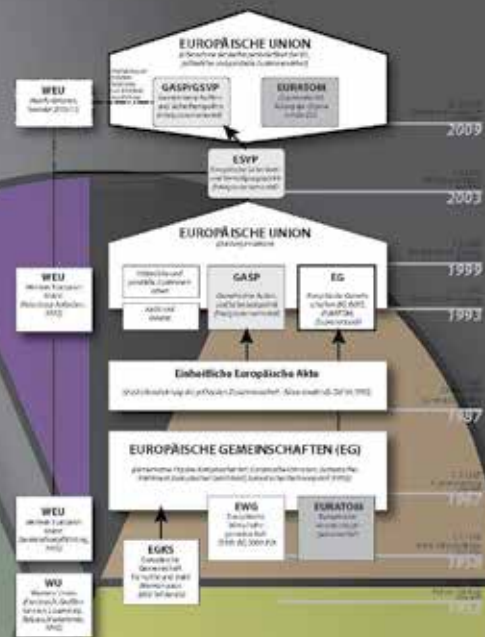
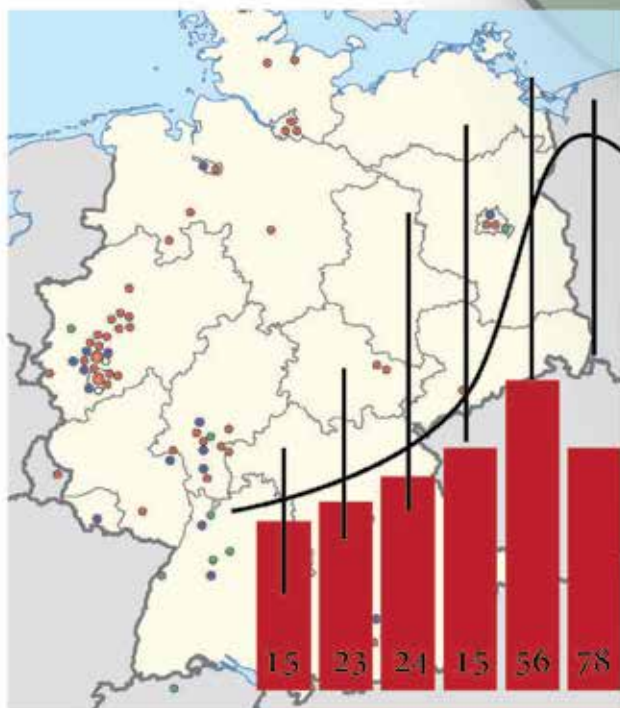
Anmerkungen

- 1 Tharoor, Ishaan: Britain clings to imperial nostalgia as Brexit looms, [Washington Post](#), 04.01.2019.
- 2 May, Theresa: Britain after Brexit. A vision of a Global Britain, [Conservative conference](#), 02.10.2016.
- 3 Global Britain, [House of Commons Foreign Affairs Committee](#), Sixth Report of Session 2017–19, 06.03.2018, S. 5.
- 4 <https://henryjacksonsociety.org/global-britain-programme>
- 5 Je nach zählweise: Streng genommen wurden in der Reihe bis März 2019 neun Berichte veröffentlicht, zumindest „Global Britain in the Indo-Pacific“ ist aber thematisch hinzuzuzählen.
- 6 Rogers, James: Audit of Geopolitical Capability 2019: An Assessment of Twenty Major Powers, Henry Jackson Society, 4th January 2019 (zit. als HJS0).
- 7 Hemmings, John: Global Britain in the Indo-Pacific, Henry Jackson Society, 22nd May 2018 (zit. als HJS1).
- 8 Hemmings, John/Rogers, James: The South China Sea: Why It Matters To “Global Britain”, Henry Jackson Society, 6th February 2019 (zit. als HJS2).
- 9 Seely, Bob/Rogers, James: Global Britain: A Twenty-First Century Vision, Henry Jackson Society, 11th February 2019 (zit. als HJS3).
- 10 Global Britain and the Future of the British Armed Forces, Henry Jackson Society, 28th November 2017 (zit. als HJS4).
- 11 Siehe zB Seely, Bob: A Definition of Contemporary Russian Conflict: How Does the Kremlin Wage War? [Henry Jackson Society](#), Russia and Eurasia Studies Centre Research Paper No. 15 (2018).
- 12 Siehe Haydt, Claudia/Wagner, Jürgen: Die Militarisation der EU, Berlin 2018, insb. Kapitel 1.
- 13 Rogers, James: Audit of Geopolitical Capability: A Comparison of Eight Major Powers, [Henry Jackson Society](#), 12.09.2017.
- 14 Allison, George: Study ranks Britain ‘second most powerful country in the world’, [ukdefencejournal.org.uk](#), 18.05.2018.
- 15 Auf Basis der jüngsten [NATO-Schätzungen](#).
- 16 Siehe zB Stevenson, Sam: UK is world’s 2nd most powerful nation claims study – and Brexit will NOT impact dominance, [Express](#), 04.01.2019.
- 17 Siehe zB Hemmings, John/Hau, Milia: The Future of Global Britain? [RUSI Commentary](#), 14.08.2018.
- 18 Siehe zB Jones, Henry: Gavin Williamson lays out defence plans for a ‘Global Britain’, <https://ukdefencejournal.org.uk>, 11.02.2019; oder Sengupta, Kim: Williamson’s military manoeuvres can’t make up for Britain’s weak hand post-Brexit, [The Independent](#), 11.02.2019.
- 19 We are opening new overseas bases to boost Britain, [The Independent](#), 30.12.2018.
- 20 Defence in Global Britain, Defence Secretary Gavin Williamson gave a speech at RUSI outlining the future direction of the UK Armed Forces, [RUSI](#), 11.02.2019.
- 21 Stansfield, Gareth/Kelly, Saul: [A Return to East of Suez?](#) UK Military Deployment to the Gulf, RUSI Briefing Paper, April 2013. Siehe ausführlich: Wagner, Jürgen: Empire Redux? Großbritannien will erneut die imperiale Bürde „östlich von Suez“ schultern, in: [AUSDRUCK](#) (Juni 2013), S. 25-27.
- 22 Tossini, Vitor: A look at the considered locations for new British military bases overseas, <https://ukdefencejournal.org.uk>, 01.03.2019.
- 23 Jones 2019.
- 24 Mercator Institute for China Studies, [China Update](#) 4/2019.
- 25 Sengupta 2019.
- 26 Karaganow, Sergej/Suslov, Dmitry: A new world order: A view from Russia, [Russia in Global Affairs](#), 04.10.2018.
- 27 Dworkin, Anthony/Leonard, Mark: Can Europe save the world order?, [European Council on Foreign Relations](#), Policy Brief, Mai 2018, S. 6.
- 28 Zit. bei [Journal of Democracy](#), Volume 29, Number 1 (January 2018), S. 183.
- 29 Pickrell, Ryan: Ein britisches Kriegsschiff hat im Südchinesischen Meer für Empörung bei Chinas Militär gesorgt, [Business Insider](#), 07.09.2018.
- 30 Rötzer, Florian: Der amerikanisch-britische Stützpunkt Diego Garcia verstößt gegen das Völkerrecht, [Telepolis](#), 26.02.2019.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Valencia, Mark: New British Military Base In Southeast Asia Could Have Unintended Consequences – Analysis, [eurasiareview.com](#), 12.01.2019.
- 34 Becker, C.: Große Statussorgen um kleine Inseln: militärische Symbolpolitik im Süd- und Ostchinesischen Meer, [SWP-Studie](#), 3/2017, S. 13.
- 35 Prickrell 2018.
- 36 Becker, Markus: Briten scheitern krachend mit ihren Handelsplänen, [Spiegel Online](#), 13.02.2019.
- 37 Ebd.
- 38 Mercator Institute for China Studies, [China Update](#) 4/2019.
- 39 Quellen: Wikipedia (Einträge [China](#) und [Großbritannien](#)), [Statista](#), [Military Balance 2019](#).
- 40 Müller 2019.
- 41 Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire: Die innere Dekolonisation Grossbritanniens 1945-1985, Göttingen 2005, S. 319.
- 42 Harrois, Thibaud: Towards ‘Global Britain’ ? Theresa May and the UK’s Role in the World after Brexit, [L’Observatoire de la société britannique](#), 21/2018, S. 51-73.

IMI-Grafikpool

Kreative gesucht!

Die Welt besteht nicht nur aus Text!
Wir wissen, wie wichtig Grafiken,
Karten und Bilder sind, wenn es um
das Vermitteln von Inhalten geht.
Wir suchen Interessierte, die Lust
haben, unsere Texte mit Ideen für
Infografiken, Karten und Bildern
anzureichern und daran mitwirken
möchten, Dinge „anschaulich zu
machen“.



Mehr Infos und Kontakt
zum Mitmachen:
andreas@imi-online.de



Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die
Auffassung der Informationsstelle wider.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154